Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 81 | Winter 2008/2009 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR

Pro und Contra
Bürgerbewegung Pro:
Ableger, Scheitern, Gegenaktivitäten

NS-Szene
Thor Steinar vor Gericht

Gesellschaft
Filme über Neonazis:
Projektionen zwischen
Identifikation und Abgrenzung





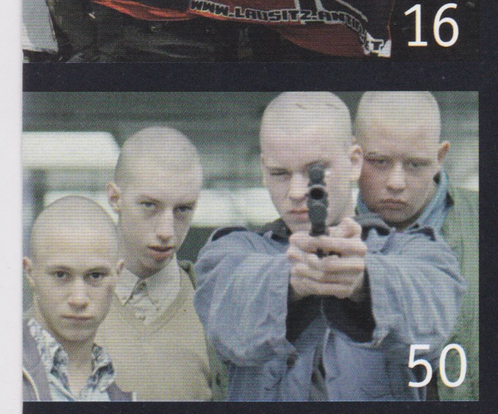
Inhalt

AIB 81 4 · 2008

Rubriken







Titel

NS-Szene

Antifa

Rassismus

Diskussion

Gesellschaft

Geschichte

Braunzone

Repression

International

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de

www.antifainfoblatt.de

Editorial

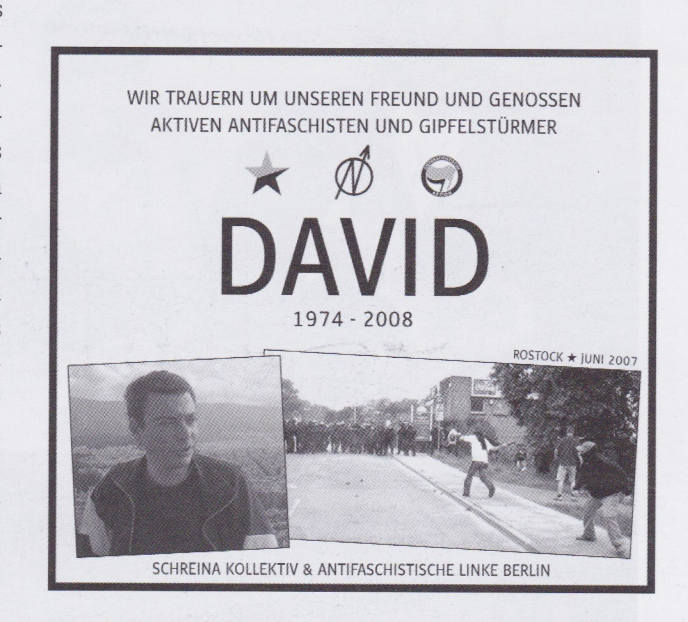
Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Wertet man die letzten aufsehenerregenden Anschläge von Neonazis bezüglich der bei Regierungsmitgliedern hervorgerufenen Reaktionen aus, kann man schnell zu folgenden zwei Schlüssen kommen. Erstens: Sprechen Regierungsmitglieder von Einzelfällen, handelt es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht um solche, sondern vielmehr um Ereignisse, die gerade nicht ins politische Tagesgeschäft passen oder um welche, die nach einem Richtungswechsel im Umgang mit der gesamten Problematik schreien. Zweitens: Fordern Regierungsmitglieder ein sofortiges Handeln und sehen im schlimmsten Fall gar eine »braune Armeefraktion« am Werk, dann ist Skepsis geboten, da es in der Regel um Gesetzesänderungen geht, die sehr wohl auf die politische Agenda passen, oder es besteht absolut keine Gefahr sich allgemein mit Themen wie Rassismus oder deren wirksamer Bekämpfung beschäftigen zu müssen.

Jüngstes Beispiel ist der Mordanschlag eines Neonazis auf den Passauer Polizeichef Alois Mannichl. Bereits einen Tag nach der Attacke sieht CSU Chef Seehofer »Phänomene wie bei der RAF in den Siebzigern« (Spiegel) und die Bundesregierung lässt über einen Sprecher verkünden, dass aufgrund der »unglaublichen Direktheit« eine »neue Qualität« rechter Gewalt erreicht sei. Doch worin diese neue Qualität bestehen soll und ob es sich bei einem Angriff auf einen Polizisten in seiner Privatsphäre eventuell schlicht um einen Einzelfall handelt, bleibt in den Verlautbarungen offen. Für engagierte JournalistInnen, GewerkschafterInnen, LokalpolitikerInnen oder einfach alle Menschen, die aus beliebigen Motiven Opfer von neonazistischer Gewalt geworden sind und sich täglich mit dieser Angst konfrontiert sehen, dürfte die neue Qualität ausschließlich in der medialen Rezeption und schnellstmöglichen Verurteilung des Falles durch die Bundespolitik – sogar noch vor den sonst strengstens zuerst abgewarteten Ermittlungsergebnissen – liegen, nicht aber in der Erkenntnis das Neonazis brutal und mörderisch gegen ihre Gegner vorgehen. Da passt es auch ins Bild, dass sich die Gewerkschaft der Polizei einen Tag nach dem Anschlag zu Wort meldet und eine neue Strategie der Neonazis im Kampf gegen den Rechtsstaat sieht und besseren Schutz von Polizeibeamten einfordert. Forderungen nach einem wirksamen Kampf gegen Rechts und gegen Rassismus – vielleicht sogar in Bayern – sind folgerichtig eher Randerscheinungen. Einen besseren Schutz von MigrantInnen – immer noch die Haupt-Opfergruppe neonazistischen Terrors – fordern immer noch nur jene, die das ohnehin schon tun. Noch zynischer wird es, wenn man in der Betrachtung der zurückliegenden Ereignisse die Uhr um einen Einzelfall weiter zurückdreht. Ebenfalls im Dezember sprach das Dessauer Landgericht zwei Polizisten frei, die nach dem Tod des Asylbewerbers Oury Jalloh angeklagt waren (siehe Kurzmeldung). Nun sind leider weder Rassismus unter Polizeibeamten noch durch deren Korpsgeist und Falschaussagen gesprengte Gerichtsverhandlungen in Deutschland Einzelfälle, wirklich bemerkenswert und bisher ein echter Einzelfall ist allein die Deutlichkeit, mit der diese Missstände durch den Vorsitzenden Richter angeprangert wurden. So bleibt zu hoffen – auch wenn es mehr als unrealistisch erscheint –, dass diese beiden einschneidenden Ereignisse auch in der Politik zu folgenden Erkenntnissen führen: Der Kampf gegen Rassismus muss kontinuierlich und ehrlich auf allen Ebenen – auch im Polizeiapparat – forciert werden. Das grausame an rechter Gewalt ist nicht, dass auch Polizisten von ihr betroffen sind, sondern der Fakt, dass sie überhaupt existiert.

Bedanken möchten wir uns noch bei den vielen Gästen unserer AIB- & Lotta-Gala, die so ausdauernd mit uns gefeiert haben. Außerdem sei darauf hingewiesen, dass in der letzten Ausgabe bei dem Artikel zum »Institut für Staatspolitik« die Fussnoten verlorengegangen sind. Bei dem langen Zitat in der Mitte des Artikels ist der zitierte Vordenker aus dem letzten Jahrhundert Arthur Moeller van den Bruck.

Für den 14. Februar 2009 ist in Dresden erneut der jährliche Neonazi-Großaufmarsch angekündigt. Gegen den Aufmarsch hat sich ein antifaschistisches Bündnis gebildet, das unter dem Motto »No Pasarán« (sie werden nicht durchkommen) eine Demonstration ankündigt. Am 9. Mai 2009 gibt es eine neuen Termin zur Wiederholung des »Anti-Islamisierungskongresses« von Pro Köln und ihren euopäischen Verbündeten. Wir sehen uns...



Razzia bei der »Heimattreuen Deutschen Jugend«

Mit einer Großrazzia ist die Polizei am 9. Oktober 2008 gegen die neonazistische »Heimattreue Deutsche Jugend« (HDJ) vorgegangen. Bei den bundesweit durchgeführten Maßnahmen gegen die Vereinsorganisation sind rund hundert Wohn- und Büroobjekte von Einsatzkräften der Polizei durchsucht worden. Von den Durchsuchungen betroffen waren rund hundert Mitglieder und AktivistInnen des Vereins. Durchsucht wurde auch die Bundesparteizentrale der NPD, sowie die Privatwohnung des Berliner Landesvorsitzenden Jörg Hähnel. Neben dem Bundesvorstand der HDJ um Sebastian Räbiger aus Reichenwalde in Brandenburg trafen die Hausdurchsuchungen vor allem die Führungspersonen der einzelnen HDJ-Einheiten im gesamten Bundesgebiet. In Brandenburg wurde von Durchsuchungen gegen Jörg und Stella Hähnel (Am Mellensee), Matthias Ridderskamp (Blankenfelde), Wolfram Nahrath (Birkenwerder), Holle Böhm (Hohen Neuendorf), Gesine und Sascha Stein (Hohen Neuendorf / Berge), Sebastian Richter (Hohen Neuendorf) und Markus Schmidt (Oranienburg) berichtet. Nach Auskunft von Medienvertretern soll es in Berlin Laurens und Hildegard Nothdurft, Eric Kaden und Björn Wild getroffen haben. In Mecklenburg-Vorpommern wurden die Namen von David Petereit, Tino Müller, Frank Klawitter (Greifswald), Ragnar Dam (Wusterhusen bei Greifswald), Mario Kannenberg (Züssow) und Steve Neitzel (Burg Stargard) genannt.

Bundesweit wurden außerdem Martin Götze (Rottenburg in Baden Württemberg), Manfred Börm (Handorf bei Lüneburg), Christian Berisha (Lüneburg in Niedersachsen) Steffen Hennrich und Marlene Schneider (Arnstadt in Thüringen), Familie Hegenbarth (Geraberg in Thüringen) und Lars Mittelbach (Eisenach) veröffentlicht. Die Familie R. war entsprechenden Berichten zu Folge mit Christine, Sven und Thorben R. in Alzenau (Bayern) und Annika R. in Butzbach (Hessen) betroffen. Aus NRW waren die Namen von Gerd Ulrich (Detmold-Berlebeck), Claus Cremer und Daniela Wegener (Bochum-Wattenscheid), Marcel N. (Bad Salzuflen), Tobias Heinekamp (Altenbeken) und Eugen Krüger (Bad Driburg) zu vernehmen.

Staatssekretär August Hanning erklärte zu den Durchsuchungen: »Die heutigen Durchsuchungen sollen uns Klarheit darüber verschaffen, ob sich die HDJ in aggressiv-kämpferischer Weise gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet oder ihre Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderläuft. Wir werden dies sorgfältig prüfen.« Die Behörden führten weiter aus, das die Durchsuchungen dazu dienen würden »den Erkenntnisstand im Hinblick auf ein mögliches Verbotsverfahren zu erweitern«.

Räbiger, der vor zwei Jahren beim »Märkischen Kulturtag« in Blankenfelde die Journalistin Andrea Röpke angegriffen hatte, wurde am 12. Dezember 2008 vom Amtsgericht Zossen wegen gefährlicher Körperverletzung zu 100 Tagensätzen á 30 EUR verurteilt und ist damit vorbestraft. Das Verfahren gegen den zweiten Angeklagten Friedrich Tinz wurde abgetrennt. ■



[1] Auf der Anklagebank Friedrich Tinz (2.v.l.) und Sebastian Räbiger (3.v.l.) mit ihren Anwälten Thomas Pennecke (links) und Carsten Schrank (rechts).

Freisprüche nach dem Tod von Laya Condé und Oury Jalloh

Der Tod von zwei Menschen mit dunkler Hautfarbe in deutschen Polizeizellen bleibt ohne Folgen. Der 35jährige Laya Condé starb im Januar 2005 in Bremen, nachdem ihm am 27. Dezember 2004 gewaltsam Brechmittel eingeflößt wurden, um nach verschluckten Drogen zu suchen (siehe AIB # 80), der 23jährige Oury Jalloh verbrannte am 7. Januar 2005 gefesselt auf einer Zellenpritsche in Dessau (siehe AIB # 76). Nun fällten zwei Gerichte ihre Urteile: Jeweils Freispruch für die beteiligten Beamten. Vom Landgericht Bremen wurde der angeklagte Polizeiarzt am 4. Dezember 2008 freigesprochen. Zwar wurde die Pflichtverletzung des Arztes Igor V. festgestellt, aber mit einer mangelnden klinischen Erfahrung entschuldigt. Am Landgericht Dessau-Roßlau war der Prozess nahezu nicht zu führen. Beweise verschwanden, andere tauchten plötzlich auf, dazu kamen Absprachen, Widersprüche, und zurückgenommene Aussagen. Der ehemalige Dienstgruppenleiter des Polizeireviers Dessau und ein Kollege wurden am 8. Dezember 2008 von einer Mitschuld am Tod des aus Sierra Leone stammenden Asylbewerbers freigesprochen. Nach dem Freispruch bezeichnete der Richter das Verfahren als gescheitert, nun wird sich der Bundesgerichtshof (BGH) mit dem Dessauer Freispruch befassen. Auch das Urteil im Bremer Brechmittel-Prozess wird zunächst nicht rechtskräftig. Die Vertreterin der Nebenklage hat Revision eingelegt. Sollte der BGH der Revision stattgeben, würde es zu einer Neuauflage des Verfahrens kommen. ■



Isoliertes Verwenden eines Keltenkreuzes strafbar

Der für Staatsschutzstrafsachen zuständige 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hatte im Rahmen eines Vorlageverfahrens am 1. Oktober 2008 über die Frage zu entscheiden, ob das öffentliche Verwenden eines stilisierten Keltenkreuzes – die Darstellung eines gleichschenkligen Balkenkreuzes, um dessen Schnittpunkt ein Ring gelegt ist –, das von der verbotenen verfassungsfeindlichen »Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit« (VSBD/PdA) als Emblem benutzt wurde, auch dann den Straftatbestand des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen erfüllt, wenn das Symbol ohne konkreten Hinweis auf die verbotene Organisation öffentlich verwendet wird. Der Senat hat die Frage im Grundsatz bejaht. Der Mehrdeutigkeit des Keltenkreuzes, das neben seiner Funktion als »White Power«-Logo, auch als in kulturhistorischen oder religiösen Zusammenhängen – wenn auch eher selten als stilisiertes Zeichen – verwendet wird, kann nicht dadurch Rechnung getragen werden, dass die Anwendbarkeit des § 86 a StGB auf Fälle beschränkt wird, in denen das stilisierte Keltenkreuz einen konkreten Bezug zur verbotenen Organisation aufweist. Eine solche Einengung des Straftatbestands liefe dem weit gespannten Schutzzweck der Norm zuwider und böte der Neonazi-Szene vielfältige Möglichkeiten, das stilisierte Keltenkreuz straflos wieder als Symbol der verbotenen Vereinigung im öffentlichen Leben zu etablieren. Dieser Gefahr kann wirksam nur durch ein generelles Verbot der Verwendung des stilisierten Keltenkreuzes in der Öffentlichkeit begegnet werden.

Wie der BGH aber hervorhebt, kommt es auf einen Kontext an. Ausnahmen von diesem Grundsatz gelten in Fortführung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs dann, wenn die äußeren Umstände der Verwendung des Symbols eindeutig ergeben, dass das Symbol offenkundig in einem unverfänglichen Zusammenhang gebraucht wird.

Der in der Sache angeklagte Neonazi, der einen Versandhandel mit Devotionalien der rechten Szene betreibt, hielt sich am 19. April 2006 auf einem öffentlichen Platz in Straubing auf, um ein Keltenkreuz-T-Shirt öffentlich zu zeigen, dann begab er sich zu einer Polizeidienststelle und erstattete Selbstanzeige zur Klärung, ob er sich durch das öffentliche Tragen dieses T-Shirts strafbar gemacht hat. Diese Klärung ist ihm nunmehr geglückt. ■

Intervention ums Ganze?

Ein Gespräch mit der Antifaschistischen Koordination Köln & Umland und dem Antifa AK Köln

AIB: Stellt doch einmal kurz vor, was und aus welcher Motivation heraus ihr als Gruppe im Rahmen der Proteste gegen den »Anti-Islamisierungskongress« von PRO Köln gemacht habt.

AKKU: Wir haben als erste im Frühjahr 2008 ein Bündnis ins Leben gerufen, mit dem Ziel, dieses so breit und groß wie möglich zu gestalten. Das hat auch funktioniert. In das Bündnis haben wir unsere Vorstellung des Blockadekonzepts reingetragen, dass stark an Block G8 angelehnt war. Das Konzept ist auf Zustimmung gestoßen. Natürlich mit mehr oder weniger größeren Konflikten. Wir haben auf den Samstag, den 20. September für Massenblockaden mobilisiert. Wir haben zusammen mit den BündnispartnerInnen, der Antifa KOK aus Düsseldorf und der Interventionistischen Linken die Blockadepunkte organisiert. Der Rahmen des Bündnisses war, dass alle Gruppen, die der Meinung waren, dass der Kongress verhindert werden sollte und die den Konsens der Massenblockaden mitgetragen haben, teilnehmen konnten. Das waren die Rahmenbedingungen für die Teilnahme an dem Bündnis und die inhaltlich tiefgehende Auseinandersetzung innerhalb dieses Bündnisses haben wir bewusst vermieden. Abgesehen von Verhinderungen war uns auch wichtig: Jeder kann mitmachen. Es gibt keine Ausschlusskriterien. Das heißt, wenn die Grüne Jugend mitmachen will und sie unserem Konzept oder den Konzepten des Bündnisses zustimmt, dann ist das in Ordnung.

AK: Der AK hat sich eigentlich bevor das Kölner Bündnis ins Leben gerufen wurde, daran gemacht, eine bundesweite Antifa-Mobilisierung zu starten; vor allem mit zwei Zielsetzungen: Natürlich zum einen die Leute nach Köln zu mobilisieren, um den Kongress zu verhindern. Zum anderen eine inhaltliche Schwerpunktsetzung vorzunehmen: Zwei Themen zu debattieren und somit die Forcierung einer Standortbestimmung hinzubekommen. Das eine Thema war die Fragestellung, wie der Rechtspopulismus sich in die gesellschaftliche Ordnung eingliedert, und die andere Fragestellung war nach dem Islam und der Bewegung des Islamismus, inwiefern dort eine Kritik und welche Kritik daran zu formulieren sei. Deswegen haben wir im Rahmen der Mobilisierung neben mehreren Veranstaltungen in verschiedenen Städten auch noch eine Antifakonferenz mit mehreren ReferentInnen zu diesen zwei Schwerpunktfragestellungen initiiert und haben uns an dem Wochenende selbst hauptsächlich auf den 19. September konzentriert, an dem wir eine bundesweite antifaschistische Demonstration mit diversen anderen Antifa-Gruppen und insbesondere mit dem »Ums Ganze«-Bündnis durchgeführt haben. Zentrales Anliegen war, neben der Kritik am Rechtspopulismus und am Islamismus auch zu verdeutlichen, dass mit uns kein Staat zu machen ist. Was dann durch die Aktionsform an der Ausländerbehörde verdeutlicht wurde.

Wie soll die Antifabewegung mit extrem rechten Großveranstaltungen umgehen? Was denkt ihr sind heute noch Möglichkeiten gegen solche Events politisch vorzugehen?

AKKU: Wir glauben, dass generell die Zielsetzung der Verhinderung eine Richtige ist, die man auch weiter verfolgen sollte, natürlich unter dem Aspekt, sich nicht aufzureiben angesichts der zahllosen Neonaziaufmärsche. Wichtig ist aber auch, sich über neue Aktionsformen Gedanken zu machen. Das hat der 20. September auch gut gezeigt, dass konventionelle Konzepte, wie Demos, Kleingruppenkonzept usw. eigentlich ihre Unwirksamkeit schon ziemlich oft gezeigt haben und es eher darum geht, mit breiten Bündnissen Möglichkeiten zu schaffen, viele Leute auf die Straße zu bringen. Und dann sind auch Aktionsformen wie Massenblockaden viel leichter umzusetzen. Mit 800 Antifas hätten wir den Kongress nicht blockieren können. Wir denken natürlich nicht, dass bei jeder Kleinstneonazidemonstration es möglich und auch sinnvoll ist, monatelange Bündnisarbeit zu machen und ein lang vorbereitetes Blockadekonzept durchzuführen. Man muss sich aber schon die Frage stellen, ob man für die großen Neonazidemonstrationen in Deutschland nicht neue Konzepte entwickeln muss, wo solche Aktionsformen und auch bündnispolitische Gesichtspunkte ihren Niederschlag finden.

AK: Ich finde die Frage kann man so pauschal gar nicht beantworten. Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Man sollte bei der Planung als Hauptpunkt darauf achten, dass man ein Konzept auswählt, das sowohl berücksichtigt, dass sich die Polizeitaktik, in den letzten Jahren gewandelt hat, aber andererseits auch versucht möglichst effektiv und wahrnehmbar diese

Die Antifaschistische Koordination Köln & Umland – AKKU (http://koeln.antifa.net) ist Teil der Interventionistischen Linken (http://dazwischengehen.org).

Der Antifa AK Köln (http://akantifa.servmax.de) ist Teil des Bündnisses ...ums Ganze! (http://umsganze.blogspot.de)

Die vollständige Fassung des Gesprächs findet Ihr auf www.antifainfoblatt.de



Großevents zu verhindern, zu stören und dabei auch einen eigenen Standpunkt zu setzen. Unserer Meinung nach nehmen die rechten Großevents an Bedeutung zu. Sie haben eine große selbstreferentielle Bedeutung für die Neonazis. Insofern sollte man sich auch zukünftig mehr darauf konzentrieren diese Großevents aufs Korn zu nehmen. Ob nun Antifademo oder Kleingruppenstrategie das richtige ist, kann nicht per se gesagt werden, jedoch kann man auch nicht bestreiten, dass es in den vergangenen Jahren häufig mit diesen beiden Konzeptionen nicht geklappt hat, effektiv die Neonazievents zu verhindernr bzw. zu stören. Wir würden jetzt aber deswegen nicht die Losung rausgeben, dass die einfache Antwort immer ist, Blockadekonzepte mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu suchen, sondern man sehr konkret in den verschiedenen Situationen in den konkreten Städten gucken muss, welche Möglichkeiten sich ergeben. Darunter fallen z.B. auch direkte Aktionsformen, die noch immer in gewissen Situationen auch praktisch zur Verhinderung beitragen können.

Ihr von AKKU habt ja auf eine Bündnisstrategie gesetzt. Wo würdet ihr sagen, ist das Ende von einem Bündnis zu setzen? Gibt es Punkte, wo ihr nicht mehr mit Gruppen oder mit politischen Organisationen zusammenarbeiten würdet? Ist es richtig in einer Stadt wie Köln mit einem Lokalpatriotismus gegen die Rechtsextremen von außerhalb zu agitieren?

AKKU: Natürlich gibt es Grenzen für uns. Es ist auch völlig klar, dass eine linksradikale Gruppe oder Bewegung jetzt nicht wahllos nach Bündnispartnern sucht, sondern es gewisse Bedingungen und Kriterien gibt, mit wem wir zusammenarbeiten wollen und mit wem auch nicht. Aber ich glaube, dass macht jede politische Gruppe so. Köln hat aber auf jeden Fall gezeigt, dass strategische Bündnisorientierung, die auch in die Breite geht, sehr sinnvoll war. Wir wollten zum Beispiel mit der Gewerkschaft zusammenarbeiten, haben aber an einem gewissen Punkt gemerkt, dass es so nicht funktioniert. Dann sind wir auch eher getrennte Wege gegangen. Nach Ansicht von AKKU hat es auch am Schluss ganz gut geklappt. Aber vor allem, weil wir da sehr stark waren und die Gewerkschaft dann quasi hinter uns hergezogen ist. Sie hatte Angst, ihre Leute an uns zu verlieren. Worauf man Wert legen muss, ist sich nicht immer nur abzugrenzen und zu schauen, wer ist irgendwie schlimm, mit wem wollen wir nicht zusammenarbeiten, sondern zu versuchen, die eigene Stärke zu vergrößern, dann hat man auch einen ganz anderen →





Stand in Bündnissen. Dann kann man auch ganz andere Inhalte setzen. Die wir auch durchaus gesetzt haben. Zum Beispiel mit der Entscheidung, das Blockadekonzept in das Bündnis rein zu tragen. Die Grenze im Bündnis ist natürlich dann erreicht, wenn man die Kontrolle darüber verliert, was da passiert. Da muss man schon gucken, dass man da ein Player ist in diesem Bündnis und nicht hinterher rennt. Und dass was dort passiert den eigenen Vorstellungen und den eigenen Politikansätzen nicht total widerspricht. Darum gab es ja eben auch kein gemeinsames Agieren vom DGB/Parteienbündnis und dem Blockadebündnis. Lokalpatriotismus hat in dieser ganzen Sache natürlich eine Rolle gespielt. Es ist auch in Köln eine spezifische Situation vorhanden. Ich denke aber, dass das weniger für das Blockadebündnis und die Blockade eine Rolle gespielt hat, sondern vielmehr für die Stimmung in der Stadt, welche sehr stark von diesem DGB/ Parteienbündnis instrumentalisiert und gepusht wurde. Ob das jetzt für die Leute, die diese Blockaden organisiert und daran teilgenommen haben, wirklich so eine große Rolle gespielt hat, wage ich zu bezweifeln. Wenn eine solche Stimmung besteht, finde ich es aber auch nicht dramatisch, sie zu nutzen.

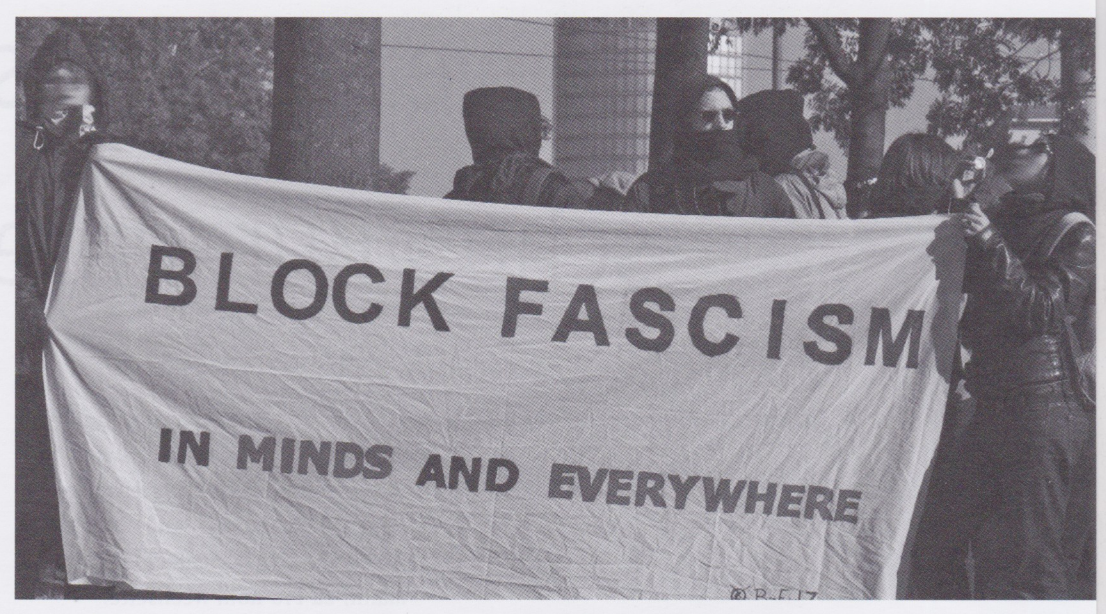
AK: Solche Bündnisse, die staatsantifaschistisch oder lokalpatriotisch ausgelegt sind, sind unserer Meinung nach prinzipiell abzulehnen und auch zu kritisieren. Wir sehen aber noch ein weiteres Problem in Bündnissen mit Akteuren aus der nicht linksradikalen Ecke, welches sich auch im September ganz klar gezeigt hat, nämlich dass in solchen Bündnissen die eigenen linksradikalen Positionen häufig vollkommen verschwinden. Es gab in diesem „hingesetzt"-Bündnis, genauso wie im DGB-Bündnis keinerlei Inhalte mehr zu dem was eigentlich passiert, sondern es blieb darauf begrenzt: Nazis sind doof und darum gehen wir Bier trinken oder alternativ uns irgendwo hinsetzen. Und das kann nicht der Inhalt oder das Ziel politischer Arbeit sein. Es kann nicht sein, dass man sich ständig nur an Neonazievents abarbeitet und diese blockiert oder gezielt stört, sondern es muss immer dabei auch eine eigene politische Position vermittelt und die auch gegen andere Stimmen in so einem Bündnis durchgesetzt werden. Das ist, wie man schon häufig gesehen hat, auch bei anderen Veranstaltungen häufig nahezu unmöglich.

Wie weit sollen sich Antifagruppen bei Protesten mit der Themensetzung der Neonazis/Rechtspopulisten auseinandersetzen? Oder spielt es für die konkrete Aktion erst einmal keine große Rolle?

AKKU: Es spielt schon eine Rolle, gegen oder für was die Neonazis demonstrieren. Wenn sie gegen den Krieg laufen, ist es was anderes als wenn sie sich an Montagsdemos beteiligen wollen oder wenn es gegen »Kinderschänder« geht. Aber nicht jedes Thema das sie wählen, müssen wir auch selbst aufgreifen. Das sollte eine starke Linke auch können. Zum Beispiel hat PRO Köln gegen den Straßenstrich demonstriert: Man kann zum Thema Prostitution wirklich eine Menge sagen aus linksradikaler Sicht, aber letztlich ist es auch legitim, es nicht zu tun. Wenn es jetzt wie in Köln gegen den Moscheebau geht, ist das kein Einzelfall. Es ist durchaus sehr wichtig, sich mit den Themen Islamophobie und Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Da setzt ja PRO Köln auch an und nicht bei der Rolle der Frau oder der Rolle von Religion in islamischen Gesellschaften. Es geht ihnen darum, rassistische Vorurteile zu aktivieren. Da müssen wir ansetzen und nicht den Neonazis hinterher rennen, deren Themen aufgreifen und die selber verwursten. Da sollte man als Linker auch ein bisschen mehr Selbstbewusstsein zeigen und viel wichtiger ist, dass man jenseits der Anti-Nazi-Mobilisierungen als Linke eigene Akzente setzt. Eben auch in anderen Themen, z. B. in der sozialen Frage. Das fände ich viel wichtiger, als dass man sich immer an den Neonazis inhaltlich abarbeitet.

AK: Also die Frage impliziert ein wenig, als würde die Antifa sich die Themen von den Rechten diktieren lassen. Wenn dem so wäre, fänden wir das total verkehrt. Wir sehen es eher so, dass zum grundlegenden Kampf gegen die Neonazis oder gegen Rechtspopulisten die Kritik der Gesellschaft, der kapitalistischen Ordnung sowie der Ideologien, die aus diesen Verhältnissen entspringen zu führen ist. Diese Ideo-

logien, wie Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Sozialdarwinismus finden sich natürlich in zugespitzter Form bei Neonazis wieder. Nichtsdestotrotz bildet die Kritik an der Gesellschaft sowie die Kritik an der faschistischen Ideologie, dass man sich teilweise auf die Themen von Neonazis zu beziehen hat um diese kritisieren zu können. Darum tauchen die bei Mobilisierungen der Themen überhaupt auf. Wenn man das Beispiel September nimmt, ist es so, dass der antimuslimische Rassismus zu einem ideologiebildenden Moment für den europäischen Rechtspopulismus geworden ist.



Da haben wir das Stichwort: Islamophobie, Islamkritik. »Moscheebauproteste« finden sich ja mittlerweile in ähnlicher Form in vielen Städten in Deutschland. Inwiefern muss sich denn die Antifa auseinandersetzen mit dem Islam, mit dem politischen Islam? Ihr vom AK habt das ja in Eurem Aufruf extra aufgeführt, dass ihr gegen Islamismus seid.

AK: Wir haben mehrfach in der Mobilisierung betont, dass wir beim Thema Islamismus einen ganz großen blinden Fleck in der linken Szene ausmachen. Wir bewerten den Islamismus als eine politisch reaktionäre Bewegung, die genauso wie Faschismus/Neofaschismus auch bekämpft gehört: Häufig betrifft das uns Antifas, als meistens weiße männliche Personen nicht so direkt, aber in migrantischen Communities ist die Islamisierung auf jeden Fall zu spüren und aus einem antirassistischen Verständnis, wie wir es haben, gilt diese Bewegung dort auch zu bekämpfen. Man muss dort zwei Aspekte sehen: Wenn ein rassistischer Mob gegen einen Moscheebau mobilisiert, dann muss natürlich im Zentrum – und so stand das auch bei uns – erstmal die Kritik daran stehen, dass dort die Absprechung von bürgerlichen Rechten gefordert wird, darunter auch die Religionsfreiheit. Dies muss als rassistische Mobilisierung kritisiert werden. Und das stand für uns und wird auch in Zukunft im Vordergrund stehen. Trotzdem sollte immer auch wahrnehmbar sein, dass man eine allgemeine Religionskritik und eine spezifische Islamkritik vertritt. Natürlich macht es wenig Sinn, wenn hundert Neonazis vor der Moschee stehen, ein Schild hochzuhalten »Islam is lame«. Das würden wir als kontraproduktiv sehen. Nichtsdestotrotz sollte insbesondere die Auseinandersetzung um den Islamismus forciert werden, da es ein wichtiges Thema ist, das sich nicht nur im Nahen Osten abspielt, sondern auch hier in Deutschland für die migrantischen Communities von Bedeutung ist. Wir hoffen, dass wir mit unserer Mobilisierung dazu beigetragen haben, dass die Linke das mehr auf den Schirm bekommt.

AKKU: Natürlich ist der Islamismus eine reaktionäre politische Bewegung. Das sehen wir genauso. Die Frage ist aber erstmal; auf welche Art und Weise man sich damit auseinandersetzt. Und da gehört auch eine Abgrenzung zu antideutschen Kulturkämpfern dazu. Die vermisse ich bei euch. Das ist für mich wichtig, dass man sich da nicht Leute ins Boot holt, die für diesen Krieg der Kulturen stehen. Hinzu kommt auch die Frage der politischen Stärke in einer Mobilisierung. Es wurden aus eurem Spektrum Befürchtungen geäußert: Was tun wenn die Hisbollah, Milli Görüs oder andere Islamisten kommen? Wir hatten manchmal den Eindruck, dass diese Befürchtungen einen ganz großen Raum einnahmen in der Mobilisierung. Davon ist nichts eingetreten. Es ist natürlich klar, dass wir Kräfteverhältnisse schaffen müssen – und die wären sicherlich an dem Tag auch so gewesen – um solchen Leuten genauso den Nachhauseweg zu zeigen. Da wünsche ich mir einfach mal ein bisschen mehr Selbstbewusstsein im Umgang mit solchen Fragen und weniger Ängste, Abgrenzungen und Kritik.

AK: Wir haben es im Aufruf sehr deutlich gemacht, dass es kein Wesen des Islams gibt, womit wir uns von allen Kulturkämpfern auch in aller Deutlichkeit verabschiedet haben. Für unsere immer wieder geäußerten Befürchtungen, es könnten Islamisten kommen, gab es mehrere Anhaltspunkte. Ahmadinedschad hat sich geäußert, der Präsident Malaysias hatte sich geäußert. Wir sind konkret von Islamisten bedroht worden im Vorfeld. Und wir haben das teilweise angesprochen und hatten das Gefühl, dass die Ernsthaftigkeit mit der wir daran gegangen sind, bzw. unsere Befürchtungen überhaupt nicht geteilt wurden. Es gab sehr relativierende Statements, so dass wir unsere Befürchtungen häufig und manchmal auch sehr schroff vorgetragen haben. Wir sind selber froh, dass es so nicht eingetreten ist. Aber damit ist nicht gesagt, dass wir in Zukunft in einer ähnlichen Situation sagen würden, da kommt Milli Görüs nicht. Das wäre fatal, wenn man das jetzt als Schluss daraus zieht und davor würden wir dann auch ganz strikt warnen. ■

Pro – eine rechtspopulistische »Bürgerbewegung«

Spätestens seit dem gescheiterten »Anti-Islamisierungs-Kongress« im September 2008 in Köln ist die Bürgerbewegung Pro Köln bundesweit als rechtspopulistische Organisation bekannt geworden.

Trotz dieser Niederlage ist festzuhalten: Pro Köln gelang bei den Kommunalwahlen in NRW 2004 ein Erfolg: 16.531 Wählerinnen und Wähler bescherten der Organisation 4,7 Prozent bei der Wahl zum Kölner Stadtrat (Vgl. # AIB 66). Seitdem ist Pro Köln mit vier Mandaten im Stadtrat vertreten, ein fünftes folgte später durch den Übertritt eines Ratsherrn der Republikaner. In allen neun Kölner Bezirksvertretungen ist die Gruppierung seit 2004 vertreten, aktuell mit 12 Mandaten. In der Bezirksvertretung Köln-Ehrenfeld hat Pro Köln sogar zwei Sitze, da der ehemalige stellvertretende Bezirksvorsteher und CDU-Vorsitzende aus Köln-Ehrenfeld, Jörg Uckermann, zu Pro Köln wechselte.

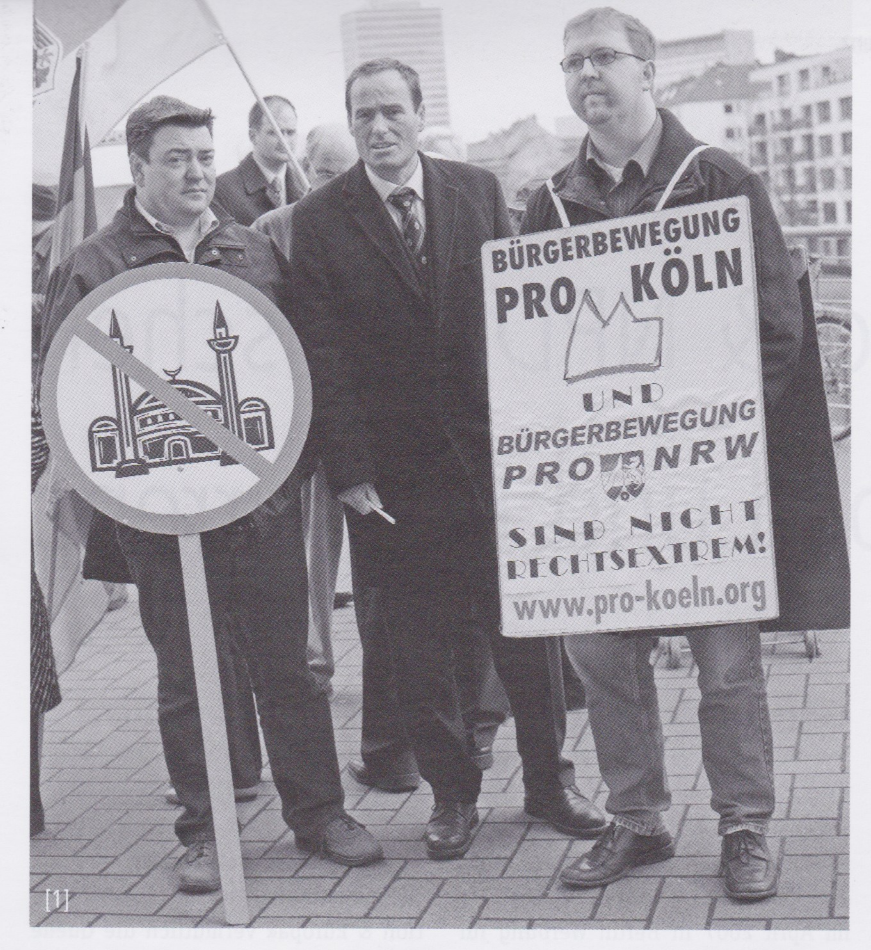
»Rechtspopulistisch« (Vgl. AIB # 59) wird von Pro Köln auch offen und direkt als Eigenbezeichnung verwendet. Die Organisation stellt sich als »nonkonforme, politisch unkorrekte« Kraft von Rechts dar, die das etablierte Parteiengefüge in Köln als »Alternative zu rotem Filz und schwarzem Klüngel« erobern will. Im Gegensatz zu diesem wolle man »Politik für Normalbürger, nicht für Randgruppen« machen. Pro Köln sieht sich als Partei, die den »kleinen Mann« gegen »die da oben, die ja doch nur machen, was sie wollen«, vertritt. Trotz massiver Widerstände würde man sich »gegen Überfremdung, Kriminalität und Korruption« auflehnen. Durch eine »konsequente Basisarbeit« zu »drängende(n) kölsche(n) Themen« soll eine Verankerung vor Ort erreicht werden. Bei den Pro-Köln-Aktionen wurde versucht, an bereits bestehende Bürger- und Anwohnerproteste anzuknüpfen. Vor allem konfliktträchtige lokale Themen wurden durch Pro Köln in rassistischer Stoßrichtung aufgegriffen und zugespitzt. Der Pro-Köln-Vorsitzende Markus Beisicht belegt dies in einem Interview in der NPD-Zeitung Deutsche Stimme: »Uns geht es in erster Linie um die Großmoschee als Symbol der Überfremdung, der Parallelgesellschaft und der türkischen Masseneinwanderung. (...) Solche politischen Steilvorlagen nicht zu nutzen (...), ist Verrat an der einheimischen Bevölkerung«. So wird versucht, an Ängste und Vorurteile anzuknüpfen und diese rassistisch zuzuspitzen. Botschaften wie »Mach mich nicht an, Mehmet!« sprechen hier eine deutliche Sprache.

Foto: juelich/p-photo.com

Von Pro Köln zu Pro D und zurück zu Pro NRW

Ausgangspunkt aller weiteren Pro-Gründungen ist der 1996 gegründete eingetragene Verein Bürgerbewegung Pro Köln, ein lokaler Ableger der später aufgelösten extrem rechten Partei Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH). Deren Verankerung in der extremen Rechten wurde 1994 im AIB # 27 dargestellt. Nach dem Scheitern der DLVH bei den Kommunalwahlen 1999 wechselten die lokalen Führungskräfte der DLVH schrittweise von dem Modell einer eindeutig extrem rechten Partei auf das Modell einer »Bürgerbewegung« mit rechtspopulistischer Attitüde nach dem Credo »undogmatisch, überparteilich und ohne Tabus«.

Die Pro-Organisationen wurden zum nicht unerheblichen Teil von Personen mit einer Vergangenheit in der extremen Rechten gegründet. Selbst der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz schrieb in seinem Jahresbericht über das Jahr 2003: »Die Gruppierung stellt sich selbst als konservativ dar, arbeitet allerdings eng mit Neonazis (...) zusammen.« Eine solche Feststellung wird dort offenbar nicht gerne gehört. Mehrfach versuchte Pro Köln erfolglos, vor Gericht durchzu-



[1] Düsseldorf am 28. März 2008: Anhänger der rechtspopulistischen Bügerbewegung Pro Köln/Pro NRW demonstrieren anlässlich der Vorstellung des Verfassungschutzberichtes 2007 vor der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei. In der Bildmitte der langjährige Köln-Ehrenfelder CDU-Vorsitzende und stellvertretende Bezirksbürgermeister Jörg Uckermann. Er trat 2008 zu Pro Köln über.

setzen, nicht mehr im Verfassungsschutzbericht geführt zu werden bzw. die bisherigen Erwähnungen als rechtswidrig beurteilen zu lassen. Doch Funktionäre wie Manfred Rouhs, Mitglied des Kölner Stadtrates und Fraktionsgeschäftsführer der Pro-Fraktion, belegen schon biografisch die Verbundenheit mit dem Rechtsaußenlager. Rouhs kann auf eine über 20-jährige Karriere in der extremen Rechten zurückblicken. Sein Weg führte ihn über die NPD/JN, die REPs und die DLVH zu Pro.

Am 20. Januar 2005 wurde auf Initiative von Manfred Rouhs die Bürgerbewegung Pro Deutschland (Pro D) gegründet. Dies darf getrost als Versuch gewertet werden, das Modell Pro Köln bundesweit zu etablieren. Bundesvorsitzender ist bis heute Manfred Rouhs.

Eine Reihe von Pro-D-Funktionsträgern und -Mitgliedern kommen wie Manfred Rouhs von den bundesweit immer bedeutungsloser werdenden Republikanern. Einzelne kommunale Mandatsträger der REPs traten zu Pro D über.

Erste Aktivitäten entfalteten Pro D und sich auf Pro D beziehende Gruppierungen in Berlin, Brandenburg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, NRW und Baden-Württemberg. Doch wegen Spannungen über strategische Fragen zwischen Pro D und dem später entstanden weiteren Pro-Köln-Ableger Pro NRW stagnierte der Pro D-Aufbau.

Der Verein Bürgerbewegung Pro Nordrhein-Westfalen e.V. (Pro NRW e.V.) wurde am 6. Februar 2007 gegründet. Auf seinem »Gründungsparteitag« am 9. September 2007 beschloss Pro NRW dann »einstimmig die Umwandlung zu einer landesweiten Regionalpartei«. Vorsitzender von Pro NRW ist Markus Beisicht aus Burscheid bei Leverkusen. Ähnlich wie Manfred Rouhs hat er eine über 20-jährige Karriere in der extremen Rechten hinter sich. Er war Funktionsträger bei den REPs und bei der DLVH. Von 1989 bis 1994 saß er für die REPs, später für die DLVH im Kölner Stadtrat.

Pro NRW ist eine Partei der extremen Rechten mit rechtspopulistischer Attitüde, die nach dem Erfolg von Pro Köln mit dem Ziel angetreten ist, bei den nächsten nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im Jahre 2009 sowie bei den Landtagswahlen 2010 als stärkste Partei rechts von der CDU in die Parlamente einzuziehen. Von einer flächendeckenden Ausdehnung in NRW ist man jedoch noch weit entfernt. Schwerpunkt ist der Großraum Köln und die angrenzenden Städte und Kreise.

Pro NRW konnte wie Pro Köln von Übertritten von Mandatsträgern der Republikaner profitieren. So ist Pro NRW bereits im Stadtrat Gelsenkirchen und in der Bezirkvertretung Bottrop-Süd vertreten.

Als »Arbeitskreise« sind die Untergruppen »Jugend pro NRW«, »Pro Mittelstand NRW«, der »frauen- und familienpolitische Arbeitskreis« sowie »Christen pro Köln« Pro NRW bzw. Pro Köln angegliedert. Sämtliche Beauftragten dieser Arbeitskreise gehören Pro Köln an. Der Arbeitskreis »Jugend pro NRW« bemüht sich insbesondere um die Agitation vor Schulen. Hierzu wurde eine eigene Schülerzeitung mit dem Titel Objektiv erstellt.

Aussicht

Mit zunehmendem Erfolg droht die übliche Neiderei zwischen Funktionsträgern, die erstes Geld mit der Parteiarbeit verdienen können. Hinzu kommen individuelle Machtambitionen und unterschiedliche strategische Vorstellungen. Der Mehrheitsflügel von Pro Köln bestand so im Gegensatz zu Manfred Rouhs darauf, alle verfügbaren Kräfte auf NRW zu konzentrieren, was zu den bereits erwähnten Spannungen führte. Rouhs erklärte daraufhin, bis zu den Kommunalwahlen in NRW keinen weiteren Pro D-Strukturaufbau zu betreiben, sondern nur »Arbeitshilfen für selbständige politische Aktivitäten der Pro-Deutschland-Mitglieder« zu geben. Letztendlich liegt die Zukunft von Pro NRW und perspektivisch auch von Pro D in einer erfolgreichen Teilnahme an den nächsten nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im Jahre 2009 und den Landtagswahlen 2010. Wenn Pro NRW bei diesen Wahlen scheitert, ist zugleich die angestrebte Modernisierungsbestrebung über das Modell Pro Köln begraben. ■

Pro & NPD: Zwischen Vorbild und Konkurrenz

Das Verhältnis zwischen den verschiedenen Parteien des rechten bis extrem rechten Lagers in Deutschland ist traditionell äußerst gespannt. Die NPD – Führung steht dem Projekt Pro ablehnend gegenüber, versucht aber zeitgleich regional ihre Strategie zu kopieren.

Bundesweit Pro als Gegner

Wie aus NPD-Parteikreisen berichtet wird, macht der NPD-Chef Udo Voigt seinen Funktionsträgern parteiintern immer wieder deutlich, dass er Pro für eine feindliche Organisation hält. Als im April 2007 in Berlin Werbung für Pro Berlin verschickt wurde, soll das für erhebliche Verstimmung beim NPD-Parteivorsitzenden gesorgt haben. Er habe demnach befürchtet, dass Pro der NPD nun auch hier wahlpolitisch Konkurrenz machen wolle. Er habe dies parteiintern als eine »Kriegserklärung« betrachtet und angekündigt diese Organisation in Berlin mit allen Mitteln verhindern zu wollen. Für ihn stehe eine Partei in Neugründung bevor und er wolle das nicht unterstützen. Zulange habe die NPD gebraucht, um die Parteien Deutsche Liga und die Republikaner »niederzukämpfen«, hieß es aus dem Umfeld des Parteivorsitzenden. Der NPD-Funktionär Stephan Haase aus NRW verschickte Ende Mai 2007 eine Stellungnahme zu Pro an diverse NPD-Funktionäre, welche auch an das AIB lanciert wurde. Laut dieser hat Helmut Gudat (NPD-Kreisvorsitzender von Mönchengladbach) Informationen zu Pro Köln, Pro NRW und Pro D zusammengetragen. Seine Informationen zum Innenleben und den Finanzquellen von Pro würden von zuverlässigen Kameraden stammen, welche bei Pro Köln als Interessenten gemeldet sind oder dort Ordnerdienste leisten würden. Laut diesem Bericht tritt Harald Neubauer auf Pro-Veranstaltungen als Redner auf. Durch seine Kontakte zu den europäischen Rechtsparteien Vlaams Belang, FPÖ und FN seien auch von dort immer wieder Gastredner zu erwarten. Außerdem seien die Adressen der Abonnenten der Zeitschrift »Nation & Europa« vermutlich die Quelle für ländliche Pro-Veranstaltungen mit über 100 Gästen.

Haase fürchtete, dass sich mit Pro eine neue Konkurrenz, wohl mittelfristig auch über NRW hinaus, zusammenbrauen würde. Er regte in diesem Zusammenhang an, die Rolle von Harald Neubauer genauer unter die Lupe zu nehmen und ggf. Konsequenzen in Sachen Auftritten bei der NPD zu ziehen. Die NPD müsse ja nicht noch die nächste Konkurrenzorganisation durch Hofierung aufwerten.

Regional Pro als Vorbild

In einigen Bundesländern gab es Versuche, NPD-nahe Pro-Gruppen unter den Namen »Bürgerbewegung Pro-X« zu initiieren. Hierzu sollen sogar Blanko-Vorlagen für Gründungsprotokolle und Satzungsvorschläge aus NRW nach Thüringen weitergeben worden sein. Im Dezember 2007 beklagte Pro NRW auf ihrer Homepage die Gründung einer Bürgerbewegung Pro Münster durch regionale NPD-Aktivisten. Hierzu erklärte der Pro-NRW-Generalsekretär, Markus Wiener: »Pro NRW hat mit dem NPD-Plagiat ›pro Münster‹ weder organisatorisch noch politisch etwas zu tun. Die NRW-NPD, die bekannterweise von sogenannten V-Leuten des Verfassungsschutzes regelrecht



[1]

Foto: Zacharias O. Gross

[1] Der ehemalige NPD-Funktionär Rüdiger Schrembs wirbt für die Bürgerbewegung Pro München.

zersetzt ist, möchte mit Hilfe dieser perfiden Aktion im Interesse der verbrauchten Altparteien pro NRW ins rechtsextreme Ghetto drängen bzw. stigmatisieren (...)«

Im AIB #78 berichteten wir über ein entsprechendes NPD-Papier, das die flächendeckende Gründungen von NPD-nahen Vereinen in allen größeren Thüringer Städten mit Namen wie »Bürgerbewegung Pro Eisenach«, »Bürgerbewegung Pro Suhl« usw. vorsah.[1]

Vor etwa drei Jahren wurde vor allem durch die (damaligen) bayrischen NPD-Funktionäre Rüdiger Schrembs und Roland Wuttke die »Bürgerbewegung« Pro München initiiert, um bei den Münchener Stadtratswahlen anzutreten. Pro München sollte als eine Art »Stimmenfänger« dienen, der gleichzeitig als »Durchlauferhitzer« für die Landtagswahlen unter der NPD wirken sollte. Solche NPD-nahen Vorfeldorganisationen hätten die Aufgabe, das Feld für die NPD beim Durchschnittswähler zu bereiten. Bei den Kommunalwahlen 2008 sollte eine dementsprechende schwerpunktartige Teilnahme von NPD-Tarnlisten in den drei bayrischen Großstädten erfolgen. In Nürnberg unter der Bürgerinitiative Ausländerstopp, in München unter Pro München und in Augsburg unter einem Bündnis Augsburg.

Die (damaligen) bayrischen NPD-Kader erhofften sich durch dieses Manöver einige Vorteile für den Wahlkampf. So sei die Sammlung der nötigen Unterschriften unter dem Namen Pro München eher erfolgreich als unter dem Namen NPD.

Pro München sollte möglichst »unbelastet« ins Rennen gehen. Daher sollte die NPD lediglich von Rüdiger Schrembs als Beisitzer im Pro-München-Vorstand vertreten werden. Keine weiteren NPDler sollten zusätzlich Pro-München-Mitglieder sein. Insbesondere sollten die »Lieblingsnazis« der Münchner Medien Roland Wuttke und Norman Bordin (Aktionsbüro Süddeutschland) nicht in Erscheinung treten.

Ein Erfolg von Pro München sei aber trotzdem einem Erfolg der NPD absolut gleichzusetzen, vertraten die Münchener Wahlkämpfer gegenüber der NPD-Parteiführung. Die Verschleierung des NPD-Backgrounds war auch ein recht unrealistischer Plan – lokale AntifaschistInnen konnten die Verbindungen zur NPD schnell analysieren und veröffentlichen.[2] Ein Versuch von Pro München, den Münchener Oberbürgermeister Christian Ude wegen Verleumdung bzw. übler Nachrede vor Gericht zu bringen scheiterte. Er hatte Anfang März 2007 über Pläne neonazistischer Organisationen berichtet, unter der irreführenden Firmierung Pro München zur Wahl anzutreten. Die Staatsanwaltschaft München stellte die Ermittlungen wegen eines fehlenden hinreichenden Tatverdachts ein.[3]

Pro München als unbeliebtes NPD-Kind

Dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt gefiel das Projekt unter dem »Pro-Namen« erwartungsgemäß überhaupt nicht, wie NPD-Insider Informanten des AIB mitteilten. Er fürchtete u.a. rechtliche Schritte von Pro Köln wegen der Übernahme des Namensteils Pro. Schrembs habe daraufhin die Beziehungen von Harald Neubauer zu Markus Beisicht von Pro Köln bemüht, um die Namensfrage zu klären. Beisicht sollte ein Papier an Pro München richten, das von Pro Köln →

→ bzw. Pro NRW die rechtsverbindliche Zusage enthalten solle, dass in der Namensfrage Übereinstimmung besteht. Darauf habe Udo Voigt aber nicht sonderlich viel gegeben. Markus Beisicht habe in der Vergangenheit mehrere Prozesse gegen den NPD-Parteivorstand geführt, so dass man ihm nicht trauen könne. Beisicht würde eine solche Zusage nur geben, um den NPD-Erfolg mit Pro München hinterher für Pro Köln bei der Gründung der neuen Partei Pro Deutschland zu verwenden, habe Voigt laut Insiderinformationen parteiintern vertreten. Er habe sich daher massiv gegen den Pro-Namen gestellt, da die NPD so nur Aufbauhilfe für eine andere Partei betreiben würde. Auch das Argument mit der Unterschriftenabgabe konnte Voigt nicht überzeugen. Altgediente NPD-Mitglieder seien für einen Wahlkampf unter falschem Namen nur schwer zu motivieren. Und gerade die dringend benötigte finanzielle Unterstützung käme eher aus dieser Ecke als von Nicht-NPD-Mitgliedern und Sympathisanten. Ostern 2007 sei es daher in Moosburg in Voigts sog. Bierkeller zu einer Runde zwischen (damaligen) bayrischen NPD-Funktionären und dem NPD-Parteivorsitzenden zum Thema Pro München gekommen. Schrembs habe hier Voigt seine Analyse zum Thema »Die Bayernwahlen 2008 und ihre gesamtdeutsche Bedeutung« übergeben. Wie innerhalb der NPD durch Schrembs berichtet wurde, hätte Udo Voigt zugestimmt, das Projekt Pro München durchzuführen, wenn die Absicherung in der Namensfrage durch entsprechende Verhandlungen in Köln erfolgen würde. Wie Insider berichteten, soll Voigt allerdings nur erwogen haben, zumindest nicht parteiöffentlich gegen die »Schnapsidee« Pro München vorzugehen, die er für eins der »üblichen Luftlöcher« halten würde. Allein eine angebliche Spendenzusage in Höhe von 60.000 Euro von Schrembs für das Projekt Pro München hätte ihn dazu bewegen können nicht massiv gegen den Namen vorzugehen. Wenn Schrembs auch das in Aussicht gestellte Geld »erwartungsgemäß« nicht bekommen sollte, würde die Unternehmung damit enden, dass die NPD in München gar nicht antritt.



[1] Der NPDler Roland Wuttke galt als einer der Initiatoren von PRO MÜNCHEN. Später trat er für die Konkurrenzliste »Bürgeriniative Ausländerstopp München« auf.

Geheimtreffen in Köln und Zusammenarbeit

Laut einer parteiinternen Stellungnahme von Rüdiger Schrembs an eine Reihe führender NPD-Funktionäre, welche dem AIB von Insidern zugespielt wurde, kam es am 12. April 2007 zu einem Treffen zwischen Rüdiger Schrembs und Markus Beisicht und Frau Judith Wolter von Pro Köln/Pro NRW am Flughafen Köln. Die beiden Juristen hätten hierbei betont, dass Pro Köln/Pro NRW keine rechtliche Möglichkeit habe, gegen die Namensführung Pro München vorzugehen. Sie hätten sogar »die politische Bedeutung« eingesehen und ein verbindliches Schreiben von Pro Köln/Pro NRW zugesagt, dass diese Gruppierungen keine Namensrechte im Negativsinne gegen Pro München geltend machen werden. Ein entsprechender Entwurf von Schrembs, der davon ausging, dass auf diesem Schreiben eine dritte Unterschrift von Manfred Rouhs (Vorsitzenden von Pro Deutschland) erscheinen könne, sorgte für Komplikationen. Beisicht habe Schrembs über die Pro-Strukturen aufklären müssen: Der Verein Pro Deutschland ist im juristischen Sinne eigenständig und Beisicht und Wolter gehören Pro Deutschland nicht an. Daher sei man nach der Besprechung am Flughafen zu Manfred Rouhs in die Fraktionsräume gefahren. Dort habe Manfred Rouhs dem NPD-Vertreter Schrembs versichert, dass er dem Beispiel von Pro Köln/Pro NRW folgen wird und absprachegemäß ebenfalls eine derartige juristisch bindende Erklärung, das Namensrecht von Pro München garantierend, baldig nach München übersenden werde.

Als Ergebnis formulierte Schrembs: »Wir sollten unbedingt den Versuch machen, Pro Köln nicht als Feindbild ins Visir zu nehmen, sondern einzubinden. Neben der Minengänger-Funktion von Pro München im NPD-Vorfeld, kann ProMü auch die wichtige Scharnierfunktion zu Pro Köln planmäßig übernehmen.«

Tatsächlich kam es in der Folge zu einer Annäherung beider Gruppierungen. Im Juni 2007 fand in München eine gemeinsame Veranstaltung von Pro Köln und Pro München statt, auf der Pro Köln – Fraktionschefin Judith Wolter und des Pro-NRW-Generalse-

1| »Thüringer U-Boot-Offensive – Tarnvereine als Wahlkampfmittel«, AIB 78, Seite 12.
2| Vgl. Pressemitteilung vom 22.3.2006: »Münchner Neonaziszene gibt sich neuen Namen« des a.i.d.a. Archiv München.
3| Vgl. Pressemitteilung vom 15.10.2007: »Pro München scheitert mit Anzeige gegen Oberbürgermeister Ude« des a.i.d.a. Archiv München.
4| Vgl. Broschüre »Rechtsextremismus und Kommunalwahlen in Bayern 2008 / Rechte Biedermänner zwischen Kameradschaften und bürgerlicher Mitte« von Michael Barthel, Seite 9 bis 10 und »Schadensbegrenzung« von Thomas Sager in »Blick nach rechts« Nr. 6/2008, Seite 2.
5| Vgl. »Münchner Spaltprodukt«. Redok am 13.9.2007
6| Vgl. »Münchner Spaltprodukt«. Redok am 13.9.2007
7| Vgl. Pressemitteilung vom 15.2.2008: »Rechte Gruppierungen auf dem Weg ins Rathaus? Infos über Pro München und BIA« des a.i.d.a. Archiv München.

kretärs Markus Wiener auftraten. Pro Köln berichtete über Wahlkampfunterstützung durch den Pro-NRW-Landesgeschäftsführer Bernd M. Schöppe. Markus Beisicht ließ sich mit Blick auf München mit der Aussage zitieren: »Uns freut es immer, wenn Patrioten in Deutschland oder ganz Europa Ideen von uns für brauchbar halten und sich mit ähnlichen Inhalten und Strategien wie wir sie haben an die Bürger wenden. Soweit dies in unseren Kräften steht, unterstützen wir solche Anliegen.«[4] Im September 2007 soll Schrembs gar den Gründungsparteitag von Pro NRW geleitet haben.[5]

Bürgerinitiative Ausländerstop statt Pro München

Eine regionale Annäherung zwischen NPD und Pro war ein wenig tragfähiger Spagat, welcher schon bald an politischen Flügelkämpfen scheiterte. Selbst die beiden »Erfinder« von Pro München Schrembs und Roland Wuttke gerieten schnell in erhebliche Auseinandersetzungen. Bei einer Vorstandswahl im Januar 2007 sollen – nach Insider-Berichten – einige Mitglieder der Kameradschafts-Szene um Norman Bordin und Michael Deuringer versucht haben, den Antritt von Pro München zur Stadtratswahl zu verhindern. Diese Kameradschaftsmitglieder seien erst einige Wochen zuvor aus der NPD ausgetreten, da sie den Weg als parlamentarische Opposition ablehnen würden. Mitte April 2007 sollen laut eines Berichtes von Schrembs die Personen Roland Wuttke, Wolfgang Bukow (Ex-Republikaner, Deutschen Partei) und Ulrich Deischl (früher JN-Vorsitzender Bayern) zu einer Vorstandsitzung von Pro München eingeladen haben. Somit schien Wuttke von der ursprünglichen Taktik und Planung abzuweichen nur »unbelasteten« Personen für Pro München agieren zu lassen. Laut dem Bericht von Schrembs an führende NPD-Funktionäre tauchte bei dieser Versammlung Norman Bordin mit einem Dutzend Anhänger auf. Wuttke habe den Geschäftsführer und Schatzmeister von Pro München, Bernd Harald Beckmann (Ex-Republikaner), neunzehn Aufnahmeanträge, darunter seinen eigenen und den von Bordin, übersandt. Zu Ende der Veranstaltung legte Wuttke eine Unterschriftsliste von sechzehn Beitrittsantragsstellern vor, die eine baldige Mitgliederversammlung zum Zweck der Neuwahl des Vorstands forderte. Wuttkes Anträge wurden vom Vorstand abgelehnt. Auf der Homepage von Pro München wird dieser Vorfall in einer »Erklärung des Vorstandes der Bürgerbewegung Pro München« später noch aufgegriffen: »Pro München hat im April 2007 einen Unterwanderungsversuch von Neonazis abgewehrt. 20 Aufnahmeanträge wurden abgelehnt.« Einem Medienbericht zu Folge trat Schrembs einige Monate später aus der NPD aus.[6] Als Sprecher von Pro München beklagt er auf der Pro-München-Homepage in Bezug auf die NPD die »sektenhaftige Politikunfähigkeit mancher Führungskader«, die »bis heute nicht in der politischen Realität der Gegenwart angekommen sind«. Im Herbst 2007 kam es zum Bruch des rechten Sammelbeckens und ein zweites NPD-näheres Bündnis mit dem Namen »Bürgerinitiative Ausländerstopp München e.V.« entstand. Für dieses traten Roland Wuttke und Norman Bordin auf.[7] Der bayerische NPD-Chef Ralf Ollert sitzt bereits seit 2003 für eine gleichnamige Bürgerinitiative im Nürnberger Stadrat. Bei der Kommunalwahl im März 2008 erhielt die »Bürgerinitiative Ausländerstop München« nach erstmaligem Antreten 1,4 Prozent der Stimmen und zog mit Karl Richter (Parlamentarischer Berater der sächsischen NPD Landtagsfraktion) in den Stadtrat ein. Die Konkurrenz von Pro München erhielt nur 0,9 Prozent der Stimmen und keinen Platz im Stadtrat.

Den Fehltritt von Pro München wollte sich Markus Beisicht von Pro Köln/Pro NRW nicht anhängen lassen. Mittels einer Pressemitteilung lies er die Leser des Jungen Freiheit Online Auftrittes wissen, das der Versuch einiger weniger, das Erfolgsmodell von Pro Köln auf München auszuweiten aufgrund unzureichender Vorarbeiten und mangelnder personeller und materieller Ressourcen zum Scheitern verurteilt gewesen sei. Vergessen war offenbar seine Unterstützung für das Projekt.

Angesichts des frostigen und von Mißtrauen geprägten Klimas zwischen den extrem rechten Parteifunktionären lohnt ein Blick zwanzig Jahre zurück. 1989 waren in Köln die Republikaner Manfred Rouhs und Markus Beisicht mit Unterstützung von Harald Neubauer in das Kölner Rathaus eingezogen. Der Journalist Michael Schomers hatte sich in die Parteistrukturen eingeschleust und das Buch »Deutschland ganz rechts – Sieben Monate als Republikaner in BRD & DDR« verfasst. Im Vorwort charakterisiert Günter Wallraff die Partei als einen »ziemlich desolaten ›Sauhaufen‹, um es mit ihren eigenen Worten auszudrücken, wo die rechte Hand nicht weiß, was sich die linke gerade in die eigene Tasche steckt, und wo statt Parteiorganisation Vetternwirtschaft, Intrigantentum, Putschismus und all die Negativtugenden politischer Sekten herrschen.« Offenbar ist diese Phase in der extrem rechten deutschen Parteienlandschaft – trotz aller zwischenzeitigen Erfolge – noch immer nicht endgültig überwunden. ■

Die juristische Auseinandersetzung um »Thor Steinar«

Ziel antifaschistischer Intervention?

Gastbeitrag des Ladenschluss – Aktionsbündnis gegen Nazis

www.ladenschluss.blogsport.de

»Kostenlose Werbung für Thor Steinar«, »staatsbejahendes, paternalistisches Obrigkeitsdenken«, »rassistische, antisemitische und neonazistische Einstellungen sind das Problem, nicht Thor Steinar« – so die Kritik der Kritik an der Modemarke »Thor Steinar« im Heft »Investigate Thor Steinar«. Diskussionen, ob und wie eine Auseinandersetzung mit der Modemarke stattzufinden hat, und ob überhaupt, gibt es viele. Wir beschreiben die juristische Auseinandersetzung um die »Thor-Steinar«-Filialen, um zu zeigen, dass antifaschistische und zivilgesellschaftliche Intervention in dieser Hinsicht durchaus erfolgreich sein kann; wohl wissend, dass mensch sich auf diesem »Erfolg« nicht ausruhen darf.

Das »Narvik« in Magdeburg

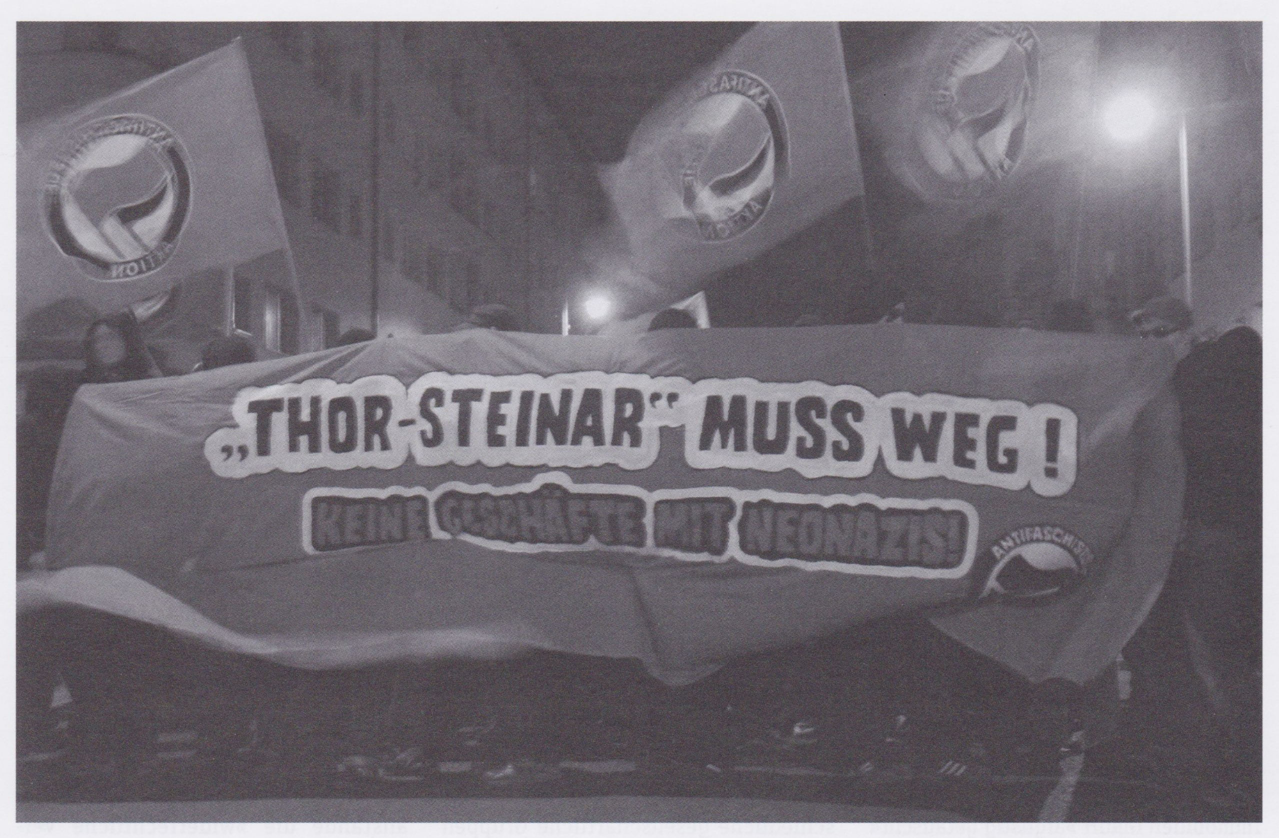
Mitten in der Magdeburger Innenstadt, in einem Gebäudekomplex mit dem Namen »Grüne Zitadelle«, welches der jüdische Architekt Friedensreich Hundertwasser erbauen ließ, eröffnete am 27. Mai 2007 das Kleidungsgeschäft »Narvik«. Dabei handelte es sich um eine Filiale der Mediatex GmbH, diese vertreibt bundesweit die Marke »Thor Steinar«. Eigentümer des »Hundertwasserhauses« ist die Centrum Aqua Immobilien (C.A.I.) GmbH & Co. Kg, welche in Trägerschaft des katholischen Siedlungswerks St. Gertrud steht. Im Vorfeld der Eröffnung kam es zu einem Mietvertragsabschluss zwischen Mediatex GmbH und Hauseigentümer.

Zivilgesellschaftliche und antifaschistische Proteste machten schließlich darauf aufmerksam, wer hier wirklich sein Unwesen trieb. Besonders der krasse Gegensatz zwischen dem »Hundertwasserhaus« und dem zukünftigen »Thor Steinar« Laden sowie dessen Kundschaft standen im Fokus von Öffentlichkeit und Medien. Kurz darauf entschloss sich der Eigentümer, den Betreibern des »Narvik« zu kündigen, der Mediatex-Geschäftsmann Uwe Meusel aus Niederlehme legte jedoch Widerspruch ein. Es folgte ein siebenmonatiger Rechtssteit vor der Zivilkammer des Landgerichts Magdeburg.

In der Klage geht es konkret um den Tatbestand der »arglistigen Täuschung« nach §123 Abs.1 BGB. Demnach kann ein Mietvertrag zwischen zwei Parteien angefochten werden, wenn über den Inhalt, in diesem Fall der Verkauf der Marke »Thor Steinar«, keine oder nur unzureichende Angaben gemacht worden. Die C.A.I GmbH & Co. Kg sei lediglich über ein »Sortiment« bestehend aus »einer Winter und Frühjahrskollektion« informiert wurden, der Name »Thor Steinar« tauchte in dem Vertragswerk nicht auf. Mit der Entscheidung der 5. Zivilkammer des Landgerichts Magdeburg wird dieser Klage statt gegeben. Demnach ist es die Pflicht des Mieters, dem Vermieter genaue Informationen über das Sortiment zukommen zu lassen.

In der Argumentation beziehen sich die Richter vor allem auf das Image und Wirken der Marke in der Öffentlichkeit. So sei es unbestritten, dass es sich bei »Thor Steinar« um eine in der Öffentlichkeit viel diskutierte Marke handelt. Publikationen, öffentliche Proteste und nicht zuletzt der Rechtsstreit um das alte Logo der Marke, in welchem das Landgericht Neuruppin mit seiner Entscheidung vom 17. November den Tatbestand des §86a I Nr. 1 II (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) verwirklicht sah, machen dies deutlich.

Gleichwohl dieses Urteil inzwischen wieder aufgehoben ist, bestehe dessen Wirkung in der Öffentlichkeit weiter fort. Das Landgericht Magdeburg sah dies auch daher bestätigt, weil »Thor Steinar« eine Internetseite betreibe, welche sich mit der Verteidigung der Marke beschäftigen würde. Dem Beklagten war also klar welche Wirkung und welche Konsequenzen sein Unterfangen für den Vermieter und dessen Geschäftstätigkeit haben würde. Nach weiteren Aussagen der Richter handelt es sich bei »Thor Steinar« um eine in der Öffentlichkeit »durch die nationalsozialistische Ideologie belastet angesehene Marke«. Der Schaden, welcher dem Hauseigentümer entstehen könnte, etwa durch die Minderung der Attraktivität des Gebäudekomplexes oder Schadensersatzerforderungen anderer Gewerbetreibender seien zudem ausreichende Gründe, genaue Informationen über das Sortiment zu erfahren.



Im Ergebnis heißt es also, dass der Beklagte dem Kläger in jedem Fall hätte Auskunft erteilen müssen. Zeugenaussagen haben weiterhin bestätigt, dass der Hauseigentümer keinesfalls einen Mietvertrag eingegangen wäre, hätte ihm eine wahrheitsgemäße Beschreibung des Warensortiments vorgelegen. Gegen diese Entscheidung legte Meusel Berufung vor dem Oberlandesgericht (OLG) Naumburg ein. Genützt hat es jedoch nichts, mit dem Urteil des OLG vom 28. Oktober 2008 wurde die Entscheidung des Landgerichts Magdeburg erneuert. Allerdings geht »Thor Steinar« nun den Rechtsweg der Revision, sprich die Mediatex GmbH strebt eine Neuverhandlung vorm Bundesgerichtshof, der höchsten Instanz in diesem Fall, an, um zu verhindern, dass sie ihren Laden räumen müssen.

Leipzig: »Tönsberg«

In Leipzig eröffnete am 22. September 2007, zwei Monate nach der Eröffnung des »Narvik«, die »Thor Steinar«-Filiale »Tönsberg« in dem frisch restaurierten »Haus zur Goldenen Kugel« in der Richard-Wagner-Strasse. Bereits zwei Tage vor Eröffnung fand die erste antifaschistische Demonstration gegen die Ladeneröffnung statt. In den folgenden Wochen fomierte sich massiver Protest, der unter anderem in einer Demonstration mit 2000 TeilnehmerInnen und einer vom Bündnis »Ladenschluss« herausgeforderten Stellungnahme des Leipziger Oberbürgermeisters gipfelte. Im Dezember wurde bekannt, dass die Vermieterin des Ladenlokals, die Immovaria Beteiligung AG, nach einem gescheiterten Versuch der gütlichen Einigung Räumungsklage eingelegt hatte.

Der erste Verhandlungstermin ließ auf sich warten und wurde kurzerhand einen weiteren Monat, vom 5. Juni 2008 auf den 3. Juli 2008 verlegt. Die im Ergebnis für den 28. August 2008 festgelegte Urteilsverkündung entfiel aufgrund »neuer Beweise«. Die Vermieterin müsse beweisen, dass sie nicht an Mediatex vermietet hätte, hätte sie über das Sortiment Bescheid gewusst. Nach einem weiteren Verhandlungstermin wurde am 13. November 2008 endlich das Urteil gesprochen: »Thor Steinar« muss das Ladengeschäft an die Vermieterin herausgeben. Wie in Magdeburg beruft sich die 1. Zivilkammer des Landgerichtes Leipzig darauf, dass »der Beklagte die Vermieterin bei Anbahnung des Mietvertrages durch unzutreffende Angaben über die beabsichtigte Geschäftstätigkeit (Verkauf von in der Öffentlichkeit polarisierenden und kontrovers diskutierten Produkten der Marke ›Thor Steinar‹) arglistig getäuscht« habe. Auch in Leipzig steht Mediatex der Gang vor das Oberlandesgericht offen. Einen Monat Zeit hat Meusel dafür.

Berlin: »Tönsberg« und »Doorbreaker«

Nachdem im August 2007 der Mietvertrag zwischen der weiteren »Thor Steinar«-Vertriebsfirma Protex GmbH und der Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte ausgelaufen war, existieren in Berlin derzeit zwei »Thor-Steinar«-Filialen: das »Tönsberg« in der Rosa-Luxemburg-Strasse und der »Doorbreaker« im Ringcenter in der Frankfurter Allee. Das »Tönsberg« ereilt jedoch dasselbe Schicksal wie die anderen Filialen gleichen Namens: am →



[1] Anlässlich einer antifaschistischen Demonstration in Dresden am 18. Oktober 2008 posiert die lokale »Thor Steinar« Laden-Crew vor ihrem Geschäft »Larvik«.

→ 14. Oktober 2008 sprach das Berliner Landgericht den Mieter, in diesem Fall die Protex GmbH, schuldig, die Impala Immobilien GmbH »arglistig getäuscht« zu haben; das Geschäft muß demnach geräumt werden. Ähnlich wie in Magdeburg und Leipzig gingen der Klage des Vermieters Proteste voraus. Während ein Sprecher der in Hamburg ansässigen Vermieterin noch am Tag der Eröffnung tönte: »So lange die ihre Miete zahlen, werden wir sie nicht rausschmeißen«, flatterte bereits fünf Tage später Meusel die Kündigung durch eben jene Impala GmbH ins Haus. Der wird ob der Geschwindigkeit des Umschwenkens wohl einigermaßen überrascht gewesen sein, war er doch noch am Eröffnungstag höchstpersönlich vor Ort und schenkte seinen Mitarbeitern Sekt aus. Aber da wird er auch etwas von den Protesten mitbekommen haben; Anwohner und Antifaschisten zeigten Präsenz, selbst Lokalpolitiker von Grünen, SPD und der Linken verteilten vor dem Laden Infomaterial, Protestschreiben wurden an das Unternehmen gerichtet und der Bürgermeister des Bezirks Mitte, Christian Hanke (SPD), bot der Vermieterin Impala GmbH seine Unterstützung an. Dazu gab es massive Aufmerksamkeit durch lokale Medien. All das wird der Vermieterin wohl zuviel der schlechten Werbung gewesen sein, die vielschichtigen Proteste durch unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Multiplikatoren verfehlte ihre Wirkung nicht.

Auch gegen die zweite »Thor-Steinar«-Filiale in Berlin, dem »Doorbreaker«, läuft inzwischen eine Räumungsklage am Berliner Landgericht. Der Vermieter, das »Ringcenter«, reichte diese am 10. November 2008 ein, die Verhandlung steht noch aus.

Dresden/ Hamburg: Keine Rechtsstreits

Weitere »Thor Steinar«-Filialen finden sich in Dresden, Hamburg und Nürnberg. Während das »Larvik« in Dresden seit August 2008 in neuen, zentral gelegenen Verkaufsräumen weder durch große Protestaktionen oder Räumungsaufforderungen gestört wird, musste das am 25. September 2008 eröffnete »Brevik« die HSH-Shoppingpassage in Hamburg aufgrund massiver Proteste bereits nach einem guten Monat wieder räumen. Gerüchten zufolge kassierte die Protex GmbH für diese vorzeitige Auflösung des Mietverhältnisses 800.000 Euro. Am 28. November 2008 eröffnete mit dem »Tønsberg« in Nürnberg eine neue Filiale von »Thor Steinar«. Dem vorausgegangen war der »Thor Steinar« Newsletter vom 12. November 2008 in dem es heißt »Thor Steinar sucht Ladenflächen vom Eigentümer«. Gesucht wird nach Verkaufsräumen zwischen 80 und 100 m^2 in allen Landeshauptstädten. Für eine erfolgreiche Vermittlung mit abgeschlossenem Mietvertrag werden 1.000 Euro als Warengutschein versprochen.

Norwegen vs. »Thor Steinar« und Heckler & Koch vs. »Thor Steinar«

In diesem Jahr stand Meusel noch weiterer Ärger in Form von Gerichtsverfahren ins Haus. Das Land Norwegen versuchte auf die Firma und die Bundesrepublik einzuwirken, dass auf den Accessoires von »Thor Steinar« keine Flagge des Landes mehr verwendet werden dürfe. So hieß es, man beanstande die »widerrechtliche Verwendung staatlicher Hoheitszeichen«. Der staatliche Vertreter Norwegens Andreas Gaarder betonte weiterhin, dass sein Land nicht von Rechtsextremisten benutzt werden wolle und zeigte sich hochzufrieden, dass in Deutschland viele Menschen gegen »Thor Steinar« aktiv seien. Der Fall wanderte schließlich zum Amtsgericht Potsdam, nachdem Uwe Meusel zuvor eine Bußgeldforderung in Höhe von 2.000 Euro erhielt und gegen diese Widerspruch einlegte. Jedoch erklärte sich das Amtsgericht für nicht zuständig und gab den Fall an die Staatsanwaltschaft Bonn weiter. Des weiteren teilt die Mediatex GmbH auf einer ihrer Internetseiten mit, dass man der norwegischen Regierung versichert habe, ohnehin künftig auf das Benutzen der norwegischen Flagge zu verzichten. Es bleibt nun unklar, ob und wann weiter verhandelt wird.

Erst im Oktober diesen Jahres hat zudem das Waffen-Unternehmen »Heckler und Koch«, das »Pistolen und Maschinengewehre für den Einsatz im Bereich Landesverteidigung« herstellt, sein Anwaltsbüro eingeschaltet,



[1]

um der Mediatex GmbH die Nutzung des Sturmgewehrs »G 36« als T-Shirt-Aufdruck »Hausbesuch« zu untersagen. Mittels dieser Abmahnung will sich das Unternehmen klar von der politischen Aufladung, die »Thor Steinar« anhängt, abgrenzen. Anders als bei konkreten Markenrechtsverletzungen, dürfte ein juristisches Vorgehen gegen Mediatex in diesem Fall schwierig werden, denn das besagte Kollektionsstück zeigt lediglich die Silhouette der »G 36«, nicht aber Logo und Typenbezeichnung. Daher gelte laut einem Sprecher von Heckler & Koch in diesem Fall das »allgemeine Wirtschaftsrecht«, nach welchem die Klägerin schwerwiegendere Beweise vorlegen muss, als bei Markenrechtsstreits.

»Thor Steinar« goes Dubai ?

Spekulationen gibt es indes um die Eigentumsverhältnisse der Mediatex GmbH. So soll die Firma im November 2008 an einen Investor aus Dubai gegangen sein. In dem Handelsregisterauszug »HRB 16853 P« vom Amtsgericht Potsdam wird der 30jährige Mohammed M. Aweidah aus Dubai als neuer Geschäftsführer genannt. Sein Vorgänger Axel Kopelke war im September 2007 ausgeschieden. Die Alleinvertretungsbefugnis bleibt jedoch weiterhin bei Uwe Meusel aus Niederlehme. Grund für die Umfirmierung dürften steuerrechtliche Vorteile auf Grundlage des Abkommens zur Vermeidung von Doppelbesteuerung zwischen Deutschland und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) sein.

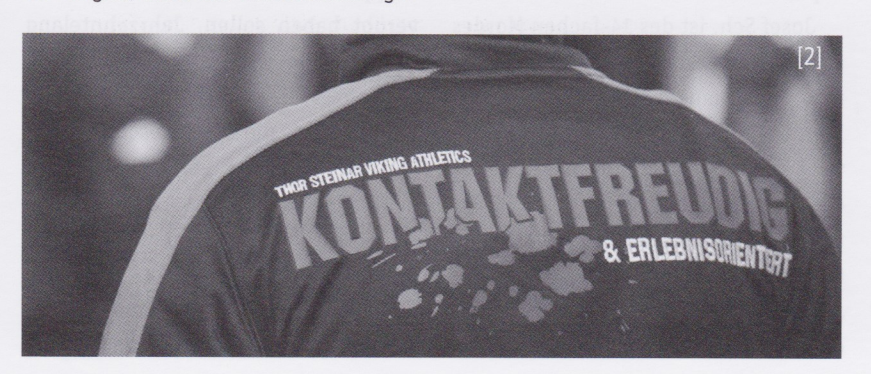
Outro

Das »Thor-Steinar«-Firmen-Geflecht macht einen Großteil seines Umsatzes immer noch über den Internetversand. Mit den mittlerweile fünf Filialen verfolgt Meusel offensichtlich nicht originär kurzfristige Profitinteressen, vielmehr müssen sie als Teil einer Imagekampagne verstanden werden, mit dem Ziel, den schlechten Ruf abzuschütteln und neue, unbedarfte KäuferInnenschichten zu erschließen.

Die juristischen Mittel, mit denen dieser Strategie ein Strich durch die Rechnung gemacht wurde und wird, sind begrüßenswert. Sie sind zudem in jedem der beschriebenen Fälle Konsequenz zivilgesellschaftlicher und antifaschistischer Intervention.

Es ist klar, dass politische Einstellungen nicht mittels Gerichtsurteilen verändert oder »bekämpft« werden können. Der Fall »Thor Steinar« führt vor Augen, dass die schleichende gesellschaftliche Normalisierung rechter Symboliken und Botschaften jedoch be- oder verhindert werden kann. Konsequentes Engagement ist dabei maßgeblicher Auslöser staatlichen Handels und wird in diesem Sinne keineswegs überflüssig. Jenen, die sich nicht auf staatliche Institutionen verlassen möchten oder gar als die »Handlanger« des Staates dastehen möchten, steht es immer noch frei, selbst aktiv zu werden.

Bisher scheute Meusel die gerichtlichen Auseinandersetzungen um seine Läden nicht. Die Hoffnung auf Erfolg dürfte vor allem mit dem Urteil des OLG Naumburg jedoch erheblich getrübt sein. Jetzt kommt nur noch der Gang vor den Bundesgerichtshof infrage. Diesen Gang hat Rainer Schmidt aus Zeesen für die Mediatex GmbH am 4. Dezember 2008 per Pressemitteilung bekannt gegeben: »Letzlich musste das OLG Naumburg angesichts seiner Urteilsfindung die Revision zum Bundesgerichtshof zulassen, damit die höchste Instanz darüber entscheidet, ob die negative Darstellung der Geschäftstätigkeit eines potentiellen Mieters von Gewerberäumen, unabhängig davon ob sie inhaltlich richtig oder falsch ist, diesen zur Offenlegung des Geschäftszwecks bei Mietvertragsabschluß verpflichtet oder nicht.« Wenn der Bundesgerichtshof allerdings das Urteil des sachsen-anhaltinischen OLG bestätigt, wäre ein Präzedenzfall geschaffen, der es VermieterInnen bei ähnlich gelagerten Fällen einfach machen dürfte, »Thor-Steinar«-Filialen loszuwerden. ■



[2]

[1] Der »Thor Steinar« Geschäftsmann Uwe Meusel vor seiner Filiale in Hamburg.

[2] Der Slogan »Kontaktfreudig & Erlebnisorientiert« auf dieser »Thor Steinar«-Jacke dürfte Hooligans als Käuferschicht im Visier haben.

Ladenschluss – Aktionsbündnis gegen Nazis www.ladenschluss.blogsport.de

Gute Fragen und Schwarze Uniformen

Prozess gegen ehemaligen Gebirgsjäger-Leutnant

Warum sich Josef Sch., der Ehrenkommandant der Freiwilligen Feuerwehr und Träger der Ottobrunner »Bürgermedaille«, wenn er schon behauptet, er sei unschuldig, denn von so dubiosen Rechtsausleger-Anwälten vertreten lässt, will Bartosz Wieliski von der polnischen Gazeta Wiborcza von einem Ottobrunner Bürger wissen.[1] Gute Frage, antwortet Dieter Dully, Besitzer eines Fahrradladens, dem polnischen Journalisten verlegen.

Friedrich C. Burschel

Tatsächlich eine gute Frage, wenn man die drei Verteidiger da auf der Angeklagten-Seite des Gerichtssaals bei ihrem Mandanten Josef Sch. unter die Lupe nimmt.

Josef Sch. ist des 14-fachen Mordes angeklagt. Der damals 26-jährige Leutnant und Kompanieführer des Gebirgs-Pionier-Batallions 818 soll die Morde vor 64 Jahren als Sühnemaßnahme für die Erschießung zweier seiner Soldaten durch Partisanen in Falzano di Cortona angeordnet haben. Das Massaker ist vor dem Landgericht München I Gegenstand des ersten Kriegsverbrecher-Prozesses gegen ein Mitglied der NS-Gebirgstruppe in der Geschichte der Bundesrepublik überhaupt. Josef Eduard Sch. ist bereits in Italien vom Militärgericht in La Spezia in Abwesenheit zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden. Richtig ernst nimmt dieses Urteil offenbar niemand, obwohl es im Tenor den Hergang der Tat ziemlich so beschreibt, wie sie vermutlich tatsächlich geschehen ist. Da der deutsche Staat eigene Staatsbürger grundsätzlich nicht an fremde Länder ausliefern darf, wird dem unterdessen 90-jährigen Greis nun seit Mitte September 2008 in München der Prozess gemacht.

Dass es überhaupt zu einer Anklage kommen konnte, ist dem Umstand geschuldet, dass Mitte der 1990er Jahre in Rom ein Aktenschrank, der angeblich mit dem Gesicht zur Wand stand, umgedreht wurde und seither »Schrank der Schande« heißt: er soll die Ermittlungsakten zu rund 700 Kriegsverbrechen enthalten, die vor dem alliierten Vorstoß zurückweichenden deutschen Truppen an italienischen ZivilistInnen verübt haben sollen. Jahrzehntelang gebot es die italienische Staatsräson gegenüber dem NATO-Partner Westdeutschland, die darin beschriebenen Massaker wie das von Falzano dem Schweigen zu überantworten. Die dann folgenden Verfahren vor dem Militärgericht in La Spezia etwa gegen den SD- und SiPo-Chef von Genua, Friedrich Engel[2], oder im Zusammenhang mit den Massakern von Marzabotto und Sant'Anna di Stazzema, wo am 22. Juni 2005 der Prozess gegen 10 frühere, deutsche SS-Mitglieder mit Verurteilungen zu lebenslanger Haft sowie Entschädigungszahlungen in Millionen-Höhe endete, sorgten für internationales Aufsehen. Nicht zuletzt wohl, um das mächtige Deutschland nicht weiter zu brüskieren hat Italien zu dieser Staatsräson der Vermeidung zurückgefunden: das zuständige Militärgericht in La Spezia ist zum 1. Juli 2008 – während acht laufender Verfahren – schon wieder abgewickelt, die Akten nach Rom und Verona abtransportiert worden, berichtet die Hamburger Anwältin der NebenklägerInnen, also der Hinterbliebenen der Opfer von Falzano, Gabriele Heinecke.[3] Ein als Zeuge nach München geladener Carabinieri, der in den zurückliegenden Jahren an den Ermittlungen und Vernehmungen von unterdessen verstorbenen Zeugen zum Massaker in Falzano beteiligt war, konnte für seine Aussagen schon nicht mehr auf die Akten in La Spezia zugreifen und hatte vor Gericht entsprechend wenig zu bieten.

Ja, und da sitzt er, der kleine, uralte Mann stets in seiner bayerischen Tracht und makellos frisiertem Silberschopf. Neben ihm eben die Anwälte, bei deren Auswahl Fragen durchaus angebracht scheinen: da ist – eindeutiger geht es kaum – Klaus Goebel, dem es nicht gelungen ist, der Süddeut-


[1]
Foto: FCB

[1] Josef Sch. ist des 14-fachen Mordes angeklagt

schen Zeitung zu verbieten, ihn in die Nähe der »Stillen Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte« zu rücken, in deren Beirat der Münchener Jurist sitzt oder gesessen haben soll.[4] Die »Stille Hilfe« wäre einen eigenen Artikel wert und geht auf eine Gründung von 1951 zurück: man hatte sich die juristische Betreuung und Rehabilitierung von NS-Kriegsverbrechern zur Aufgabe gemacht (siehe AIB #70). Die Autoren Oliver Schröm und Andrea Röpke nennen sie eine getarnte NS-Organisation. Bis Ende der 1990er Jahre war dieser Verein unter Führung der Tochter Heinrich Himmlers, Gertrud Burwitz, auch noch gemeinnützig, was eine Menge über Selbstverständlichkeiten Nachkriegs-Westdeutschlands aussagt. Zu den Klienten dieses Vereins gehörten u.a. Klaus Barbie, Josef Schwammberger, Anton Malloth und Erich Priebke. Goebel hat Anton Malloth, der 2001 in München wegen Mordes als SS-Aufseher im KZ Theresienstadt zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, auch vor Gericht vertreten. Aber damit nicht genug: Goebel soll Mitglied noch weiterer »ehrenwerter« Vereinigungen sein, so der »Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft«, des »Traditionsverbands ehemaliger Schutz- und Überseetruppen«. Goebel steht auf Du und Du mit Holocaust-Leugnern wie David Irving und Germar Rudolf und kümmerte sich um den einstigen Münchener »Berufsneonazi« Ewald Althans als der 1991 einen Auschwitz-Leugner-Kongress in München plante. Der »Freundeskreis Freiheit für Rudolf Hess« sah Goebel engagiert für seine »Ziele«.

Der jüngste dürfte Christian Stünkel sein. Der Rechtsanwalt aus Jena gilt als ausgesprochner Szene-Anwalt für NPD-Funktionäre und »Kameraden« in Sachsen-Anhalt und Thüringen. So vertrat er den JN-Bundesvorsitzenden Michael Schäfer in Halberstadt (September 2008) und sieben Neonazi-Schläger in Gera (Januar – März 2008). Grund dafür sagt Stünkel nicht ohne Ironie, dass es in diesen Bundesländern eben auch überproportional viele rechtsextreme Straftaten gebe. Wer will, kann von dem im Gerichtssaal unangenehm servil auftretenden Stünkel köstliche Bilder als »Alter Herr« der stramm rechten, schlagenden Halle-Loebener Burschenschaft Germania betrachten.[5] An einem Prozesstag tauchte ein weiterer Anwalt im Zuschauerraum auf, der Stünkel in einer Prozesspause mit Handschlag begrüßte und in Begleitung mehrerer finsterer Gestalten aus dem Spektrum der »Autonomen Nationalisten« war. Bei ihm handelte es sich um Stefan Böhmer, der den leidgeprüften Gräfenberger Bürgern im Dauer-Nazi-Stress als rechtlicher Beistand der braunen Bande bekannt sein dürfte. Auch er tritt immer wieder als Verteidiger illustrer Gestalten der extrem rechten Szene in Erscheinung: 2005 wurde Böhmer selbst als Verteidiger des notorischen Antisemiten und Holocaust-Leugners Gerhard Ittner zu einer Geldstrafe über 90 Tagessätze à 25 Euro verurteilt. Staatsanwaltschaft und Gericht werteten →

seine Anträge als Ittner-Verteidiger laut »Nürnberger Nachrichten« als volksverhetzend. Der Szene-Anwalt aus Uttenreuth bei Erlangen scheint auch Hausanwalt des Weimarer NPD-Funktionärs Martin Rühlemann zu sein und verteidigte die Schaumburger Neonazis Arwid Strelow und Marcus Winter.[6]

Links neben Scheungraber sitzt dann noch der Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht, Rainer Thesen. Er ist der bunteste Vogel unter dessen Verteidigern: Mitglied im Beirat des 1. FC Nürnberg, eifriger Leserbrief- und Aufruf-Unterschreiber u.a. für die »Junge Freiheit« und stolzer Bundeswehr-Oberst der Reserve. Wer in die obskuren Denkwelten dieses Advokaten eintauchen möchte, kann sich mal seinen Vortrag vom 28. November 2006 vor der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, Sektion Nürnberg, mit dem einladenden Titel »Erschießungen von Geiseln, Sühnegefangenen und sonstigen Zivilpersonen im II. Weltkrieg« gehalten, durchlesen.[7] Eines deutschen Soldaten, so Thesen im Kasernenton, seien die vorgeworfenen Taten unwürdig, und er beruft sich dabei auf die »damals geltenden Vorschriften der deutschen Wehrmacht«. Zynischer geht es kaum, nachdem die Menschheits-Verbrechen der deutschen Armeen im Zweiten Weltkrieg unterdessen sattsam dokumentiert und belegt sind. Aber, wie gesagt, die Verteidiger bewegen sich ganz offenbar in weltanschaulichen Kreisen, in denen Geiselerschießungen und Sühnemaßnahmen an der Zivilbevölkerung als »bedauerliche« Späne gelten, die unter dem Hobel Krieg zu fallen pflegen. So ist das halt im Krieg, da darf man nicht so zimperlich sein wie die verweichlichten Nachkriegsgenerationen. Thesen hat umfängliche Beweisanträge gestellt, die im Tenor besagen, dass, wer nicht selbst im Krieg war oder militärische Ausbildung genossen hat, nichts zum Geschehen 1944 in Falzano di Cortona beitragen könne. Dazu müsse dann schon ein »Sachverständiger« mit dem nötigen Stallgeruch wie der umtriebige »Militärhistoriker«, Interview-Partner der »Jungen Freiheit« und ebenfalls Oberst der Reserve, Klaus Hammel, herbeizitiert werden.

Nach einer ergreifenden Aussage des einzigen Überlebenden des »Racheaktes«, des heute 79-jährigen Gino M. scheint es noch schwieriger, den wahrscheinlichen Hergang der Tat nachzuweisen, bei der vier Personen – darunter eine 74-jährige Frau – an Ort und Stelle erschossen und 11 weitere – darunter eben der damals 15-jährige Bauernbub Gino M. – in ein Haus getrieben und mit ihm in die Luft gesprengt worden sind. Gino M. überlebte wie durch ein Wunder: ein quer stürzender Balken und ein sterbender Leidensgenosse, den die Druckwelle über ihn warf, retteten den Schwerverletzten, den später Landsleute aus den Trümmern bargen.

Knackpunkt im Fortgang des Prozesses könnte eine Erinnerung M.s sein, welche die Thesen der Verteidiger zu bestätigen scheint. M. ist sich hundertprozentig sicher, dass die an dem ganzen Geschehen beteiligten deutschen Soldaten Gebirgsjäger waren, die er an der charakteristischen Feldmütze mit Stoffschirm zweifelsfrei erkannte. Nur der Offizier, der in einem Motorrad-Beiwagen vorfuhr und laut brüllend wohl die Befehle zum grausamen Vergeltungsakt gab, trug M.s Erinnerung zufolge eine regelrechte Offiziers-Mütze mit schmalem Schirm aus Hartmaterial. In einer Vernehmung in La Spezia hatte er dessen Uniform und Mütze auch noch als schwarz bezeichnet, was er bei seiner Vernehmung in München als ausgeschlossen widerrief. Den Verteidigern an Sch.'s Seite wäre es am liebsten, wenn im Raume stehen bliebe, dass italienische SS-Einheiten, die »Brigate Nere«, das Massaker zu verantworten hätten, wie sie ohnehin permanent versuchen, andere, auch deutsche Truppengattungen ins Spiel zu bringen und so den Verdacht von den Gebirgspionieren, in deren »Befugnisse« dergleichen gar nicht gefallen sei, abzulenken.

Aus den betagten Zeitzeugen auf Seiten der Gebirgsjäger ist nämlich nicht viel herauszuholen, wiewohl sie sich auch immer wieder um Kopf und Kragen reden und entsprechend vom forschen Vorsitzenden Richter Manfred Götzl (nach § 55 der StPO) belehrt werden. Erst wird Johann F. vernommen, dann Georg H., beide aus der Rosenheimer Gegend, beide eher bäuerlich-grobschlächtige Greise, die sich wahlweise auf ihr Alter, auf die lange Zeit, die seit damals verstrichen ist, oder darauf berufen, dass man sie doch wohl nach 64 Jahren nicht mehr länger quälen wollen könne. Es schält sich in der Befragung heraus, dass beide »dabei waren«, damals in Falzano. Aber immer dann, wenn es ernst wird, versagt das Gedächtnis, weiß man nichts mehr, war man nicht dabei, war man anderweitig eingesetzt oder »ganz weit draußen am rechten Flügel«. Die Alten geben je nach Frage den Trottel oder die verfolgte Unschuld. Dabei tritt Georg H. geradezu großspurig auf, verwehrt sich dagegen, nachdem er bereits mehrfach mit »Kriminalern« geredet habe, dasselbe nun vor Gericht ein weiteres Mal auszubreiten.

1| Bartosz T. Wielifski : Ostatni taki sàd, Gazeta Wyborcza vom 4.11.08
2| Der a.a.O. zitierte Vortrag von Rechtsanwalt Thesen bezieht sich auf dies Verfahren
3| Vgl.http://www.libertaegiustizia.it/appelli/dettaglio_appello.php?id_appello=10.
4| Süddeutsche Zeitung vom 18.7.08
5| http://jena.antifa.net/cms/Nazis/Recherche/personen/35-personen/692-rechtsanwalt-christian-stuenkel
6| Vgl. http://de.indymedia.org/2007/11/200411.shtml und http://www.redok.de/content/view/9/36/
7| www.swg-hamburg.de/Geschichte/ Erschiessungen_von_Geiseln_Suhnegefangenen_und.pdf
8| »Ja, soll ich mich hier drin nun umbringen lassen. Ich halt's nicht aus!«
9| Stramm rechter Aktivist des Gebirgsjäger-Kameradenkreises, der die Verbrechen der Wehrmacht anlassbezogen als »Hirngespinste« oder »Unseligkeiten«



[1] Foto: FCB

[1] Der angeklagte Josef Sch. mit Rechtsanwalt Rainer Thesen bei seiner Verhandlung

Wörtlich in empörter Abwehr: »Ich kann mich nicht an einen jeden Dreck erinnern!« An irgendeiner Stelle platzt auch Richter Götzl mal der Kragen mit dem störrischen Alten, der sich hinter einem Streifschuss und der Pose des braven Landsers, der seinen Kopf für die »da oben« hinhalten soll, verschanzt. Als H. sich entrüstet aufplustert, er habe nach dem Krieg nicht mehr an Kriegsereignisse gedacht, weil er als selbstständiger Landwirt 365 Tage im Jahr im Dienst gewesen und an sein »Geschäft« gedacht habe, fährt der Vorsitzende ihn an, ob er sich nicht vorstellen könne, dass der eine oder andere der Ermordeten vielleicht auch gerne nach dem Krieg noch seinen Geschäften nachgegangen wäre. Das sind die Momente, wo man zweifelt, ob diese bösen alten Männer geistig überhaupt noch in der Lage sind, zu erfassen, was damals durch Deutsche in ganz Europa angerichtet worden ist, welches Leid über Millionen das Deutsche Reich und über 14 Individuen und ihre Familien die Mittenwalder Gebirgsjäger in Falzano gebracht haben. Der rüstige H. flüchtet sich so weit in seine Opferrolle, dass er bei allzu bohrender Nachfrage der Nebenklagevertreterin plötzlich aufschreit: »Ja, soll ich mich da herin umbringa lassn? I dabag des ned!«[8]. Begriffsstutzig klemmen sich die Zeugen hinter ihr Selbstbild der Verführten und machtlosen Befehlsempfänger, die sich an nichts erinnern können und nun zu Unrecht gequält werden.

Dann ist da aber noch die Geschichte mit der Telefon-Überwachung (TÜ), der der Apparat Sch. im Rahmen der Ermittlungen unterzogen wurde: Ob sie mit dem Angeklagten nach dem Krieg noch einmal Kontakt hatten, will Richter Götzl wissen, ob sie mit telefoniert hätten. Nein, nicht, dass sie wüssten. Wenn der Richter dann die Telefonate aus der TÜ zitiert und ihnen die Verabredung der beiden Zeugen mit dem Angeklagten und seinem damaligen Anwalt Gerhart Klamert[9] vorhält, kommt das überraschte: Ach das? Nein, kann ich mich nicht mehr genau erinnern, wo soll des gewesen sein? Da war nichts, das hat höchstens eine halbe Stunde gedauert, da im Gasthof Stocker in Rohrdorf, da ist im Grunde nichts geredet worden, wir wissen ja auch nicht mehr, als wir schon x-mal der Polizei gesagt haben usw., usf.

Dass der Angeklagte aber mit Anwalt Klamert offenbar versucht hat, Zeugen zu beeinflussen, erhöht seine Glaubwürdigkeit nicht gerade. Gemeinsam mit den Aussagen unterdessen verstorbener Kameraden, welche von italienischen und deutschen Ermittlern bis ins Jahr 2006 vernommen worden sind, ergibt sich jedoch ein ziemlich eindeutiges Bild des Tathergangs: die Angehörigen der 1. Kompanie des Gebirgs-Pionier-Batallions 818 unter dem Befehl Sch.'s waren von dem Tod ihrer beiden Kameraden »aufgebracht«. Es kam, so schilderten es sogar die nun vor Gericht begriffsstutzig auftretenden Zeugen, zu einem »Racheakt« (Johann F.) oder einer »Vergeltungsaktion« (verstorbener Zeuge), »Säuberungsaktionen« und »Partisaneneinsätzen«, die, so sagt einer der Zeugen aus, »immer unmittelbar« nach Angriffen auf deutsche Soldaten stattfanden.

Es wird dann in Falzano etwa so abgelaufen sein, wie der Überlebende und die verschiedenen Zeugen es schildern und es im La Spezia-Urteil steht. Ein »Mordstheater« sei das gewesen, sagt ein Zeuge. Gesehen hat das freilich niemand, mitgemacht sowieso nicht und wer die Befehle gegeben hat, wird sich vermutlich nicht mehr zweifelsfrei ermitteln lassen. Hieß der Kompanie-Chef nicht Stengel? Am Ende wird Josef Sch., der in Italien (noch nicht rechtskräftig) verurteilte Massenmörder, vermutlich mangels Beweisen freigesprochen. ■

Sch. war 1943 in Italien kurz Ordonnanzoffizier bei Generalfeldmarschall Albert Kesselring. Kesselring ordnete am 17. Juni 1944 – also 10 Tage vor Falzano – an, nach Partisanenüberfällen alle männlichen Einwohner der betreffenden Ortschaften zu töten. Über Exzesse dabei, so versprach er, werde er hinwegsehen.

»Good Night White Pride« wird »Let´s Fight White Pride«

von der Kampagne »Let's Fights White Pride«

Schon immer haben Neonazis Gefallen an der Musik und Subkultur des Hardcore gefunden, jedoch lässt sich im Moment eine starke Tendenz der Unterwanderung dieser Szene feststellen. Dies liegt begründet in der teilweise brachial anmutenden Musik bzw. dem Auftreten der Bands. Früher wurden lediglich die für Neonazis passenden Elemente kopiert. Heute hingegen, wird der komplette Hardcore Lifestyle übernommen. Die Tendenz der Übernahme linker Symboliken durch Neonazis, ist auch hier nichts Neues. Beispielhaft dafür sind Bands wie Eternal Bleeding oder Moshpit, die sich szenetypisch geben und dabei auf eindeutige Symbole verzichten, aber unmissverständliche Neonazi-Propaganda betreiben. Es wird deutlich, dass durch solche Bands und ihren Einfluss eine höhere Sensibilisierung des Publikums erforderlich wird.

Deshalb haben wir, die Leute von Let's Fight White Pride, uns vor etwa anderthalb Jahren zusammengesetzt um dort weiter zu machen, wo die antifaschistische Kampagne Good Night White Pride an ihre Grenzen gestoßen ist. Es gab und gibt für eine Neugründung vielerlei Gründe. Zum einen, war die allgemeine Einschätzung, dass Good Night White Pride seine Wirkungskraft verloren hatte, da sich das Logo zwar weltweiter Beliebtheit erfreut, aber eigentlich keine Konsequenzen mehr daraus gezogen wurden. Außerdem, war zu dieser Zeit nicht ganz klar, welche rechtlichen Folgen es haben könnte, das Logo zu tragen, da es gerade einen Schub an Repressionen gegen linke Symboliken gab (z.B. auch gegen das durchgestrichene Hakenkreuz).

So wurden einige Träger von Buttons oder Shirt's mit Good Night White Pride Aufdruck wegen Gewaltverherrlichung angeklagt (siehe AIB #74). Leider haben sich bisher nur wenige Leute gegen diese Kriminalisierung gewehrt oder sich bei uns gemeldet und so kann man wohl davon ausgehen, dass die Meisten mit einer Verwarnung davongekommen sind. Seit einem uns bekannten Fall aus Berlin/Potsdam, ist uns zu dieser Problematik jedoch nichts mehr zu Ohren gekommen und somit denken wir, dass es sich lediglich um einen Alleingang übermotivierter Polizisten handelte und es nicht um einen groß angelegten Repressionsversuch bzw. ein komplettes Verbot des Logos ging. Generell ist es uns egal, welches Logo benutzt wird, solange unserer Forde-





rungen umgesetzt werden. Deshalb freuen wir uns natürlich auch, das alte Logo weiter zu sehen. Aus diesen zwei wesentlichen Gründen und der Unklarheit, ob es überhaupt je möglich gewesen wäre, wieder die Meinungshoheit über Good Night White Pride zu bekommen, haben wir uns zu einem neuen Namen und einem neuen Logo entschlossen. Wir haben uns dabei aber bewusst etwas an dem alten orientiert, da wir uns quasi als Weiterführung von Good Night White Pride verstehen. Am Entscheidungsprozess für das Let's Fight White Pride Logo waren sowohl neue und junge Leute beteiligt, als auch Leute, die schon Good Night White Pride gestartet haben.

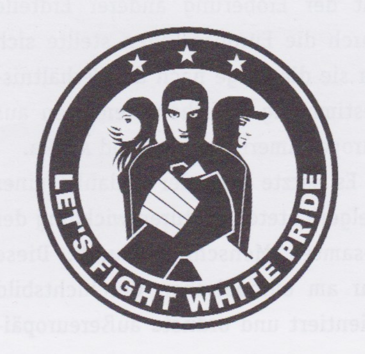
Mit einem neuen Logo gab es nun auch die Möglichkeit, es gegen Missbrauch schützen zu lassen, was vorher nicht mehr gegeben war. Außerdem können wir nun konkrete Forderungen an das Logo knüpfen, die wir auch von allen Leuten einfordern, welche das Logo benutzen wollen. Im Wesentlichen sind das die Basics – dass Neonazis nicht auf Konzerte kommen oder gegebenenfalls rausfliegen. Und dass es keine Toleranz gegenüber einschlägig bekannten Neonazi Marken und Neoazi Bands gibt. So wird der Erfolg der Kampagne sich vor allem daran messen lassen müssen, ob es zu einer Verbesserung der jetzigen Situation kommt. Es sollte Jedem bewusst sein, dass der Veranstaltungsort gleichzeitig auch der Ort des Handelns ist. Es reicht nicht, sich im Nachhinein über die Anwesenheit von Neonazis auf Shows zu beschweren, sondern erfordert Aktionismus von Jedem. Ob Veranstalter, Band oder Besucher, Jeder ist in der Verantwortung im Voraus informiert zu sein und auch selbst aktiv zu werden, d. h. im Zweifel mit uns in Kontakt zu treten oder selbst zu recherchieren z.B. im »Versteckspiel«.[1]

Außerdem wollen wir uns mit anderen Themen auseinandersetzen und Diskussionen in der Hardcore/Punk Szene anregen, um wieder ein höheres politisches Bewusstsein zu erreichen. Dabei sind es die klassischen Themen, wie Sexismus und Homophobie, die problematisiert werden sollen, aber auch szeneinterne Dinge, wie etwa »Violent Dancing«.

Mittlerweile ist der Kreis von Leuten, die an der Kampagne mitwirken auf etwa 20 Personen angewachsen, die vorwiegend aus Sachsen, aber auch aus Berlin und Thüringen kommen. Wie gesagt, Let's Fight White Pride lebt überwiegend vom Engagement der »Szene«, also von Konzertbesuchern, die auch Handeln, wenn Neonazis auf Shows auftauchen, von Bands die Ansagen bringen oder aufhören zu spielen, wenn Neonazis anwesend sind und von Veranstaltern, die von ihrem Hausrecht Gebrauch machen. Die Kampagne begrenzt sich zwar vorrangig auf den Sektor Musik, da die Initiatoren aus diesem Bereich kommen, jedoch sollte Jedem klar sein, dass unsere Forderungen allgemeingültig sind, also auch für den Alltag gültig sind.

Davon abgesehen, sind alle Leute herzlich willkommen bei uns mitzumachen, um unser Netzwerk größer und wirkungsvoller machen zu können und natürlich auch, um ihre Ideen einzubringen und neue Diskussionen zu entfachen. Dazu versuchen wir, mit Aktionen wie »Let's push things forward«[2] zu kooperieren. Deren Anliegen es ist, die Hardcore/Punk Szene wieder zu politisieren.

Des weiteren unterstützen wir Kampagnen, wie beispielsweise die »Initiative gegen jeden Extremismusbegriff«[3], der es um die kritische Auseinandersetzung der Gleichsetzung von rechter Ideologie und linker Politik durch die sächsische Landesregierung geht. Betroffen sind davon vor allem AJZ's und linke Projekte, denen auf Grundlage der »Extremismusformel« z.B. die Schließung droht. Außerdem streben wir eine Zusammenarbeit mit Plattformen wie »Turn it down«[4] an, die Rechtsrock und Neonazi-Lifestyle thematisieren und mit verschiedenen anderen Kampagnen zusammenarbeiten. ■



1| http://www.dasversteckspiel.de
2| http://pushthingforward.blogsport.de
3| http://inex.blogsport.de
4| http://www.turnitdown.de

Let's Fight White Pride
c/o Redical.de
PF: 301212
04257 Leipzig
www.letsfightwhitepride.de

Die Antirassistische Initiative Berlin stellt sich vor

Wir machen antirassistische Politik mit dem Schwerpunkt auf Flüchtlingspolitik, um unseren Teil dazu beizutragen, rassistische Struktur abzuschaffen. Maßnahmen zur rechtlichen Gleichstellung/Gleichbehandlung von Flüchtlingen/MigrantInnen und schwarzen Deutschen allein werden nicht reichen, um den Rassismus in dieser Gesellschaft zu beenden. Sie können lediglich eine Voraussetzung dafür schaffen, sich gegen Rassismus und Diskriminierung effektiv wehren zu können. Um darüber hinaus die weit verbreiteten rassistischen Denk- und Verhaltensweisen in Deutschland zu überwinden, wollen/müssen wir auch die eigene Position in Frage stellen, unsere gesellschaftliche Position kritisch beleuchten und uns unserer eigenen Privilegien und Rassismen bewusst werden. Deutschland ist eine durch und durch rassistische Gesellschaft, was sich im Alltag wie auch in Sondergesetzen widerspiegelt.

Was wir denken

Wir verstehen unter Rassismus ein Herrschaftsverhältnis, das seine Wurzeln im europäischen Kolonialismus und der europäischen Aufklärung hat. Mit der Eroberung anderer Erdteile durch die EuropäerInnen stellte sich für sie die Frage nach der Verhältnisbestimmung zwischen Menschen aus Europa, Amerika, Asien und Afrika.

Es setzte sich der Gedanke einer zielgerichteten Kulturentwicklung der gesamten Menschheit durch. Diese war am europäischen Geschichtsbild orientiert und ordnete außereuropäische Gesellschaften auf einem niederen Entwicklungsstand ein.

Durch das Aufkommen der Naturwissenschaften ab dem 17. Jahrhundert wurde von EuropäerInnen eine Klassifizierung der Menschen in vier bis fünf Großgruppen, den »Rassen«, entwickelt. Diese Rassifizierung verknüpft körperliche Merkmale mit geistig-kulturellen Eigenschaften, funktioniert somit über die Zuschreibung vermeintlich angeborener Eigenschaften. So wurde rückwirkend wiederum die Unterwerfung und Ausbeutung anderer Erdteile und der dort lebenden Menschen gerechtfertigt. Die durch die Kolonialisierung geschaffenen Abhängigkeitsverhältnisse dienen auch in der Gegenwart der wirtschaftlichen Ausbeutung der postkolonialen Länder und ermöglichen die Dominanz kapitalistischer Herrschaftsstrukturen.

Bis heute hat sich an diesem Herrschaftsverhältnis nichts geändert. Bis heute haben Menschen mit europäischem Hintergrund die Macht, zu definieren, wer zu ihnen dazugehört und wer »anders« ist, diese »Anderen« abzuwerten und in der Gesellschaft zu benachteiligen.

Rassismus bezeichnet jenen gesellschaftlichen Normalzustand, in dem Menschen, weil sie die weiße Norm nicht erfüllen, deswegen tagtäglich rassistische Erfahrungen machen müssen. Das beginnt damit, dass die Aufmerksamkeit ständig auf sie gerichtet ist, oder sie andauernd nach ihrer Herkunft befragt werden, ihre Fähigkeiten infrage gestellt werden, sie in Konkurrenzsituationen (z.B. bei der Wohnungs- oder Jobsuche) benachteiligt werden, und reicht bis hin zu rassistischer Gewalt auf der Straße.

Rassismus durchzieht alle gesellschaftlichen Bereiche: er manifestiert sich in der Alltagssprache und Bildern, z.B. in Bezeichnungen für Lebensmittel, Straßennamen, Redeweisen oder Kinderliedern. Bilder und Vorstellungen von »dem Anderen« werden unabhängig von der Anwesenheit Nichtweißer produziert. Nichtweiße, egal welcher Generation, werden in dieser Gesellschaft alltäglich zu Fremden gemacht. Der gesellschaftliche Rassismus wird beständig modernisiert und schlägt sich in Zeiten des »Kampfes gegen den Terror« z.B. in Islamophobie nieder.

Auch im staatlichen Bereich, in besonderem Maße in der Asyl- und Zuwanderungspolitik, drückt sich Rassismus heute aus. MigrantInnen und Flüchtlingen werden in Deutschland systematisch Rechte verwehrt, die für Deutsche StaatsbürgerInnen bzw. EU-BürgerInnen selbstverständlich sind: z.B. das Recht auf Bewegungsfreiheit (durch die »Residenzpflicht«), das Recht auf Bildung, das Recht zu arbeiten und Bargeld zu besitzen (durch das Gutschein- und Chipkartensystem nach Asylbewerberleistungsgesetz) und andere grundlegende Rechte.

Die krasseste Form von Entrechtung und Unterdrückung durch staatliche Politik zeigt sich für uns im Lagersystem, in »Ausreisezentren«, Abschiebeknästen und in der Abschiebung von Menschen. Nicht-EU-BürgerInnen, an denen die BRD vordergründig keine



wirtschaftlichen Interessen hat, erschwert sie »legal« nach Deutschland einzureisen oder ein Aufenthaltsrecht zu bekommen. Wer nicht als ausreichend definierte Papiere für eine Einreise besitzt, oder bleibt, obwohl von staatlicher Seite ein Aufenthalt nicht mehr erlaubt wird, wird somit kriminalisiert und in die Illegalität gezwungen, d.h. »illegalisiert«. Rassismus wird so gewollt zur Legitimation der Umsetzung gesellschaftlicher und staatlicher Ziele benutzt. Im Alltag Illegalisierter kann hingegen so allein eine simple Fahrkartenkontrolle zu Abschiebehaft und Abschiebung führen. Gleichzeitig erleichtert dies wiederum, ihre Arbeitskraft in erpresserischen wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen auszubeuten.

Was wir machen

Die ARI ist seit 1988 aktiv. Nach der gewaltsamen Räumung des Hausprojektes »Yorck 59« im Jahr 2005 befindet sich die ARI in der Colbestr. 19 in Berlin Friedrichshain und die Dokumentationsstelle im Südflügel des Hausprojektes »Bethanien« in Kreuzberg.

Wir sind keine Beratungsstelle, können aber an solche Stellen bzw. RechtsanwältInnen weitervermitteln. In der politischen Kooperation ist es uns besonders wichtig, mit selbstorganisierten Flüchtlings- und MigrantInnengruppen zusammenzuarbeiten.

Mit Demonstrationen und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen wir Personen, wenn diese sich gegen ihre Illegalisierung und Abschiebung zur Wehr setzen. Dabei versuchen wir thematisch eine Brücke vom Einzelfall zum rassistischen Normalzustand zu schlagen. Wir thematisieren, wie Gesetzgeber und Ausführende auf den Behörden eine systematische Ausgrenzung nach rassistischen Kriterien betreiben. Dagegen setzen wir die Solidarität mit den Betroffenen.

Wir initiieren und unterstützen Kampagnen und beteiligen uns an Bündnissen, die sich gegen rassistische Gewalt, (staatliche) Diskriminierung und Ausgrenzung richten. Konkret beteiligten wir uns in den letzten Jahren an z.B. der Anti-Lager-Action-Tour 2004, dem Bündnis »Stopp Abschiebung«, dem Migrationsbündnis gegen den G8-Gipfel und unterstützten Hungerstreiks von Flüchtlingen im Abschiebeknast Berlin-Grünau. Zurzeit sind wir u.a. aktiv im Freundeskreis AfroHesse und dem Arbeitskreis Undokumentiertes Arbeiten bei ver.di.

Seit ihrer Gründung beteiligen wir uns an der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh. Oury Jalloh wurde am 7. Januar 2005 in einer Polizeiwache in Dessau getötet. Bisher gab es keine Aufklärung seines Todes, die angeklagten Polizisten wurden in erster Instanz freigesprochen.

Auch arbeiten wir im Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin mit. Hier geht es uns darum, den Krieg in Kurdistan und die Involviertheit von Deutschland und der Nato sichtbar zu machen. Der Krieg und die Unterdrückung in Kurdistan werden uns als lokales Problem präsentiert, was es aber nicht ist. Außerdem möchten wir, dass die sozialen Bewegungen in Kurdistan und die starke Frauenbewegung dort auch hier gesehen werden. Es ist uns wichtig, sich gemeinsam zu wehren, auch gegen die migrationspolitischen Instrumente der deutschen Behörden gegen kurdische AktivistInnen wie Auslieferungsverfahren, Asylaberkennungsverfahren, die sogenannten Antiterrorverfahren gegen linke KurdInnen etc.

Die Dokumentationsstelle der ARI gibt die jährlich neu erscheinende Dokumentation »Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen« heraus.

Die Zeitschrift ZAG, die von einer unabhängigen Arbeitsgruppe herausgegeben wird, erscheint vierteljährlich und versteht sich als Forum für antirassistische Theorie und die Entwicklung von Handlungsperspektiven. Ein großes Zeitungs-, Broschüren- und Video-Archiv steht bald wieder kostenlos zur Verfügung.

Die aus der ARI entstandene Antira Ost-AG versucht, Kontakte zu antirassistischen und antifaschistischen Gruppen in Osteuropa herzustellen. Über die mittlerweile bestehenden Kontakte in Teilen Osteuropas macht sie sich ein aktuelles Bild der Situation vor Ort. Die AG beschäftigt sich auch mit Frontex, der Verschiebung und Militarisierung der EU-Außengrenze und den direkten Auswirkungen auf Flüchtlinge und MigrantInnen. Wir arbeiten bereichsübergreifend; wir denken nicht nur über Antirassismus nach, sondern genauso über Themen wie »zunehmende Kontrolle der Gesellschaft durch die Herrschenden«. Daraus könnte sich ein Wandel der Parolen ergeben, die wir in der AntiRa-Bewegung vertreten. »Papiere für Alle« in der Überwachungsgesellschaft macht keinen Sinn mehr, vielleicht sollten wir eher »Keine Papiere für alle« fordern – eine Parole, die das Recht der Herrschenden auf Überwachung und Kontrolle infrage stellt und die Papierlosen metaphorisch zu Vorreitern eines erstrebenswerten Zustandes macht. ■

Antirassistische Initiative
Colbestraße 19
10247 Berlin.
Tel.: 030-785 7281,
01520 567 0288
www.ari-berlin.org
ari-berlin@gmx.de

Antifa heißt mehr als Boxen und Bücher lesen?

Ein Beitrag der Berliner Gruppe »Theorie.Organisation.Praxis« (TOP)

Debatten der Antifa scheinen gesetzmäßig zur Bejubelung des »business as usual« zu drängen. Statt Sinn und Unsinn antifaschistischer Theorie und Praxis sachlich auf den Prüfstand zu stellen, werden von antifaschistischer Gruppen Rechenschaftsberichte über die eigene Erfolgsgeschichte abgelegt. »Antifaschismus ist (...) in der Lage, Menschen (...) zu mobilisieren« (ALB, AIB #77) und »Antifaschismus (...) ist (...) Ansatz, um (...) Menschen (...) zu sammeln und Handlungsfähigkeit herzustellen« (ALI, AIB #78) Als perpetuum mobile der linksradikalen Politikfähigkeit wird der Antifaschismus gedacht. Da nicht die Lösung eines faschistischen Problems, Bedingung dieses Antifaschismus ist, wird seine Zweckmäßigkeit lediglich am Maßstab der Popularität verhandelt. Statt die Notwendigkeit des Antifaschismus zu überprüfen, lautet die Frage: Wie weiter? Die Antwort ist ebenso klar wie vorhersehbar, wenn sich alle ein Beispiel am vorbildhaften Vorgehen der eigenen Politgruppe nehmen, wird die Moral der antifaschistischen Truppen mit breiteren Bündnissen, popigeren Plakaten und schöneren Slogans in unerreichte Höhen gesteigert werden können.

Wohltuend unterscheidet sich der Artikel »Antifa heißt radikale Gesellschaftkritik« (AIB #80) der Leipziger Antifagruppe LeA. Sie haben mit ihrer Erkenntnis, dass selbst der »demokratische Normalbetrieb nationalistische Ideologie und kapitalistische Schädigungen hervorbringt« den wesentlichen Teil einer Debatte über linksradikalen Antifaschismus benannt. Die LeA hat die bisherige Debatte vom Kopf auf die Füße gestellt: »Es ist uns daher an einem Antifaschismus gelegen, der Neonazis die Feindschaft erklärt, wie man es für die hiesige Gesellschaft selbst zu erledigen hat: Durch Argumente, die man sich aneignet, und eine zutreffende Kritik, ohne die nur eine falsche Praxis denkbar ist.« Das Ziel der Antifa ist »auch jene zum Ziel der Praxis zu machen, die für eine Verhärtung von Staat und Gesellschaft und die Radikalisierung ihrer alltäglichen Zumutungen einstehen.« Was bei den Leipziger Antifas als Anspruch formuliert ist, wird hier in gebotener Kürze darlegt. Was unter nationalistischer Ideologie und kapitalistischer Schädigung zu verstehen ist und warum Bürger an der Kritik der Voraussetzungen des Faschismus systematisch scheitern.

Vom Menschenglück der Konkurrenz

Zur »kapitalistischer Schädigung« kommt es notwendigerweise in entwickelten kapitalistischen Ökonomien in denen Menschen ihr Dasein als Konkurrenten zu Selbverständlichkeit geworden ist. Egal ob sie ihren Lebensunterhalt als Lohnabhängige verdienen müssen, als unternehmerisch »Selbständige«, als Manager oder in irgendeiner scheinselbständig-prekären Hybridgestalt: stets stehen sie in Konkurrenz mit ihresgleichen – um Arbeitsplätze und Beförderungen, um Aufträge und Profite, um Gewinnanteile und Wachstumsraten. Und diese Konkurrenz wird im Kapitalismus niemals enden. Die Fürsprecher dieser Gesellschaftsordnung halten das für höchstmögliche Freiheit: im Wettstreit der besten Köpfe und Hände entfalten sich die Menschen zu höchster Schöpferkraft, die Menschheit zu wirtschaftlicher und kultureller Blüte. Und tatsächlich hat es den kapitalistischen Jahrhunderten an Produktivität nicht gemangelt. Das Prinzip kapitalistischer Entwicklung ist ja gerade der Zwang zu ständiger Produktivitätskonkurrenz. Kapitalistische Konkurrenz ist nicht einfach ein Wettstreit um die beste Lösung individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse. Ihr Zweck ist nicht das gute Leben und gesellschaftliche Selbstbestimmung. Durch die Konkurrenzbeziehungen der einzelnen ökonomischen Akteure hindurch realisiert sich in kapitalistischen Gesellschaften ein umfassender, unpersönlicher Verwertungszwang. Von der geringsten Dienstleistung bis zur größten Industrie gilt das Prinzip, daß eine Investition einen Profit abwerfen muß. Und das ist nur durch die unbedingte Bereitschaft zu gewährleisten, ökonomische Konkurrenten auszustechen – oder lohnabhängig zum Konkurrenzerfolg kapitalistischer Unternehmen beizutragen. Dieser Verwertungszwang erneuert sich tagtäglich in der Konkurrenz. Als unentrinn-



TOP Berlin c/o
Schwarze Risse
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

www.top-berlin.net
mail@top-berlin.net

bares Prinzip der kapitalistischen Produktionsweise ist er – paradox gesprochen – ein ›gesellschaftliches Naturgesetz‹. Und weil dieses Gesetz ganz handfest über Leben und gesellschaftliche Teilhabe entscheidet, prägt es so ziemlich jede Zone der sogenannten Individualität.

Die Zwänge des Kapitals treffen die Individuen nicht unvermittelt. Ebenso selbstverständlich wie ihre Stellung in der Konkurrenz ist ihnen ein Dasein als Staatsbürger. Aus Fleisch und Blut gewachsen, verhalten sich die Menschen doch als Inhaber allgemeiner Rechte zu einander. Und diese Rechte werden alleine vom bürgerlichen Staat garantiert – oder entzogen. Täglich wird in den Medien und im persönlichen Gespräch der moralische und ökonomische Zustand des Staates bilanziert, dem Menschen durch den Zufall der Geburt angehören. Die Existenz eines allgemeinen Rechts wird befürwortet, weitreichende Auflagen wie Schulpflicht und Steuerpflicht werden grundsätzlich hingenommen. Gestritten wird nur um deren möglichst effektive Organisation. Entscheidendes Kriterium der Effektivität ist dabei die Fähigkeit des Staates, Bedingungen für ein erfolgreiches ›Wirtschaftsleben‹ zu schaffen. Die Staatsbürger müssen sich in ihm als ökonomische Subjekte erhalten können, und der gesellschaftliche Reichtum soll tendenziell wachsen.

Vom Politischen in der bürgerlichen Gesellschaft

Der kapitalistische Normalvollzug hat Voraussetzungen, die nicht selbst der kapitalistischen Konkurrenz entstammen, die aber zur Aufrechterhaltung dieser Ordnung unabdingbar sind. Denn die einzelnen ökonomischen Akteure haben kein eigenes Interesse an der Konkurrenz, sondern an ihrem individuellen Erfolg in der Konkurrenz, tendenziell also ein Interesse an einer Monopolstellung. Ihr Streben geht notwendig darauf, den ökonomischen Gegner niederzukonkurrieren, und dazu alle verfügbaren Mittel zu mobilisieren. In der Logik einer ungezügelten Konkurrenz würden sie gegenüber ihren eigenen Widersachern auch auf solche Mittel zurückgreifen, die die Konkurrenzordnung insgesamt zerstören würden: Betrug, Erpressung, Sabotage von Produktion und Vertrieb eines Konkurrenten, üble Nachrede, Spionage etc. Solche Verfahrensweisen können aber keine Regeln des Kapitalismus als gesellschaftlichem System sein, weil sich die Verwertung des Kapitals nur durch den ›freien Warentausch‹ vollziehen kann. Es bedarf also einer Instanz, die außerhalb der kapitalistischen Konkurrenz steht, und die die Voraussetzungen dieser Konkurrenz schützt – und zwar gegen betrügerische und gewalttätige Vorgehensweisen, die durch die kapitalistische Konkurrenz selbst motiviert werden. Diese Instanz ist der bürgerliche Staat als Hüter des Rechts. Um Recht und Gesetz durchsetzen zu können, beansprucht er das Gewaltmonopol – das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit gegenüber allen Menschen und ökonomischen Akteuren in seinem Herrschaftsbereich. Bereits diese zentrale Funktion des Staates belegt, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung schon in ihrem Normalvollzug von der Tendenz zu Gewalt und Betrug geprägt ist. Für beide gibt es in der Welt der Konkurrenz immer gute Gründe. Der moderne Staat ist also keine Großinstitution zur möglichst harmonischen Organisation des ›gesellschaftlichen Zusammenlebens‹. →

➔ Bürgerlicher Staat und kapitalistisches Privateigentum bilden eine vermittelte Einheit, in der der Staat die Rahmenbedingungen der kapitalistischen Konkurrenz gewährleistet, und gegen ihre eigenen Krisentendenzen sichert. Insofern ist der bürgerliche Staat – durch seine unterschiedlichen, oft im Streit liegenden Institutionen hindurch – insgesamt die politische Form der kapitalistischen Gesellschaft.

Vom Nationalismus als objektiver Gedankenform

Unter periodisch neu verhandelten Bedingungen des ›Weltmarkts‹ beruht das ökonomische Wachstum eines Staates auf seiner ›Wettbewerbsfähigkeit‹ in der Staatenkonkurrenz. Der Staat ist aber nicht selbst ökonomischer Akteur. Entscheidend ist die Fähigkeit einheimischer Unternehmen und damit der nationalen Arbeitskraft, sich in der ökonomischen Konkurrenz um eine globale Nachfrage, um Absatzmärkte und um Investitionen durchzusetzen und zu behaupten. Der Druck der nationalen und internationalen Konkurrenz bestimmt dabei objektiv den Spielraum, den die staatlich anerkannten ›Tarifpartner‹ und der Steuerstaat selbst im Ringen um gesellschaftlichen Reichtum haben. Den Individuen signalisiert dieser Druck tagein tagaus die Maßstäbe erfolgreicher Lebensführung. Eine Strategie für heimisches Wirtschaftswachstum ist die Förderung der Exportproduktion, und ihre Absicherung in der internationalen Handelsdiplomatie. Eine andere Strategie ist das Engagement heimischer Unternehmen im Ausland. Kapital selbst ist vaterlandslos. Weil es sich nur in ständiger Verwertung erhalten und vergrößern kann, strebt es stets dort hin, wo eine profitable Verwertung, möglich scheint. Also auch ins ›Ausland‹. Aus staatlicher Perspektive ist gegen das auswärtige Engagement nestflüchtiger Kapitale nichts einzuwenden. Entscheidend ist, ob dies insgesamt zu Gunsten oder zu Lasten der heimischen Ökonomie und des heimischen Steueraufkommens geht – direkt, über ein damit verbundenes heimisches Wirtschaftswachstum und Steueraufkommen, oder indirekt, über die Stärkung der heimischen Währung als international einsetzbarer Kredit. Welche wirtschaftspolitische Strategie des Staates in der Benutzung des Auslands den höchsten Gesamtnutzen für die heimische Ökonomie verspricht, und welche Elemente dieser Strategie dann auch tatsächlich im diplomatischen Ringkampf der ›Standorte‹ durchsetzbar sind, entscheidet sich immer wieder neu. Ausschlaggebend ist – abgesehen von der eher zufälligen Verfügung über strategische Ressourcen – wiederum die Konkurrenzfähigkeit heimischer Unternehmen, die Güte des nationalen Kredits, und in Abhängigkeit davon das steuerfinanzierte militärische Erpressungspotential eines Staates.

Zugleich aber bilden die konkurrierenden Individuen und Belegschaften als Staatsvolk eine profane, objektive Schicksalsgemeinschaft. Ihre individuellen und betrieblichen Konkurrenzchancen sind vom übergreifenden Erfolg oder Mißerfolg der nationalen Reichtumsproduktion in der Weltmarktkonkurrenz abhängig. Ob ein Einzelkapital überhaupt Chancen hat, am Weltmarkt zu partizipieren, hängt bereits von der Währung ab, in der es bilanziert wird. Also von der ökonomischen Potenz des Staates, der es durch Diplomatie und Bürgschaften zu Fördern versucht. Im objektiven Weltmarktvergleich der produktiven Potenzen und Rationalisierungsmöglichkeiten entscheidet sich, ob ein Territorium mit seiner Bevölkerung überhaupt noch als Standort lohnender Verwertung in Frage kommt, und zu welchen Strukturanpassungen es dabei gezwungen sein wird. Der humanistische Appell an ›soziale Errungenschaften‹, die nicht aufgegeben werden dürften, stößt hier an die objektive Grenze ihrer Finanzierbarkeit unter Bedingungen kapitalistischer Konkurrenz.

Vom objektiven Gedanken zum nationalen Gefühl

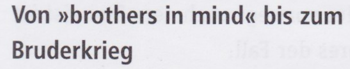
Der gedankliche Schritt um, aus der durch die gesellschaftliche Wirklichkeit vorstrukturierten Wahrnehmung, ein Gefühl und die Gewißheit einer vorgängigen, klassenübergreifenden nationalen Identität zu folgern ist dann nur noch ein kleiner. Doch diese Gewißheit folgt keiner Anrufung aus den Tiefen von Natur, Kultur und Tradition. Umgekehrt: Was an ›Kultur‹ oder ›Geschichte‹ zur ideologischen Projektion von ›Identität‹ und Kollektivität taugt, bestimmt sich entlang höchst gegenwärtiger Konfliktlagen: In der Weltmarktkonkurrenz der Nationalökonomien, und den entsprechenden Siegen und Niederlagen der nationalen Politik im Konzert der Nationen. Und als ideologische Reflexionsform dieser überdauernden und unausweichlichen Wettbewerbsstellung des bürgerlichen Staates ist auch das Gefühl nationaler Identität eine überdauernde und zwanghafte Haltung. Und analog zur Wettbewerbsstellung des eigenen Staates, ist auch nationale Identifizierung als umfassendes und ständig erneuerungsbedürftiges System organisiert. Beständig werden symbolträchtige Indizien nationaler Leistungsfähigkeit und sittlicher Überlegenheit ausgewertet, von den Wirtschaftsdaten über Sportresultate bis zum ›Ansehen der Landsleute‹ in der Welt. Die Identifikation mit der souveränen Macht des Staates soll die dauernde Erfahrung individueller Ohnmacht überwinden, von der im Kapitalismus nur Privilegierte und Glückspilze verschont bleiben.

Vom nationalen Gefühl zum Faschismus

Die Ideologie des völkischen Nationalismus spricht die Abhängigkeit des



Individuums von der staatlichen ›Schicksalsgemeinschaft‹ offen aus, und unterstellt eine vorpolitische ›Einheit‹ der Nation. Doch anders als der gewöhnliche Nationalismus verspricht der Faschismus, die Windmühlenkämpfe politischer Vermittlung ein für allemal zu beenden, und das nationale Privileg durch Maßnahmen eines autoritären Staates durchzusetzen. Der revolutionäre Voluntarismus des Nationalsozialismus reagierte auf die unkontrollierbaren Konjunkturen und Verwertungszwänge des Kapitals. Sie sollten aufgehoben werden durch Willensakte einer nun tatsächlich souveränen, nämlich unmittelbar gewalttätigen Herrschaft. Der faschistische Gestus der Selbstermächtigung fußt auf diesem Versprechen. Mit seiner Heroisierung der Arbeit reagierte er auf die Erfahrung, daß im Kapitalismus selbst harter Einsatz kein zuverlässiger Garant für Autonomie und Überleben ist. Und daß die kapitalistische Krisendynamik unter Umständen ganze Kontinente ökonomisch ruinieren kann.



Von »brothers in mind« bis zum Bruderkrieg

In der Sache des nationalen Erfolgs beteuern Demokraten und Faschisten ihren Anspruch auf kompetente Interessenswahrung. Während Bürger gerne zwischen einem »guten Patriotismus« und einem übertriebenen Nationalismus unterscheiden wollen, sind sie stets Parteigänger des Staats, mit dem ihm notwendigen Bekenntnis zum nationalen Erfolg. Faschisten wittern hinter jeder der unzähligen ökomomischen Niederlagen in der täglichen statt findenden Konkurrenzschlacht, volksfeindliche, heimatlose Machenschaften. Die abstrakte bürgerliche Freiheit soll, gewährleistet durch den autoritären Staat, zur konkreten Anspruchsberechtigung des einfachen Volksgliedes werden. Die Unterscheidung, ob man die einwanderungswilligen Elendsgestalten dieser Welt vor Lampedusa ertrinken lässt oder sie in völkischer Selbstermächtigung selbst zur Strecke bringt, ist ein Unterschied, der bis aufs Messer ausgetragen wird.

Von den zu bewältigenden Aufgaben

Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Antifa, geprägt durch Carhartt, Risikofreude und elitäres Aussenseitertum verliert, sobald der Ernst des Lebens mit Arbeit und Familie den Alltag zu bestimmen droht, seine verbindende Wirkung. Wenn die Reihen fest geschlossen sind und man den Blick schweifen lässt, weiß nicht nur der Verfassungsschutz, dass das Ausstiegsalter bei den Autonomen bei 28 Jahren liegt. Man muss sich aber nicht grämen, wegen der verlorenen Jahre, wie es sich bei Aussteigern scheinbar gesetzmäßig vollzieht. Mit den in der Antifa erlernten Sekundärtugenden: Durchsetzungsvermögen, Organisationsfähigkeit und Belastbarkeit, ist der Weg an die Fleischtöpfe regelmäßig noch nachholend zu haben.

Dieser Beitrag ist ein Teil unserer theoretischen Begründung, warum überhaupt Antifa gemacht werden muss. Gedacht als Teil einer Debatte, die ein Resultat schafft, welches sich in seiner Ernsthaftigkeit nicht dem Vergleich, mit der Ernsthaftigkeit der persönlichen Zwangslagen scheuen muss. Minimalkonsens muss die Gegnerschaft zu und das Wissen über Nation, Staat und Kapital sein. Was Brecht über den Sport im allgemeinen gesagt hat, gilt natürlich für unseren Sport im besonderen: »Kurz: ich bin gegen alle Bemühungen, den Sport zu einem Kulturgut zu machen, schon darum, weil ich weiß, was diese Gesellschaft mit Kulturgütern alles treibt, und der Sport dazu wirklich zu schade ist. Ich bin für den Sport, weil und solange er riskant (ungesund), unkultiviert (also nicht gesellschaftsfähig) und Selbst-

Rechte im Film – Filme gegen rechts?

Die wenigsten Filme über Neonazis taugen für eine sinnvolle antifaschistische Aufklärungsarbeit. Seit Beginn der 1990er Jahre boomen Spiel- und Dokumentarfilme, die sich mit der Thematik neofaschistischer Gewaltakte, deren Motivationen und TäterInnen auseinander setzen. Da viele dieser Filme unter anderem an Schulen und in staatlich geförderten Bildungsprogrammen zum Einsatz kommen und über die Bundeszentrale für Politische Bildung verliehen werden, lohnt sich ein genauer Blick: Nach welchen Inszenierungslogiken und Erzählmustern werden neonazistische Agitationen und Aktionen in diesen Filmen dargestellt? Welches Bild vom Rechtsextremismus im postnazistischen Deutschland wird durch sie verbreitet und fortgeschrieben? Diesen Fragen geht der vorliegende Artikel anhand einiger Filmbeispiele nach.

Deutsche Projektionen: (Neo-)Nazis im Spannungsfeld zwischen Identifikation und Abgrenzung

Besonders bei Spielfilmen gilt es, das Spannungsfeld zu analysieren, welches entsteht, wenn der Versuch unternommen wird, neonazistische Täter als Identifikationsfiguren für die Zuschauenden zu inszenieren. Ohne dass der Film zur Propaganda für die Anliegen der Neonazis wird, soll ihre Motivation nachvollziehbar sein. Bei vielen Spielfilmen lässt sich eine wiederkehrende Erzählstruktur aufzeigen: Die stets männliche Hauptfigur – Frauen und Mädchen tauchen in fast allen Filmen höchstens als Nebenfiguren auf – gerät aufgrund widriger Umstände in die neonazistische Szene. Da die Perspektive des Protagonisten dabei die Einzige ist, die den Zuschauenden zugänglich gemacht wird, begleiten sie ihn in den folgenden 90 Minuten auf seinem Weg vom sympathischen Jungen zum Neonazi. Die Dramaturgie des Films zielt darauf ab, sein Leiden und – damit verbunden – sein »Abgleiten« in die »rechtsextreme« Szene psychologisch zu erklären und für die Zuschauenden miterlebbar zu machen. Diese werden weniger dazu angeregt, sich mit »rechtsextremen« Ideologemen auseinander zu setzen, als mit den Hauptfiguren mitzufühlen, deren »rechtsextreme« Aktionen mit persönlichen Schicksalsschlägen entschuldet beziehungsweise im Rahmen männlicher Adoleszenskrisen verortet werden. Im Showdown am Ende des Filmes wendet sich der Protagonist gegen die Gewalttaten der Gruppe. Damit scheint die Krise bewältigt.

Doch verläuft der Rückzug aus der Szene wirklich darüber, dass die jeweilige Hauptfigur – und mit ihr die Zuschauenden – »rechtsextreme« Ideologie und deren Fragmente als menschenverachtend anerkennen und sich in allen Punkten von dieser distanzieren? Oder werden bloss die äußeren Zeichen abgelegt – Frisur, Kleidung und Clique gewechselt – während die Einstellung wenig verändert bleibt? Um dies vorwegzunehmen: Zumeist ist letzteres der Fall.

Dieses Grundmuster lässt sich deutlich am 2006 erschienenen Film KOMBAT SECHZEHN, dem ersten Spielfilm des deutschen Regisseurs Mirko Borscht, zeigen. Wie bereits im Titel angedeutet, ist sein Thema der Kampf eines sechzehnjährigen Jungen um Selbstbehauptung. Im Mittelpunkt des Teenagerdramas stehen Taekwondo-Fan Georg und sein als schicksalhaft inszenierter Weg in die »rechtsextreme« Szene. Georg, so soll deutlich werden, ist eigentlich gar kein richtiger Neonazi. Zu Beginn der Handlung hat er »sogar« eine afrodeutsche Freundin. Nach dem Umzug nach Frankfurt/Oder, wo sein alleinerziehender Vater mit dem Bau eines deutsch-polnischen Einkaufszentrums beauftragt ist, gerät sein Leben jedoch zunehmend aus der Bahn. Georgs allmählicher Anschluss an die örtliche »Kame-


[1] Neonazi-Dasein und Alkohol: Hauptfiguren Thomas (links) und Georg beim Saufen. (Kombat Sechzehn)

Foto: © Nadja Klier für credofilm 2004

radschaft« scheint weniger mit politischen Überzeugungen und verinnerlichten Deutungsmustern als mit dem Leiden an seiner neuen Lebenssituation zu tun zu haben.

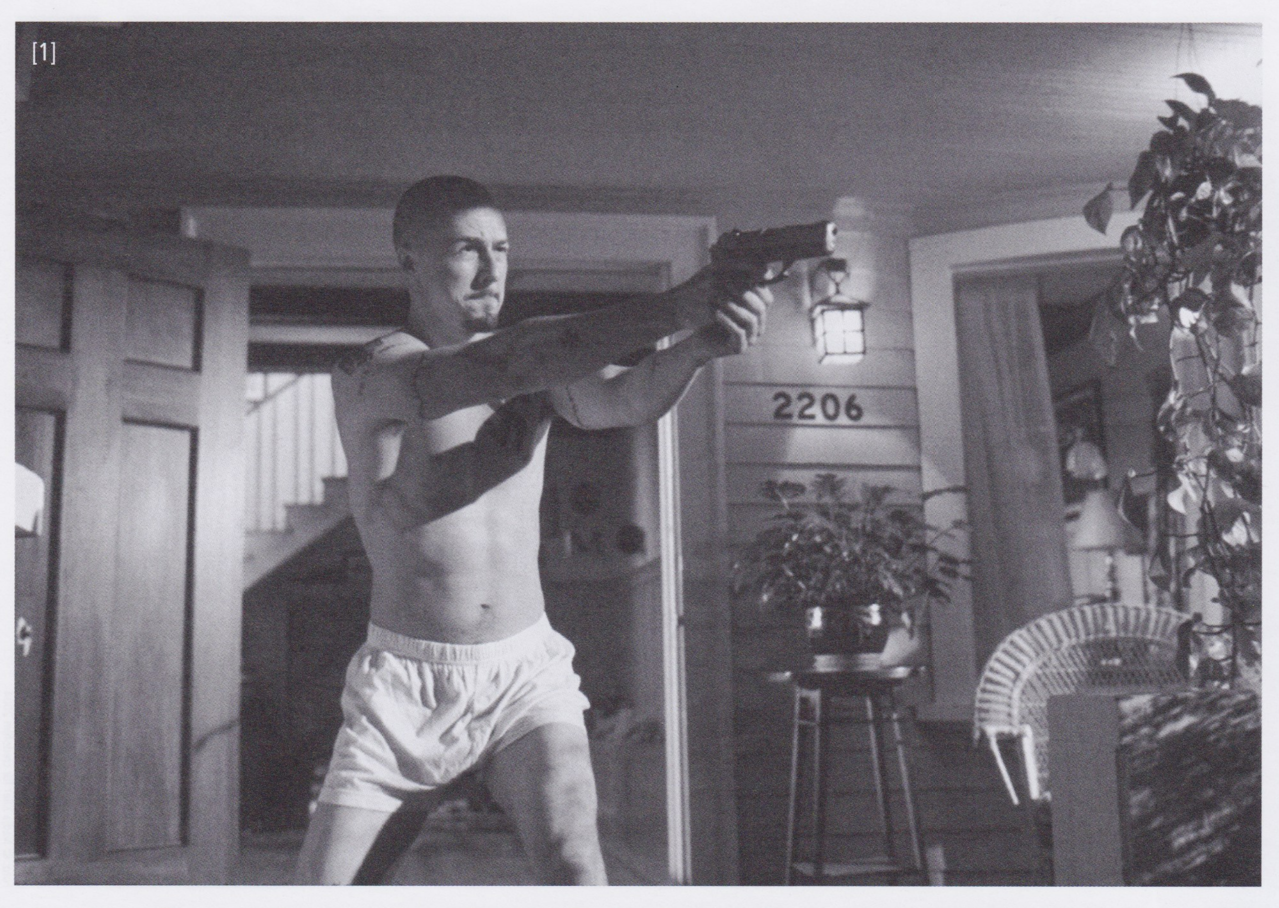
Die Etappen seiner zunehmenden Verzweiflung verlaufen parallel zur Annäherung an eine Neonazigruppe. Der ehemals strikte Abstinenzler beginnt zu trinken und zu rauchen und fliegt nach einer Prügelorgie aus der Kampfsportgruppe um Sozialarbeiter Martin. Neonazi sein wird im Film mit zügellosem Alkoholkonsum und dumpfer Gewalt assoziiert. In entsprechenden Szenen wird das Bild graustichig und grobkörnig, Handkamerabewegungen sollen den Eindruck starker Trunkenheit vermitteln. Das positive Andere des Neonazismus ist der disziplinierte und disziplinierende Kampfsport, der im Film für Abstinenz von Alkohol und anderen Drogen, Körperbeherrschung sowie Selbstdisziplin steht. In stark ästhetisierten Aufnahmen wird das Taekwondo-Training in blühenden Mohnfeldern oder im mit Blumen, Kerzen und Buddhastatuen verzierten Dojo dargestellt. Dass die mit dem Sport assoziierten Werte schon im Nationalismus zu »deutschen Tugenden« erklärt wurden, wird durch den Fakt, dass Georgs ehemaliger Kampfsportclub von einem Afrodeutschen geleitet wird, nur notdürftig verschleiert.

Auch in den meisten anderen Filmen wird eine klare Trennung zwischen der sympathischen Identifikationsfigur und dem Rest der als dumpf und brutal dargestellten Neonazigruppe behauptet, auf die bequem alles Negative projiziert werden kann. Hier kommen Entschuldungsstrategien zum Einsatz, die nicht nur aus dem Umgang mit deutschen Tätern hinlänglich bekannt sind. Die Filme positionieren ihre »rechtsextremen« Protagonisten meist am so genannten »Rand« der Gesellschaft. Auf diese Weise kann die zentrale Frage nach deren Verankerung in den lokalen sozialen Strukturen – beziehungsweise inwieweit die von ihnen vertretenen


Foto: © Nadja Klier für credofilm 2004

antisemitischen, rassistischen und homophoben Ressentiments dort auf Widerhall stossen – von vornherein ausgeklammert werden. So erscheinen die Szenen, in denen sich die Figuren bewegen, in den meisten Filmen als homogen und in sich geschlossen. Synergien mit anderen gesellschaftlichen Gruppen werden weitgehend ausgeblendet. Am deutlichsten wird dies in Daniel Schweizers Dokumentarfilm WHITE TERROR. Hier werden neonazistische Strukturen als »absurde, keinem von aussen zugängliche Welt« präsentiert, die keine personelle oder

➔



[1] Fetischisierung nazistischer Körperlichkeit. Hauptfigur Derek verteidigt sein Elternhaus gegen Einbrecher. (American History X)

inhaltlichen Überschneidungen mit dem Rest der Gesellschaft zu haben scheint.

»Rechtsextremismus« wird durch diese Darstellungsweise nicht nur entpolitisiert: Indem die Filme die Einstellung ihrer Figuren vornehmlich als Reaktion auf psychische oder soziale Problemlagen inszenieren, erscheinen die Neonazis als Opfer gesellschaftlicher Verhältnisse. Treiben in Winfried Bonengels Spielfilm FÜHRER EX die im DDR-Gefängnis erlittenen Misshandlungen die anfangs integre Hauptfigur Heiko in die Arme der Neonazis, rückt Dagmar Gellert im Dokumentarfilm TORFSTURM die desolaten Familienverhältnisse ihrer Figuren ins Zentrum. Verständnisvoll werden Neonazis zu ihren familiären Problemen, Gewalterfahrungen, Ängsten, Albträumen und Zukunftswünschen befragt. Sogar NPD-Kader Markus Privenau bekommt Raum, seine Enttäuschung über den lieblosen Vater kundzutun. Ähnliche Entschuldungsmuster finden sich in KOMBAT SECHZEHN. Hier erfährt Georg von Sozialarbeiter Martin, dass sein Freund Thomas und dessen »Clique« ein Flüchtlingswohnheim angezündet haben. Als er den Freund zur Rede stellt, packt dieser Georg beim Kragen und droht ihm mit der Faust: »Von wegen Asylantenheim. Ein Scheiss-Polen-Puff war das. Mein Vater ist da jeden Tag hin gerannt. Mein Vater hat diese Scheiss-Polenschlampe sogar mit in den Laden genommen, einen auf Multikulti-Pisse und so nen Scheiss gemacht. Von wegen osteuropäische Aushilfskraft. Nach einem halben Jahr hat der mich und meine Mutter allein gelassen.« Er schüttelt Georg und beginnt zu weinen: »Er hat uns sitzen gelassen. Verdammte Scheisse, du weisst gar nicht wie das ist.« Georg kann mit seiner verständnisvollen Entgegnung, dass seine Mutter ihn ebenfalls verlassen habe, nicht zu ihm durchdringen. Vollkommen ausser sich schreit Thomas: »Das ist die Wahrheit. Ich hab die beiden sogar beim Ficken erwischt als meine Mutter vorne im Laden war.« Thomas' Hass auf den Vater leuchtet auch Georg ein: »Deswegen, nur deswegen hast du das Asylantenheim angezündet! Aus Wut, nur deswegen.«

Der von seinem Freund verübte Brandanschlag scheint also weniger mit Rassismus und Xenophobie, als mit Thomas' persönlichen Verletzungen zu tun zu haben. Wenn dieser nun in seinem Ausbruch von Wut und Verzweiflung beginnt, durch die Halle zu marschieren und dabei rechtsextreme Parolen skandiert: »Wir lassen uns das nicht mehr bieten, denn hier regiert der nationale Widerstand«, erscheint sein Neonazismus als unpolitischer Racheakt eines verletzten Jugendlichen und wird als solcher vom filmischen Diskurs entschuldet: Weinend bricht er wenig später in den Armen seiner Mutter zusammen.

Die Konflikte mit seinem alleinerziehenden Vater sind für Hauptfigur Georg einer der Gründe, sich den Neonazis anzuschliessen. Insbesondere das Stereotyp des überforderten allein erziehenden Elternteils und seines

»emotional verwahrlosten«, weil ohne die »Nestwärme« einer »intakten« Familie aufwachsenden Nachwuchses, steht hier im Zentrum. Dieses Erklärungsmuster taucht auch sonst in den medialen Diskursen über den Neonazismus immer wieder auf. In ihm klingen die biologistischen Konstrukte an, die unter anderem von Eva Herman vertreten werden. Es sind Ansätze, die versuchen, dem »Rechtsextremismus« die heteronormative Kleinfamilie als positives Gegenstück gegenüberzustellen. Unter heterosexistischen Vorzeichen wird so einer Opfer-Täter-Verkehrung Vorschub geleistet.

Die realen Opfer rechter Gewalt hingegen werden in den meisten Filmen unsichtbar gemacht oder erscheinen sogar als Auslöser für Ängste oder als Projektionsflächen der inneren Konflikte der Neonazis. Beides lässt sich besonders deutlich am Beispiel von AMERICAN HISTORY X zeigen, der die deutschen Produktionen sowohl inhaltlich als auch stilistisch stark beeinflusst hat. Hier werden die Afroamerikaner bis auf wenige Ausnahmen als hypermaskulin und bedrohlich dargestellt. Frauen und Mädchen werden nicht gezeigt.

Eng mit derartigen Inszenierungen von Angstprojektionen hängt zusammen, dass die meisten Filme »Rechtsextremismus« entlang der so genannten Extremismusthese darstellen. Mit ihr wird die »demokratische« »Mitte« von den »totalitären« »Rändern« auf der »linken« und »rechten« Seite abgegrenzt. Als einer der zahlreichen Kritiker dieser Auffassung bemängeln die Politikwissenschaftler Alexander Häusler und Christoph Butterwegge, dass sich im vorherrschenden Diskurs die »Ausgrenzung von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus [...] im Wesentlichen auf ganz klar als rechtsextrem (im Sinne einer Nähe zum Nationalsozialismus/Hitlerfaschismus) identifizierbare Positionen und deren Träger [beschränkt], während ihnen zugrunde liegende Ressentiments, Haltungen und Deutungsmuster weithin toleriert, verharmlost oder sogar für politische Zwecke funktionalisiert werden«. Der Verweis auf neonazistische Strukturen dient also dazu, die so genannte »Mitte der Gesellschaft« zu entschulden. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass der Rückzug aus der »Szene« meist darüber verläuft, dass sich die Figuren – anstatt eine Auseinandersetzung mit »rechtsextremen« Ideologemen zu durchleben – diejenigen Fähigkeiten aneignen, die sie zu einer gesellschaftlichen »Reintegration« befähigen.

Auf Grundlage der Extremismusthese werden rechtsextreme Akteure zudem oftmals mit anderen von der Norm abweichenden Gruppen gleichgesetzt. Auch dieses Muster kommt in AMERICAN HISTORY X zum Einsatz. Angesichts der in Szene gesetzten Hegemonie brutaler afroamerikanischer »Gangs« im Wohnviertel und auf dem Schulhof erscheinen die Gewalttaten der Neonazis als – wenn auch unangemessen brutale – Reaktionen. Gesellschaftliche Dominanzverhältnisse hingegen werden im Film weitgehend ausgeblendet. Dies wird dadurch untermauert, dass der filmische Diskurs die von Schwarzen begangenen Übergriffe an keiner Stelle mit nachvollziehbaren Motivationen versieht. Der Film folgt der Extremismusthese zudem dahingehend, dass der Rückzug aus neonazistischen Strukturen lediglich über die Einsicht vermittelt ist, ein Abweichen von der gesetzlichen Norm ziehe nur Gefängnisstrafen und weiteren Ärger nach sich. Doch auch wenn die Brüder Danny und Derek dies am Ende des Filmes eingesehen haben, scheitert eine Lösung des Konflikts daran, dass sich der »Hass« zwischen den verfeindeten Gruppen verselbstständigt hat. Dereks kleiner Bruder Danny wird von einem afroamerikanischen Mitschüler erschossen.

Auch in den deutschen Produktionen wenden sich die beiden Hauptfiguren lediglich von der körperlichen



Gewalt ab. In FÜHRER EX veranlasst ein neonazistischer Mord Tommy dazu, sich aus der rechtsextremen Szene zurückziehen. Heiko, inzwischen Neonazikader, schafft es nicht, Tommy als Verräter zu erschießen. Auch er distanziert sich von der Szene und im letzten Bild sieht man ihn mit neuer Wuschelfrisur. In KOMBAT SECHZEHN weigert sich Georg, einen wehrlosen Jungen zusammenzuschlagen. Thomas wiederum bringt es nicht über sich, Georg deshalb mit dem aus AMERICAN HISTORY X berüchtigten »Bordsteinkick« zu töten. In der letzten Sequenz sind die Freunde beim Kampfsporttraining zu sehen. Auf dem Soundtrack läuft dazu das Lied »Wenn du wirklich willst« von der als geläutert geltenden Rechtsrockband Böhse Onkelz.

Die besprochenen Filme sind also nur bedingt für antifaschistische Arbeit geeignet. Sie verweigern die inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut, entschulden die Täter und blenden die Opfer aus. Vielfach tragen sie sogar dazu bei, Fragmente nationalsozialistischer Ideologie umzudeuten und sogar als Gegenrezept darzustellen. Ausnahmen von dieser Regel finden sich nur selten. Erwähnt sei hier vor allem THE TRUTH LIES IN ROSTOCK. Anstatt die Verantwortung für die pogromartigen Ausschreitungen allein neonazistischen Gruppierungen zuzuschreiben wird hier die aktive Rolle grosser Teile der LichtenhagenerInnen deutlich. ■

»Das eigene Leid begreift man nicht«

Fred Wanders »Der siebente Brunnen und die Geschichte des Selbst« (3. und letzter Teil)

Erin McGlothlin

Allmählich nimmt der Erzähler Mendel Teichmanns Lektion in sich auf. Er öffnet seine Augen und beginnt das verborgene Wesen seiner Mithäftlinge tatsächlich zu sehen. Der Erzähler spricht wiederholt vom Beobachten und, wie Walter Grünzweig aufgezeigt hat, gibt es im gesamten Text unzählige Metaphern des Sehens und Betrachtens. Schließlich verwandelt sich das Sehen des Erzählers in Sprechen: Beobachtung und Betrachtung werden Bericht. Seine Beobachtungen werden zu Variationen eines Themas. Wie Pechmanns »Fünf Finger auf einem Brett« werden seine Erzählungen zu einer Improvisation der Notwendigkeit, die trotz ihrer offensichtlichen Einschränkungen etwas Entscheidendem eine Stimme verleihen. An einem Punkt ist der Erzähler so sehr in seine phantasievolle Artikulation vertieft, daß er sich vorstellt, er sei zum Medium für Mendel Teichmanns eigener narrativer Autorität geworden. In einer Unterhaltung mit Pépé ruft er überrascht: »Ihr werdet alle Sorten von Leuten brauchen, sagte ich, wenn die Revolution gemacht ist! Mir blieb die Luft weg, das war nicht ich, aus mir redete Mendel Teichmann! Was hatte Teichmann mit mir gemacht? Was hatte Pechmann mit mir gemacht. Und was würde Pépé mit mir machen.« (S. 81)

Wie dieser Abschnitt zeigt, übernimmt der Erzähler gleichsam Mendels Talent des Geschichtenerzählens, indem er die Stimmen der Mithäftlinge kanalisiert. So wird der Moment, in dem Mendel durch den Erzähler spricht, zu einem dualen Akt der Narration. Nicht nur wird der Erzähler zum Organ, das Mendels einmalige Fähigkeit des Geschichtenerzählens bewahrt, sondern er verleiht auch Mendels eigenen Geschichten (und den Geschichten der anderen), die durch seinen Tod verstummt sind, eine Stimme. Im Verlauf des Buches beweist der Erzähler, daß er Mendel Teichmanns Art des Geschichtenerzählens vollends angenommen hat, da er über die einfache Beschreibung der Erfahrungen seiner Kameraden hinausgeht und das Wesen ihrer Leben durch sinnliche Wahrnehmung belebt. Im Kapitel »Vom Geruch der alten Städte« schreibt er:

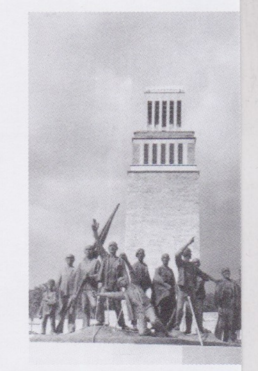
»Ohne jemals in Odessa gewesen zu sein, in Granada, in Riga, Lemberg oder Kursk, hatte ich doch den Geruch der alten Städte kennengelernt, in der nachtschwarzen Baracke, aus einzelnen beklommenen Worten, melancholischen Geständnissen, Liebeserklärungen an einen Ort, eine Vorstadtstraße, an ein schmales Hintergärtchen mit einem Birnbaum, eine bemooste Vorgartentreppe, an ein kleines Haus. O Schicksal der Juden: Sie, die Weitgewanderten, hängen, wenn sie seßhaft werden, mit verzweifelter Liebe an dem Stück Boden. Wenn sie gewaltsam oder durch eigenes Verschulden ihre Heimat verlieren, tragen sie die Sehnsucht nach einem Fleck Erde untröstlich mit sich herum. Die überall Fremden haben einen ausgeprägten Sinn für das tief Verwurzelte. An jedem Fenster, jeder Pforte spüren sie wehmütig den vertrauten Duft eines Stückchens Heimat, auch wenn es die Heimat der anderen ist!« (S. 91)

Diese Passage fungiert strukturell analog zu Mendels Unterricht im Geschichtenerzählen. Der Erzähler ist, trotz Mendels Einwand, daß er das Anliegen der Unterrichtsstunde komplett falsch verstanden habe, letztendlich in der Lage, seine Augen und Poren zu öffnen, »die inneren Kräfte« der anderen wahrzunehmen und diese in einer Erzählung zu vereinen. Indem der Erzähler durch seine sinnlichen Kräfte die Heimat seiner Mitgefangenen heraufbeschwört, wiederholt er Teichmanns Kunst, das Haus des Bürschleins zu imaginieren. Wie auch Mendel muß der Erzähler die tatsächliche Umgebung nicht persönlich kennen bzw. erfahren haben, um ihr eine Stimme zu verleihen. Es ist eher so, daß er es im Prozeß des kreativen Imaginierens vermag, die Essenz aus den verschiedenen Orten jüdischen Lebens herauszudestillieren und dem Geist bzw. der Seele, die diesen Plätzen innewohnte eine Stimme zu verleihen. Der Er-

zähler verwandelt sich durch seine Vorstellungskraft in einen wahren Geschichtenerzähler, einen, der die Erfahrungen einer Kultur, die vor seinen Augen zerstört wird, ausdrückt.

Wesentlich ist jedoch, daß der Erzähler, indem er den stummen Leben der anderen durch seine Geschichten eine Stimme schenkt, in gewisser Weise seine eigene Stimme in den Hintergrund drängt. Wie er in obigem Zitat feststellt (»das war nicht ich«) schweigt er über seine eigene Erfahrung, während er die Geschichten seiner Lagerkameraden erzählt. Der Leser lernt den Erzähler also nur in seiner Funktion als Geschichtenerzähler kennen, besonders da letzterer die eigene Undurchsichtigkeit dadurch unterstützt, daß er die Leben der anderen auf gewisse Weise transparent macht. Ein möglicher Grund für die zunehmende Zurückhaltung des Erzählers hinsichtlich seiner eigenen Erfahrung, die in deutlichem Widerspruch zu seinem fließenden Erzählen der Geschichten der anderen steht, findet sich am Ende von »Vom Geruch der alten Städte«, als der Erzähler Feinbergs Stimme annimmt, um Feinbergs imaginierte Heimkehr zu beschreiben: »Ich werde weinen und nichts begreifen. Man begreift das Leid der andern, man findet sogar Worte des Trostes, findet Rat für andere, die alles verloren haben. Das eigene Leid begreift man nicht.« (S. 97) Obwohl der Erzähler hier angeblich Feinbergs Worten Ausdruck verleiht und dessen persönliche Verzweiflung übermittelt, kann man die Aussage auch so lesen, daß sie eher auf die Situation des Erzählers zutrifft, denn sie faßt das gesamte Projekt – die Geschichte der Lager zu erzählen – zusammen. Da der Erzähler keinen Zugang zu seinem eigenen Kummer und Leid hat, konzentriert er sich statt dessen auf die Leidensgeschichten der anderen, die er in Worte zu fassen vermag. Christa Wolf bezeichnet die Abwendung vom unverständlichen und unaussprechbaren Trauma des Selbst als »Selbst-Verfremdung« – ein Schritt, der dem Erzähler die Distanz gewährt, die er benötigt, um sich auch nur ansatzweise der Erfahrung der Lager zu nähern. Das ›Ich‹ zieht sich fast bis zur Selbstauslöschung zurück, damit es das größere Narrativ der kollektiven Geschichte verstehen und vermitteln kann.

Paradoxerweise ist es jedoch gerade das Sprechen über die Schmerzen der anderen, kanalisiert durch die narrative Instanz, die es dem Erzähler ermöglicht, sich seiner eigenen Geschichte anzunähern und zu seinem eigenen autobiographischen ›Ich‹ zu gelangen. In einer der überwältigendsten Geschichten in Wanders Text, »Woran erinnert dich der Wald?«, versucht der Erzähler, die Geschichte von Tadeusz Moll zu erzählen, die Geschichte eines Jungen, der wider Erwarten vor den Gaskammern in Auschwitz gerettet wurde und somit die unausweichliche Todesstrafe des Sonderkommandos überlebte, nur um in Crawinkel zum Tode verurteilt zu werden, weil er während einer Arbeitsschicht schlief. Er wird tagelang auf einem Podest gefesselt und erwartet gemeinsam mit den anderen Gefangenen seine Exekution. Die Geschichte von Tadeusz Moll stellt aus zwei widersprüchlichen Gründen eine besondere Herausforderung für den Erzähler dar. Wie Birgit Kröhle aufgezeigt hat, identifiziert er sich sehr stark mit dem Jungen, dessen Auschwitzerfahrung den Platz seiner eigenen nicht evozierten Auschwitzvergangenheit einnimmt. Trotz seiner sympathisierenden Identifikation ist er jedoch nicht in der Lage, wirklich zu wissen, was der Junge durchlebt, während er am Pfahl gefesselt ist. Der Erzähler ist einerseits mit Moll verbunden, aber auch ganz von ihm getrennt. Er stellt sich Molls Gedanken vor und akzeptiert gleichzeitig die Barriere, die ihm den Zugang zu Molls eigener Erfahrung versperrt: »Sie waren nicht mehr bei uns, die Delinquenten. Noch nicht drüben und nicht mehr hier. Wie heißt jenes fremde Land an der Grenze?« (S. 116f.) Die Grenze, von der der Erzähler spricht, repräsentiert die radikale Spaltung zwischen dem sicheren Wissen über das eigene Selbst und dem epistemologischen Problem die Erfahrungen der anderen zu kennen. Er ist nicht in der Lage, diese Grenze zum unbekannten Territorium zu durchbrechen, da Tadeusz Molls Erfahrung so beispiellos ist, daß der Erzähler keine narrative Form zur Verfügung hat, die ihr einen Rahmen verleihen würde. Es ist eine Grenze, die an das Unbekannte stößt, an einen Ort, der nur mit reiner Phantasie erreicht werden kann.





Der Erzähler verhandelt das epistemologische Problem, Molls Geschichte zu erzählen, auf zweierlei Weise. Um Molls Erfahrung an die Oberfläche bringen zu können, verwirklicht er einerseits die Teichmannsche Methode einer sich ausdehnenden Vorstellungskraft, indem er aus wenigen Details eine lange Folge von Molls möglichen Gedanken konstruiert. Der Erzähler erklärt ganz deutlich, daß dieses Imaginieren weit über die Grenzen eines Berichts hinausgeht. Auf seine eigenen Fragen, warum Moll und die anderen Häftlinge nicht einfach davongerannt sind oder sich selbst töten, indem sie in den Stacheldrahtzaun rennen, antwortet er: »Es gibt keine Antwort. Keiner, der unter jenem Galgen gestanden hat, konnte eine Nachricht hinterlassen oder auch nur ein Wort. Vielleicht gibt es doch eine Antwort. Eine fiktive Antwort.« (S. 119) Wie auch mit der Metapher der Grenze zieht der Erzähler hier eine Linie zwischen der Antwort, die in Molls eigenem subjektiven Wissen über die Situation liegt, von der der Erzähler getrennt ist, und der Antwort, die er selbst erfinden muß, um überhaupt Zugang zu Molls Erfahrung zu haben. Aber die fiktive Vorstellungskraft vermag die Erfahrung der →

Verdammten nur in beschränktem Maße zu erklären. Als Überlebender kann der Erzähler lediglich bezeugen, was er gesehen hat, und er muß unweigerlich darüber spekulieren, was Moll gedacht und gefühlt hat. So verweist er darauf, daß kein noch so phantasievolles Geschichtenerzählen die grundsätzliche Unzugänglichkeit zu den Erfahrungen jener, die nicht überlebt haben, überwinden kann. Gleichzeitig läßt der Erzähler nicht zu, daß diese Einschränkungen ihn zum Schweigen bringen; er stellt sich weiterhin Molls Gedanken vor, da dies die einzige Möglichkeit ist, Molls Stimme gehör zu verschaffen, auch wenn sie nicht immer wahrheitsgetreu ist.

Der zweite Weg, über den der Erzähler versucht, die epistemologische Ungewißheit des Erzählens der Geschichte eines anderen zu verhandeln, führt ihn schließlich dazu, seinen eigenen Erfahrungen eine Stimme zu geben. Obwohl dem Leser in vorangegangenen Kapiteln schon ein paar, wenn auch wenige, Einblicke in das Leben des Erzählers gewährt wurden, beginnt er erst in diesem Kapitel, neben den Geschichten über die anderen Figuren, auch über seine eigenen Erfahrungen zu sprechen. Schon die Überschrift des Kapitels gibt Aufschluß über den veränderten Fokus des Erzählers. Im Gegensatz zu Überschriften wie: »Wie man eine Geschichte erzählt« oder »Wovon der Mensch lebt«, die sich auf allgemeine Erfahrungen konzentrieren, beinhaltet die Überschrift dieses Kapitels einen Adressaten: »Woran erinnert dich der Wald?« Wie der Leser aus verschiedenen Passagen des Kapitels, die versuchen, diese Frage zu beantworten, entnehmen kann, ist das ›Du‹ weder eine weitere Figur im Text, noch der Leser, sondern der Erzähler selbst, der ein Selbstgespräch führt. So ähneln diese dialogischen Passagen, die sich auf die Erfahrungen des Erzählers konzentrieren, einer archäologischen Expedition, bei der der Erzähler versucht, seine Gefühle über den Wald, die in den verschiedenen Schichten seiner Erinnerung begraben sind, auszugraben. Trotz seiner Fähigkeit, sich an Wälder von früher zu erinnern, wie zum Beispiel an den Wald aus seiner Kindheit in Wien, als die Welt noch »heil« (S. 114) war, und an solche, in denen er sich später in Frankreich versteckte, überdeckt die jüngste Schicht der Erinnerung, nämlich die des Crawinkel Waldes, alle anderen und absorbiert diese in ihr Trauma: »Anblick des Waldes, ich werde nie wieder deine ungemischte Freude trinken.« (S. 114f.)

Die Crawinkel-Walderinnerungen legen nahe, daß der Erzähler nie wieder eine naive Assoziation mit der natürlichen Welt wird haben können. Schon das Wort ›Wald‹ zu denken bedeutet, die traumatische Erinnerung an Tadeusz Molls brutalen Tod abzurufen. Der Erzähler kann so in seiner Erinnerung nie wieder in die Wälder seiner Kindheit zurückkehren, ohne daß auch das Trauma seines Lagerlebens wiederkehrt. Obwohl diese dialogischen Abschnitte keine vollständige, kohärente oder lineare Geschichte des Leben des Erzählers darstellen und somit keine eindeutig autobiographischen Äußerungen sind, enthüllen sie doch eine grundlegend autobiographische Wahrheit: Die Welt der Lager ist für den Erzähler eine allgegenwärtige Realität, die man nicht in der Vergangenheitsform erzählen kann. Was dem Erzähler und seinen Kameraden dort zugestoßen ist, ist keine Erfahrung, die sich leichtfertig in eine normalisierte Erinnerung des Lebens nach dem Holocaust integrieren läßt, in der der Erzähler die Geschichten der anderen erzählen kann, ohne seiner eigenen eine Stimme zu geben. Im Versuch, die Leidensgeschichte der anderen zu begreifen, wie zum Beispiel die von Tadeusz Moll, offenbart der Erzähler, wenn auch sehr verschlüsselt, seine eigene schmerzliche Erfahrung. Als Leser mögen wir nicht in die feinen Details dieser Erfahrung eingeweiht sein, aber wir haben erfahren, was den Erzähler zu der Person gemacht hat, die er ist. Das ist die wesentliche Geschichte der Entwicklung des Selbst, an der uns der Erzähler teilhaben läßt. Das ist seine Autobiographie.

Fred Wanders Geschichten sind daher nicht einfach distanzierte Beschreibungen von Vorgängen innerhalb des Lagers. Sie repräsentieren vielmehr den Versuch, den Menschen und ihren Geschichten Ausdruck zu verleihen, die dort gefangen waren und umgekommen sind. Wie Christa Wolf schreibt, bringt er die Erfahrungen der Häftlinge durch das Erzählen ihrer Geschichten in den Bereich der Erinnerung: »Wenigstens einige aus diesem Heer der Anonymität entreißen, in der man sie umkommen lassen wollte. Wenigstens einige Namen aufrufen, einige Stimmen wiedererwecken, einige Gesichter aus der Erinnerung nachzeichnen.« Indem der Erzähler Geschichten über die Menschen, die nicht überlebt haben, weitergibt, entwickelt er seine eigene Stimme und Perspektive und er verleiht seiner Erfahrung des Überlebens Ausdruck. Auf diese Weise wird Fred Wanders Buch mit seinen Geschichten über die kollektive Holocausterfahrung zu einem Dokument des autobiographischen Prozesses, in welchem das ›Ich‹ darum bemüht ist, seine eigene Stimme zu finden und seine eigene Geschichte aufzuzeichnen, auch wenn der entstandene Text den herkömmlichen Ansichten über Autobiographie nur wenig ähnelt. Indem er sich aus dem Zentrum der autobiographischen Befragung zurückzieht und sich statt dessen intensiv und voll Mitgefühl an der Erfahrung der anderen beteiligt, ist Fred Wander in der Lage, sich selbst in seinen eigenen Text hineinzuschreiben. Selbst wenn es nur darum geht, ein Stück Wahrheit über sich selbst preiszugeben, nämlich das, was das Überleben mit ihm getan hat, dann hat er sein Werk in eine Autobiographie verwandelt. ■

Freikorps und Nationalsozialismus

Dr. Bernhard Sauer

Nach dem Ersten Weltkrieg gab es ca. 250.000 bis 400.000 Freikorpsangehörige. Sie waren das Relikt der alten kaiserlichen Armee. Häufig trugen die Freikorps die Namen ihrer Gründer und Führer. Zu nennen wären hier vor allem die Freikorps Roßbach, Ehrhardt (Marinebrigade II), Loewenfeld (Marinebrigade III), Heydebreck, Aulock, Brandis, Pfeffer, Faupel, Lützow und Kühme. Freikorps trugen den entscheidenden Anteil bei der Niederschlagung der Arbeiter- und Soldatenunruhen während des »deutschen Bürgerkrieges« unmittelbar nach Beendigung des Ersten Weltkrieges. Aber auch später sollten sie die Geschicke der Weimarer Republik maßgeblich mit bestimmen. Viele von ihnen schlossen sich schließlich rechtsgerichteten Verbänden an und wurden Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen. Dort stellten ehemalige Freikorpsangehörige vor allem die Kader der SA, die in der Machtergreifungsphase der NSDAP eine entscheidende Rolle spielte. Dies wird besonders am Beispiel der Berliner SA deutlich, die sehr bald zum Vorbild für die gesamte nationalsozialistische Bewegung wurde und besonders gewaltbereit und militant war. Sie wurde ausnahmslos von ehemaligen Freikorpsleuten geführt.

Im Februar 1919 wurde in Wilhelmshaven als Reaktion auf die dortigen Unruhen die nach Kapitän Hermann Ehrhardt benannte II. Marinebrigade gegründet, etwa um die gleiche Zeit bildete sich in Kiel die von dem Korvettenkapitän Wilfried v. Loewenfeld geführte III. Marinebrigade. Die Ehrhardt-Brigade wurde später bei der Bekämpfung kommunistischer Unruhen in Mitteldeutschland eingesetzt und war an der Niederschlagung der Münchener Räterepublik beteiligt, bevor sie wie auch das Freikorps Loewenfeld im August 1919 anlässlich des ersten Polenaufstandes nach Oberschlesien verlegt wurde, wo sie eine personelle Verstärkung erhielt. Teile der aus dem Baltikum abgezogenen Freikorps von Petersdorff wurden in die Ehrhardt-Brigade aufgenommen. Heinz v. Petersdorff hatte im Baltikum die Maschinengewehr-Scharfschützenabteilung innerhalb der »Eisernen Division« geführt, 1931 wurde er kurzfristig SA-Führer in Berlin. Andere baltische Formationen kamen zum Freikorps v. Loewenfeld, zu ihnen gehörte der Leutnant Leo Schlageter, der im Baltikum dem Freikorps v. Medem angehörte und später Mitbegründer der Berliner NSDAP war.

Reichsweit bekannt wurde die Ehrhardt-Brigade, als sie in der Nacht vom 12. auf den 13. März 1920 auf Berlin zumarschierte und damit den Kapp-Putsch auslöste. Als Adolf Hitler von dieser Erhebung erfuhr, war er zusammen mit seinem Mentor Dietrich Eckart nach Berlin geeilt, um – wie es in einer späteren nationalsozialistischen Darstellung hieß – »in die Ereignisse einzugreifen«.[1] Aufgrund der Unruhen musste jedoch das Flugzeug schon bei Jüterbog landen, wo streikende Arbeiter ihn an der Weiterfahrt hinderten. Als Hitler in Berlin eintraf, war der Kapp-Putsch bereits beendet. Doch auch später hat Hitler den Kontakt zu Kapitän Ehrhardt gesucht. Aufgrund eines Abkommens vom August 1921 zwischen Adolf Hitler und Kapitän Ehrhardt wurde am 4. November 1921 in München die Sturmabteilung (SA) gegründet. Nach der Vereinbarung zwischen Hitler und Ehrhardt sollten Ehrhardt-Offiziere die Sturmabteilung der NSDAP militärisch organisieren und schulen. Die SA besaß von Anfang an einen Doppelcharakter; sie sollte als Parteitruppe den Schutz von Versammlungen übernehmen, zugleich war sie nach dem Vorbild der paramilitärischen Wehrverbände organisiert, von der man sich einen über den Parteischutz weit hinausgehenden Einsatz für die Zukunft erwartete. Der erste SA-Führer, Marineleutnant a.D. Hans-Ulrich Klintzsch, wurde Hitler von Ehrhardt zur Verfügung gestellt.



[1] Kapitän Hermann Erhardt war Führer der Marine-Brigade Erhardt, die den Kapp Putsch 1920 auslöste.

Freikorps im Baltikum

Im Jahre 1919 hatte der Feldzug der ca. 40.000 deutschen Freikorpsangehörigen im Baltikum für einiges Aufsehen gesorgt. Der Kampf der Freikorps an der Seite der Baltischen Landeswehr richtete sich zunächst gegen die ins Baltikum vorgerückten sowjetischen Bolschewisten, nach deren Rückzug aber ausschließlich gegen Letten und Esten. Er wurde mit einer beispiellosen Grausamkeit geführt. Ein Angehöriger der Sturmabteilung Roßbach erinnerte sich: »Die Kämpfe im Baltikum waren von einer Wildheit und Verbissenheit, wie ich sie weder vorher im Weltkrieg noch nachher in all den Freikorpskämpfen erlebt habe. Eine eigentliche Front gab es kaum, der Feind war überall. Und wo es →

→ zum Zusammenstoß kam, wurde es eine Metzelei bis zur restlosen Vernichtung (...) Unzählige Male sah ich die grauenhaften Bilder mit den ausgebrannten Hütten und den verkohlten oder angeschmorten Leichen von Frauen und Kindern. Als ich dies zum ersten Mal sah, war ich wie versteinert. Ich glaubte damals, dass es eine Steigerung menschlichen Vernichtungswahns nicht mehr geben kann.«[2] Der Mann, der dies schrieb, war später selber ein trauriges Beispiel dafür, dass es noch eine Steigerung gab. Er hieß Rudolf Höß und sollte später der Kommandant von Auschwitz werden. Die Baltikums-Kommandeure sahen ihre Aufgabe keineswegs in einem begrenzten Einsatz im Baltikum, sondern entwickelten bald weiter gesteckte strategische Ziele: Mit einer ausreichenden Streitmacht, die im Baltikum aus ehemaligen Angehörigen der kaiserlichen Armee gesammelt werden sollte, wollten sie zu gegebenem Zeitpunkt in Berlin einmarschieren, die dortige Regierung stürzen, um mit einer »Regierung des nationalen Widerstandes« die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges doch noch revidieren zu können. Der Reichsregierung wurde das Treiben der Freikorps zunehmend suspekter. Unter dem Druck zahlreicher alliierter Noten forderte sie schließlich die unverzügliche Räumung des Baltikums von deutschen Truppen. Die unter der Führung von Major Bischoff stehenden Truppen meuterten jedoch, verweigerten den Gehorsam und traten schließlich in die weißrussische Armee des Obersten Bermondt über. Die letzten Verzweiflungskämpfe der deutschen Freikorps unter russischer Flagge gegen die Letten und Esten waren äußerst blutig und verlustreich. Für ihre katastrophale Niederlage machten die Baltikums-Freikorps die Reichsregierung verantwortlich, die den kämpfenden Truppen in den Rücken gefallen sei. »Baltikumer« wurden die erbittertsten Gegner der Weimarer Republik.

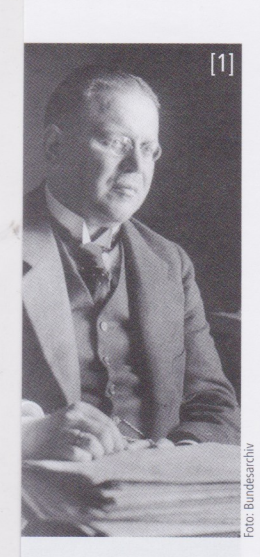


Foto: Bundesarchiv

[1] Matthias Erzberger wurde 1921 Opfer eines Attentats der früheren Marineoffiziere Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen.

Der Kapp-Putsch

Die erste Gelegenheit, den gegen die Republik gerichteten Hass in die Tat umzusetzen, bot der Kapp-Putsch. Ein Teil der demobilisierten Baltikumkrieger wurde in die Ehrhardt-Brigade aufgenommen. Dies erklärt, warum in dem Aufruf zum Generalstreik vom 13. März gegen den Kapp-Putsch von den »Baltikumverbrechern« die Rede ist, die den Kapp-Putsch angezettelt hätten.

In Berlin und Umgebung unterstützten vor allem die Freikorps Roßbach und Pfeffer den Kapp-Putsch. Aber auch eine Einrichtung, die ursprünglich zum Schutz der Regierung geschaffen wurde, unterstützte den Staatsstreich: die 8. Hundertschaft zur besonderen Verwendung (z.b.V.) unter Leitung von Walther Stennes. Die 8. Hundertschaft z.b.V. war im Rahmen der Berliner Sicherheitspolizei mit der speziellen Aufgabe gegründet worden, bei Aufruhr und Unruhen das Regierungsviertel zu bewachen und die Regierung zu schützen. Als jedoch die Ehrhardt-Brigade in Berlin einmarschierte, war die Hundertschaft gleich als Erste nahezu geschlossen zu den Putschisten übergelaufen.

In Schlesien hatten vor allem die Freikorps Aulock, Faupel und die III. Marine-brigade v. Loewenfeld den Kapp-Putsch getragen. Die Freikorps Aulock und v. Loewenfeld besetzten die Stadt Breslau, nahmen zahlreiche missliebige Bürger fest, die in den Kellergewölben des Generalkommandos systematisch gefoltert wurden, in sieben Fällen mit Todesfolge. Besonderes Aufsehen erregte der Mord an dem sozialdemokratischen Redakteur Bernhard Schottländer. Schottländer, von dem allgemein gesagt wurde, dass es sich um einen sehr feinsinnigen und gebildeten Mann gehandelt haben soll, wurde ebenfalls im Generalkommando schwer misshandelt. Die Leiche wurde schließlich furchtbar zugerichtet aus der Oder geborgen. Haftbefehle wurden u.a. gegen Oberleutnant Hubertus v. Aulock und Leutnant Hellmuth v. Pannwitz erlassen. Das Verfahren gegen v. Aulock wurde später eingestellt, v. Pannwitz hatte sich rechtzeitig nach Polen abgesetzt. Wie Stennes wurde er einer der Führer der »Schwarzen Reichswehr« und später SA-Führer in Schlesien. Von Aulock schloss sich ebenfalls der NSDAP an und leitete u.a. die NS-Motorbrigade Groß-Berlin.

Von der Ehrhardt-Brigade zur Organisation Consul

Nach dem Scheitern des Kapp-Putsches kam die Ehrhardt-Brigade ins Munsterlager, wo sie aufgelöst werden sollte. Ehrhardt und seinen Leuten gelang es jedoch, die Brigade umzuformen: Aus der Ehrhardt-Brigade entstand die »Organisation Consul« (O.C.). Die O.C. war eine Geheimorganisation mit Gehorsam- und Schweigepflicht. § 11 der Satzung besagte ausdrücklich: »Verräter verfallen der Feme.« Als weit verzweigter Wehrverband entstand die O.C. 1921 anlässlich des 3. Polenaufstands in Oberschlesien, doch sollte die O.C. später vor allem innenpolitisch in Erscheinung treten. Auch andere Freikorps, von denen es hieß, sie seien längst aufgelöst, waren plötzlich wieder zur Stelle und bildeten in Oberschlesien geschlossene Kampfverbände. Zu nennen sind insbesondere die Freikorps Oberland, Roßbach, Pfeffer, Heydebreck und Heinz. »Auf nach Oberschlesien« hieß damals die Parole unter den Freikorpsangehörigen. Sie unterstellten sich zwar formell dem Oberbefehl des Selbstschutzes-Oberschlesien (SSOS), verfolgten aber im Verlauf der dramatischen Kämpfe – ähnlich wie im Baltikum – zunehmend ihre eigenen Ziele. Ziel war letztlich die Beseitigung der »Juden«-Regierung in Deutschland selbst.

Während der Kämpfe in Oberschlesien wurden von Freikorpsangehörigen zahlreiche Fememorde verübt. Im Gegensatz zum politischen Mord am Gegner, richtete sich der Fememord gegen die Mitglieder aus den eigenen Reihen, gegen diejenigen, die in den Verdacht des »Verrats« an den eigenen Zielen geraten waren. In Oberschlesien wurden Hunderte – nach einzelnen Unterlagen sogar Tausende – unter dem Verdacht, »mit den Polen gemeinsame Sache zu machen«, liquidiert.

Unter dem Deckmantel der »Vaterlandsverteidigung« wurden zahlreiche »persönliche Rechnungen beglichen« und gewöhnliche Verbrechen begangen. In einen Fememord war der spätere Oberste SA-Führer Franz Pfeffer v. Salomon verwickelt.

Nach Oberschlesien waren auch zahlreiche Agitatoren des antisemitischen Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes (DVSTB) gereist. Der DVSTB war eine Schöpfung des Alldeutschen Verbandes und mit ca. 200.000 Mitgliedern die größte antisemitische Massenorganisation in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg. Die antisemitischen Agitatoren suchten die Freikorpsangehörigen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Folge war, dass der Antisemitismus sich in Oberschlesien außerordentlich schnell verbreitete, viele Freikorpsangehörigen gewannen erst in Oberschlesien eine gezielt antisemitische Einstellung.

Unmittelbar nach den Kämpfen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten erschütterte eine Serie von Attentaten auf Regierungsmitglieder die Republik. Diese Anschläge trugen einen deutlichen antisemitischen Charakter. Der tödliche Anschlag auf den früheren Reichsfinanzminister Matthias Erzberger am 26. August 1921 bei Bad Griesbach im Schwarzwald leitete diese Serie ein. Am 4. Juni 1922 entging der frühere Reichskanzler und damalige Oberbürgermeister von Kassel, Philipp Scheidemann, nur knapp einem Blausäure-Attentat, und kurz darauf, am 24. Juni 1922, wurde der damalige Außenminister, Walther Rathenau, das Opfer eines Mordanschlages. Dies waren nur die spektakulärsten Anschläge. Die Täter kamen alle aus dem Umfeld der O.C. und des DVSTB. Die beiden Erzberger-Mörder Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen hatten als Mitglieder der Ehrhardt-Brigade den Kapp-Putsch mitgemacht und sich später der NSDAP angeschlossen; Schulz war vorübergehend als Adjutant bei Heinrich Himmler untergebracht, Tillessen wurde ehrenhalber zum SA-Sturmführer ernannt. Die Scheidemann-Attentäter Hans Hustert und Karl Oehlschläger kamen ebenfalls aus dem Kreis der O.C. Oehlschläger war bereits in der Ehrhardt-Brigade Mitglied der Sturmkompanie v. Killinger, Hustert schloss sich später der NSDAP an und gehörte zur SA-Führung in Berlin um Walther Stennes.

Vergleichsweise groß war der Kreis derjenigen, die an der Ermordung Walther Rathenaus beteiligt waren. Die beiden Haupttäter, Erwin Kern und Hermann Fischer, fanden nach einer abenteuerlichen Flucht auf der Burg Saaleck den Tod – Kern traf eine Polizeikugel, Fischer richtete sich selbst. Im Berliner Organ der NSDAP »Der Angriff« wurde daraufhin 1928 eine sechsteilige Serie veröffentlicht, mit dem Ziel, »die deutschen Soldaten Kern und Fischer, so zu zeigen, wie sie wirklich waren«. Am Ende der Serie wurde betont, dass neben einer Berliner SA-Abordnung auch die Schriftleitung und der Verlag des »Angriffs« eine Kranzdeputation zu dem Grabe Kerns und Fischers nach Saaleck entsandt habe. »Wir fühlten uns zu dieser Ehrenpflicht berufen, weil wir der Überzeugung sind, dass eine spätere Nachwelt die ›Rathenaumörder‹ gerechter beurteilen wird, als es die von undeutschen Führern verblendeten Zeitgenossen taten. In diesem Sinne zu wirken, war der Zweck dieser Veröffentlichung.«[3] Gegen dreizehn Personen fand zwischen dem 3. und dem 14. Oktober 1922 der Prozess vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig statt. Verurteilt wurden u.a. die Brüder Ernst Werner und Hans Gerd Techow, Ernst v. Salomon, Karl Tillessen und Hartmut Plaas. Karl Tillessen, der Bruder des Erzberger-Mörders Heinrich, hatte sich bereits als Mitglied der Ehrhardt-Brigade am Kapp-Putsch beteiligt, danach wurde er führendes Mitglied der O.C. Er trat der NSDAP bei und wurde Mitglied der SS. Zu den Führungsleuten der O.C. gehörte auch Hartmut Plaas. Nach eigenen Angaben trat er bereits 1921 der NSDAP bei, später wurde er Sturmhauptführer der SS. Er beteiligte sich an der Verschwörung des 20. Juli 1944 und wurde in Ravensbrück erschossen. Ernst v. Salomon schloss sich ebenfalls der NSDAP an, Ernst Werner Techow gehörte später wie Hans Hustert zur Berliner SA-Führung um Walther Stennes.

Freikorps und die frühe NS-Bewegung

Wegen Beteiligung am Rathenau-Mord saß auch der Freikorpsführer Heinz Oskar Hauenstein in Untersuchungshaft. Gleich nach seiner Entlassung aus dem Polizeigefängnis Alexanderplatz schickte er folgenden Brief an seine alten Kameraden: »An alle ehemaligen Angehörigen des Selbstschutz-Sturmregiments Heinz! Ich habe mich entschlossen, gemeinsam mit dem Führer der ehemaligen Freiwilligen-Sturmabteilung Roßbach, Herrn Oberleutnant Roßbach, die nationalsozialistische Bewegung in Norddeutschland aufzuziehen. [...] Ich erwarte, dass sich jeder daran beteiligt. Heinz.« Im August 1922 fuhren Roßbach und Hauenstein nach München, um mit Adolf Hitler ihre Absicht zu erörtern, Stützpunkte für die NSDAP in Norddeutschland aufzubauen. Im Anschluss daran wurden in Norddeutschland zahlreiche Ortsgruppen der NSDAP gegründet, wobei es Roßbach zumeist selbst war, der von Ort zu Ort reiste und die Gründungsversammlungen abhielt.

In Berlin war die Gründung einer NSDAP-Ortsgruppe für den 19. November 1922 vorgesehen. Da jedoch die NSDAP aufgrund des Republikschutzgesetzes, welches nach dem Rathenau-Mord erlassen wurde, verboten war, wurde kurzerhand unter Roßbachs Leitung die Großdeutsche Arbeiterpartei (GAP) ins Leben gerufen. Zu den 194 Personen, die den Gründungsaufruf unterzeichneten, gehörten auch Heinz Oskar Hauenstein und Leo Schlageter. Der GAP war jedoch keine lange Lebensdauer beschieden. Am 10. Januar 1923 verbot der preußische Innenminister Carl Severing die Partei als reine Tarnorganisation der NSDAP. Die GAP trat daraufhin als geschlossener Block der Deutschvölkischen Freiheitspartei (DvFP) bei, die sich am 16. Dezember 1922 in

➔

→ Berlin als Abspaltung des radikalen völkischen Flügels der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) konstituiert hatte. Roßbach war in der Parteileitung tätig und organisierte vor allem die völkischen Turnerschaften, die militärisch ausgebildet und organisiert waren. Solche Turnerschaften existierten in allen Berliner Bezirken, besondere Bekanntheit erreichte jedoch die »Turnerschaft Ulrich von Hutten« im Bezirk Berlin-Charlottenburg. Aus ihr ging im Wesentlichen später der Charlottenburger SA-Sturm 33 hervor, der wegen seines gewalttätigen Auftretens auch »Mördersturm 33« genannt wurde. Eine Reihe bekannter SA-Führer hatten in der »Turnerschaft Ulrich von Hutten« ihre politische Laufbahn begonnen. Zu ihnen gehörten der am 1. September 1904 in Berlin-Wilmersdorf geborene Karl Ernst, der dann später Stabsleiter der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg wurde, sowie der spätere Charlottenburger SA-Führer Friedrich Eugen Hahn.


[1] Foto: Bundesarchiv

[1] Das Freikorps Rosbach während des Kapp Putsch 1920 in Berlin.

Doch auch die DvFP operierte nicht lange legal. Am 23. März 1923 verbot Severing sie als versteckten Ableger der NSDAP für Preußen.

Mit dem Verbot der DvFP wurden auch die völkischen Turnerschaften aufgelöst, eine Reihe ihrer Mitglieder schlossen sich der »Schwarzen Reichswehr« an, so z.B. Friedrich Eugen Hahn. Die »Schwarze Reichswehr« hatte sich parallel zur DvFP in der Region Berlin-Brandenburg konstituiert. Unter den Fittichen der legalen Reichswehr war es gelungen, aus ehemaligen Freikorpsangehörigen eine schlagkräftige Armee aufzubauen. Die »Schwarze Reichswehr« rekrutierte sich vor allem aus den Freikorps, die zuvor im Baltikum gekämpft hatten, sowie den beiden größten Freikorps in Norddeutschland: dem Freikorps Roßbach und der Marinebrigade Ehrhardt und deren Nachfolgeorganisation, der Organisation Consul. Ihre wichtigsten Führer waren Major a. D. Bruno Ernst Buchrucker, Oberleutnant a. D. Paul Schulz und Polizeihauptmann a. D. Walther Stennes. Das Ziel der »Schwarzen Reichswehr« war der Sturz der Reichsregierung und die Errichtung einer rechten Militärdiktatur. Nach dem Vorbild der italienischen Faschisten wollte sie mit einem »Marsch auf Berlin« die Hauptstadt besetzen und die Regierung beseitigen. Bekannt geworden ist die »Schwarze Reichswehr« durch zahlreiche in ihren Reihen begangene Fememorde und durch den Küstriner Putsch, der jedoch lediglich ein Nachspiel des geplanten Staatsstreichs war. Nach dem gescheiterten Küstriner Putsch wurde die »Schwarze Reichswehr« aufgelöst.

»Frontbann« und SA

Am 15. Oktober 1923 wurde Roßbach wegen mangelnden Fluchtverdachts aus der Haft entlassen. Als er jedoch auf Anordnung der sächsischen Regierung und des Reichswehrministers erneut verhaftet werden sollte, war er bereits im Schlafwagen nach München entkommen. Am 18. Oktober fand im Löwenbräukeller zu Ehren von Roßbach eine Veranstaltung statt, zu der als Ehrengäste Adolf Hitler und Hermann Göring erschienen waren. Auf dieser Veranstaltung machte sich Roßbach über die Dummheit der deutschen Behörden lustig. Mit den gegen ihn erlassenen Haftbefehlen könne er bereits sein Wohnzimmer tapezieren, doch seien die Behörden nicht in der Lage, die von ihm geschaffenen Organisationen so schnell zu verbieten, wie er in der Lage sei, neue ins Leben zu rufen.

Roßbach beteiligte sich am Hitler-Putsch, anschließend floh er zusammen mit Hermann Göring mit gefälschtem Pass über die Grenze nach Salzburg. NSDAP, SA und Kampfbund waren nach dem gescheiterten Hitler-Putsch verboten, viele Führer der NSDAP verhaftet. Am 1. April 1924 wurde Ernst Röhm auf Bewährungsfrist aus der Haft entlassen. Er machte sich sofort daran, sein altes Ziel, eine umfassende Wehrorganisation aller völkischen, mit dem Nationalsozialismus sympathisierenden Kräfte zu schaffen, und hatte zu diesem Zweck in Halle Besprechungen mit dem dortigen »Stahlhelm«-Führer Wolf Heinrich Graf von Helldorf und mit Hauptmann Peter von Heydebreck, als Vertreter der Kampfverbände Norddeutschlands. Im Ergebnis der Unterredungen entstand der »Frontbann«. Dem Oberkommando in München unter Hauptmann Röhm unterstanden vier Gruppenkommandos: Nord, Süd, Ost und West. Für Berlin und den größten Teil Preußens war das Gruppenkommando Nord zuständig, welches von dem Hauptmann von Heydebreck geleitet wurde. In Berlin besaß die Organisation in verschiedenen Stadtteilbezirken Gruppen mit einer Stärke von jeweils etwa 30 bis 40 Mann, wobei die Charlottenburger »Turnerschaft Ulrich von Hutten« und die »Schlageter-Kompagnie« vom Alexanderplatz den Grundstock des Berliner »Frontbanns« bildeten.

Ende Oktober 1925 wurde in Berlin-Brandenburg der »Frontbann« aufgelöst und die gesamte Führungsriege in Untersuchungshaft genommen. Der Vorwurf: Geheimbündelei und Bildung militärischer Verbände sowie widernatürliche Unzucht mit Abhängigen.

Das Verfahren wurde schließlich eingestellt, dennoch war damit das Ende des »Frontbann« besiegelt. Am 22. März 1926 gründeten daraufhin Kurt Daluege und Waldemar Geyer aus dem »Frontbann« die Berliner SA. Innerhalb der am 17. Februar 1925 in Berlin neu gegründeten NSDAP, die seit dem 14. März 1925 von Regierungsrat Dr. Ernst Schlange geführt wurde, dominierten alsbald die ehemaligen Frontbann-Führer, die zumeist den verschiedenen Roßbach-Organisationen entstammten und nach wie vor den Freikorps- und Wehrverbandsgedanken vertraten. Diese Haltung stand im Widerspruch zu dem legalistischen Kurs, den Hitler nach dem gescheiterten Putsch vom 9. November verfocht und den in Berlin der Gauführer Schlange und die Gebrüder Otto und Gregor Straßer vertraten. Es kam zu handfesten Auseinandersetzungen und persönlichen Intrigen zwischen den beiden Parteiflügeln, bis sich schließlich Schlange, von den innerparteilichen Auseinandersetzungen völlig

zermürbt, wegen Krankheit vom Parteivorsitz beurlauben ließ. Einen Ausweg aus der verfahrenen Situation suchte Hitler zu finden, indem er Dr. Joseph Goebbels zum neuen Berliner Gauführer ernannte, der am 1. November 1926 sein Amt antrat.. Als seinen Stellvertreter bestimmte Goebbels den Berliner SA-Führer Kurt Daluege, der bereits im Freikorps Roßbach Abteilungskommandant einer Einheit war. Die Verbindung Goebbels-Daluege war dabei durchaus Programm. Goebbels forderte einerseits die strikte Einbindung und Unterordnung der SA, zugleich kam sein Politikstil den aktivistischen Tendenzen innerhalb der Frontbann-SA entgegen. Nach dem Motto »Hauptsache man spricht von uns« wurde in der Folgezeit die Gewalt bewusst als Teil des politischen Kampfes eingesetzt, wobei es vor allem Daluege war, der die Goebbelsche Politik der Konfrontation in die Tat umsetzte.

SA-Revolten

Zum Obersten SA-Führer im Bereich Ost wurde jedoch nicht Daluege, sondern der Oberleutnant a. D. Walther Stennes im Frühjahr 1927 von Hitler ernannt. Unter seiner Führung entwickelte sich die SA östlich der Elbe zu einer der stärksten Formationen. Ende 1928 trat Kurt Daluege von seinem Posten als Berliner SA-Führer zurück, ab 1929 leitete er die Berliner SS. Nachfolger von Daluege wurde der Stennes-Mann Walter Jahn. Zwischen der SA-Führung um Walther Stennes und der Parteiführung in München um Adolf Hitler kam es alsbald zu Differenzen. Offen kritisierte Stennes die Münchener Bonzen, zu denen er auch Hitler zählte. Neben Fragen der finanziellen Ausstattung der SA ging es aber vor allem auch um zwei unterschiedliche Positionen, wie die Macht im Staate errungen werden kann. Während sich Hitler auf den Legalitätskurs festgelegt hatte, wandte sich Stennes immer unverhohlener gegen die »Verweichlichung« und »Verbürgerlichung« der Partei und das »erbärmliche Legalitätsgeschwätz«. Es kam in Berlin zu offenen SA-Revolten. Hitler entschloss sich, seinen alten Kampfgefährten und Duzfreund Ernst Röhm nach Deutschland zurückzuholen und ihm das Amt des Stabschef der SA anzutragen. Oberster SA-Führer war nun Hitler selber. Röhm hatte 1925 Deutschland verlassen und eine Stellung als Instruktionsoffizier in der bolivianischen Armee übernommen. Hitler wusste, dass Röhm wegen seiner Homosexualität bei vielen einfachen SA-Männern umstritten war, aber er traute allein ihm zu, das Millionenheer der SA zu disziplinieren und zu führen.

Hitler berief den ehemaligen Führer der »Schwarzen Reichswehr«, Oberleutnant a. D. Paul Schulz, kommissarisch zum neuen Obersten SA-Führer Ost mit der speziellen Aufgabe, die Stennes-Revolte niederzuschlagen. Die Auseinandersetzung zwischen der neuen kommissarischen SA-Führung um Paul Schulz und der alten um Walther Stennes wurden mit aller Härte geführt. Wiederholt kam es zu schweren Schlägereien zwischen den beiden Gruppierungen. Mit Schulz und Stennes standen sich zwei ehemalige Führer der »Schwarzen Reichswehr« gegenüber. Die von Stennes erhoffte große Parteirevolte blieb jedoch aus. Ergebenheitsadressen aus vielen Gauen trafen in München ein, abtrünnige SA-Leute kehrten zur Partei zurück. Schon Mitte April konnte Schulz dem Gauleiter Goebbels im Sportpalast vor 4.000 zum »Generalappell« Angetretenen eine »gesäuberte« und neu formierte hitlertreue Sturmabteilung melden. Etwa 500 Stennes-Anhänger wurden ausgeschlossen. Zu ihnen gehörte der ehemalige Ehrhardt-Adjutant Leutnant a. D. Herbert Jantzon, der ehemalige Berliner SA-Führer Walter Jahn, der ehemalige Frontbann- und SA-Führer Ernst Wetzel, der ehemalige SA-Oberführer der Provinz Brandenburg, Josef Veltjens, sowie der am Rathenau-Mord beteiligte Ernst Werner Techow und der Scheidemann-Attentäter Hans Hustert. Im Juli 1931 wurde schließlich die SA-Führung neu besetzt. Edmund Heines übernahm die SA-Führung im Gau Schlesien, sein Stabschef wurde Hans Hayn. Stabsleiter der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg wurde Karl Ernst. Führer des SA-Gausturms Berlin war schon Ende Mai der aus dem Baltikum bekannte Hauptmann a.D. Heinz von Petersdorff geworden.

Die »Gleichschaltung« der SA

Am 30. Juni 1934 rollte reichsweit eine Aktion ab – in Berlin unter dem Kommando von Göring –, der zahlreiche SA-Führer, aber auch andere Gegner zum Opfer fielen. In der verlogenen Propaganda der Nationalsozialisten wurde diese Aktion als Niederschlagung des »Röhm-Putsches« bezeichnet, in Wirklichkeit bedeutete sie die Ausschaltung von innerparteilichen Gegnern. Am 30. Juni wurden Ernst Röhm und andere SA-Führer in Bad Wiessee, wo sie sich in der Pension Hanselbauer einquartiert hatten, überraschend von Hitler, Viktor Lutze und der SS-Leibstandarte »Adolf Hitler« aus den Betten geholt. Nachdem Röhm sich geweigert hatte, Selbstmord zu begehen, wurde er erschossen, ebenso Heines und andere SA-Führer. Karl Ernst wurde in der ehemaligen Hauptkadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde erschossen. Auch der Stettiner SA-Führer Peter von Heydebreck sowie der Stabschef der schlesischen SA, Hans Hayn, wurden exekutiert. An der Niederschlagung der sog. Röhm-Revolte in Schlesien, der viele seiner ehemaligen Kameraden zum Opfer fielen, war auch der frühere Führer der »Schwarzen Reichswehr« Hellmuth v. Pannwitz beteiligt.

Nach der Niederschlagung des sogenannten Röhm-Putsches war die SA »gleichgeschaltet«, sie spielte politisch und militärisch keine Rolle mehr. Die SA, die maßgeblich an der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten beteiligt wird, hatte nun ausgedient. Damit war aber auch die Geschichte der Freikorps endgültig beendet. Der Weg der deutschen Freikorps war abenteuerlich, voller Gewalt. Sie waren nicht die Vorläufer des Nationalsozialismus, aber ihre Geschichte ist eng mit dem Aufstieg und Niedergang des Nationalsozialismus verwoben. ■

www.Bernhard-Sauer-Historiker.de

1| Vgl. Julek Karl von Engelbrechten/Karl Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937, S. 31.
2| Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen von Rudolf Höß. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 5, Stuttgart 1958, S. 34 f.
3| Der Angriff, Nr. 49 vom 3.12.1928.

Der Bericht der Dresdner Historikerkommission

Der Bericht der »Dresdner Historikerkommission« beendet die Spekulationen um die Zahl der Toten durch die alliierten Luftangriffe am 13./14. Februar 1945 und räumt in zentralen Punkten mit dem »Opfermythos Dresden« auf. Die Stadt hatte die Kommission 2004 mit der Klärung der Frage beauftragt, wie viele Menschen durch die Luftangriffe auf Dresden ums Leben gekommen waren. Damit reagierten die Stadtoberen auf die öffentliche Debatte, die wegen Jörg Friedrichs »Der Brand« und des bevorstehenden 60. Jahrestags der Luftangriffe besonders engagiert geführt wurde. Es kursierten Zahlen von 35.000 bis 500.000 Toten. Die meisten Historiker gingen damals von ca. 35.000 Toten aus. Mit dieser zurückhaltenden Schätzung konnten sie sich aber nicht in der Öffentlichkeit durchsetzen. Die Diskussion erreichte ihren Höhepunkt 2005 als der NPD-Abgeordnete Jürgen W. Gansel die Luftangriffe als »Bombenholocaust« bezeichnete und damit für einen Eklat im Sächsischen Landtag sorgte.

Die »Junge Landsmannschaft Ostpreußen« (JLO), die gemeinsam mit der NPD den seit Jahren am 13. Februar stattfindenden Neonaziaufmarsch in Dresden organisiert, spricht auf ihrer Homepage von 250.000 Toten. Der »Trauermarsch« in Dresden ist mittlerweile der größte, regelmäßig stattfindende Neonaziaufmarsch in Europa. Bei kaum einem anderen Thema können sich die Neonazis der Zustimmung oder Duldung eines Teils der Bevölkerung sicherer sein.

Rolf-Dieter Müller, der wissenschaftliche Direktor des Militärgeschichtlichen Forschungsamts in Potsdam, wurde mit der Leitung der Historikerkommission beauftragt. Die Kommission stand also nicht im Verdacht die Zahlen herunter gerechnet zu haben, als das Ergebnis auf dem dieses Jahr passenderweise in Dresden stattfindenden Historikertag vorgestellt wurde. Die Organisatoren hatten offenbar eine Störung durch Neonazis erwartet und deshalb vorab alle »Personen, die rechtsextremen Organisationen angehören oder (...) der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind« von der Veranstaltung ausgeschlossen. Am Eingang wurden die Besucher von Securities kontrolliert. Wer kein registrierter Kongressteilnehmer war, wurde nicht reingelassen. Es gab keinen Zwischenfall.

Die Experten haben »keine Beweise« oder »belastbaren Indizien« dafür gefunden, dass bei den Luftangriffen am 13./14. Februar 1945 wesentlich mehr als 25.000 Menschen ums Leben gekommen sind. Die Kommission konnte 18.000 Tote nachweisen. Dafür wurden erstmals alle relevanten Unterlagen im Hinblick auf die Todeszahlen



ausgewertet. Allein im Dresdner Stadtarchiv wurden 780 Laufmeter Akten herangezogen. Dabei stellte sich heraus, dass Dresdner Zivilverwaltung und Polizei 1945 von ca. 25.000 Toten ausgingen. Die Zahl von 200.000 Toten ist eine Erfindung der NS-Propaganda, die im neutralen Ausland verbreitet wurde. Die Zahl 250.000 wurde wahrscheinlich als erstes von der Wehrmacht in Umlauf gebracht – der Zahl der Zivilverwaltung wurde einfach eine Null angehängt. Rein rechnerisch war es nicht möglich mit den in Dresden abgeworfenen Bomben den Tod von hunderttausenden Menschen zu verursachen. Der Luftkriegsexperte Helmut Schnatz hat ermittelt, dass in Dresden pro Tonne Bomben 8–9 Menschen starben, in Hamburg (wo es 35.000 Tote gegeben hatte) waren es 14,5.

Außerdem widerlegten die Wissenschaftler zahlreiche Annahmen und Behauptungen, mit denen eine sehr



[1] Rolf-Dieter Müller ist Leiter der Historikerkommission

Screenshot von: www.mgfa-potsdam.de



Die Kommission ist 270 Zeitzeugenberichten nachgegangen und hat den Kampfmittelräumdienst damit beauftragt an mehreren Orten nach Spuren von Tieffliegerbeschuss zu suchen. Es wurde nichts gefunden. Die Historikerkommission vermutet daher, dass die Luftkämpfe über Dresden fälschlicherweise für Tieffliegerangriffe gehalten wurden. Es habe in Dresden keinen systematischen Bordwaffenbeschuss durch Tiefflieger gegeben. In der Diskussion um die Bewertung der Luftangriffe wird gern unterschlagen, dass der strategisch wichtige »Festungsbereich Dresden« am 13./14. Februar 1945 von 17.000 Wehrmachtssoldaten gesichert wurde. Es war klar, dass die Kommission mit ihrer Forderung nach einem »ernsthaften und andauerndem Bemühen um die Korrektheit der geschichtlichen Darstellung« bei der NPD kein Gehör finden würde. Jürgen W. Gansel bezeichnete den Bericht in der »Deutschen Stimme« als »Gefälligkeitsgutachten« und hält an der durch die Arbeit der Kommission erwiesenermaßen falschen Zahl von mehreren hunderttausend Toten fest. Dabei beruft er sich auf die von der NS-Propaganda in Umlauf gebrachten Zahlen. Die NPD Sachsen mobilisiert ihre Anhänger wie jedes Jahr zu einem »Trauermarsch« am 13. Februar 2009.

hohe Todeszahl begründet wurde. Es wurde gemutmaßt, dass es im Feuersturm zu einer rückstandslosen Verbrennung von zehntausenden Menschen gekommen sei, deren Tod deshalb nicht festgestellt werden konnte. Die Kommission hat durch Brandgutachten ermittelt, dass die hierfür erforderlichen Bedingungen in den Kellern nicht erreicht wurden. In den Straßen können unter Umständen höhere Temperaturen erreicht worden sein – aber nur an wenigen Orten und zeitlich begrenzt. Aller Wahrscheinlichkeit nach reichte es aber auch dort nicht für eine rückstandslose Verbrennung. Fest steht, dass es selbst in völlig zerstörten Straßen der Innenstadt eine größere Zahl Überlebender gab. Weitverbreitet war auch die Ansicht, dass sich zum Zeitpunkt der Luftangriffe hunderttausende Flüchtlinge in der Stadt aufgehalten hätten. Die JLO nennt auf ihrer Homepage die Zahl von 600.000. Es wurde oft vermutet, dass Flüchtlinge, die durch Bombeneinwirkung ums Leben kamen, nicht als Tote registriert wurden, weil sie in der Stadt nicht gemeldet gewesen seien. Die Kommission hat ermittelt, dass alle Luftkriegstoten von den Behörden gleichermaßen erfasst wurden. Es sei daher »mit Sicherheit« auszuschließen, dass – zusätzlich zu den von der Stadt registrierten Toten – noch »zehntausende Flüchtlinge« ums Leben gekommen seien.

Zeitzeugen haben immer wieder von Tieffliegerangriffen berichtet, bei denen aus Bordwaffen auf die Überlebenden der Bombenangriffe geschossen worden sei. Dadurch seien zusätzlich zu den Bombentoten noch einmal tausende Menschen getötet worden. Die von den Zeitzeugen beschriebenen Szenen haben im Gedächtnis der Stadt eine große Bedeutung und werden auch von der JLO auf ihrer Homepage aufgegriffen. Dort heißt es: »im Tiefflug rasten sie über die Randgebiete der Stadt und mähten alles nieder, was sich noch bewegen konnte. Besonders auf den Elbwiesen (...) wurden Abertausende getötet.«

Fazit

Obwohl die Kommission den »Opfermythos« Dresden in allen zentralen Punkten widerlegt hat, will sie die »weltweiten Bedeutung des Dresdners Geschehens als Geschichtssymbol« nicht in Frage stellen. Deshalb erscheint es unwahrscheinlich, dass der 13./14. Februar 2009 nennenswert anders verlaufen wird, als die Jahre zuvor. Die konservative Zusammensetzung der Kommission und die Einbeziehung von Dresdner Bürgern als ehrenamtliche Helfer dürfte dafür sorgen, dass das Ergebnis von bürgerlicher Seite nicht in Frage gestellt werden wird. ■

Die Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen

Die Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) wächst und gedeiht. Am 1. Dezember 2007 gegründet, gewinnt sie kontinuierlich neue Mitglieder. In Deutschland ist sie vor allem auf dem rechten Flügel des Bundes der Vertriebenen (BdV) stark.

[1] Der EUFV-Präsident Wilhelm von Gottberg

Faksimile aus JF #39, 2004

JUNGE FREIHEIT Nr. 39/04 · 17. September 2004 [1]



Wilhelm von Gottberg ist Präsidiumsmitglied des Bundes der Vertriebenen (BdV) und Vorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), die 2003 an der Gründung der mittler-

Der 8. Oktober 2008 muss ein schöner Tag für Mario Borghezio gewesen sein. Ganz ohne Zwischenfälle verlief die Pressekonferenz der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) im Europaparlament, an der der Abgeordnete von der italienischen Lega Nord teilnahm. Seine letzten Kontakte zur deutschen Rechten waren unangenehm verlaufen. Keine drei Wochen zuvor hatte der Mann, der in Italien verurteilt worden ist, weil er Zelte von Immigrantinnen und Immigranten angezündet hat, auf einer Kundgebung von PRO KÖLN eine Rede halten wollen. Nach nur wenigen Sekunden wurde ihm das Mikrofon abgedreht – Grund: Veranstaltungsverbot. Die »PRO KÖLN«-Pleite hatte auch den eigens angereisten Borghezio erwischt. Nun aber, am 8. Oktober, lief die Sache rund. Die EUFV unter ihrem Präsidenten Wilhelm von Gottberg hatte soeben den baden-württembergischen Landesverband der Sudetendeutschen Landsmannschaft in ihre Reihen aufgenommen und überreichte mehreren Europaabgeordneten, darunter Borghezio, ihre Vorschläge für die »Vertriebenen«-Politik der EU.

Die EUFV hat ihr erstes Jahr recht erfolgreich hinter sich gebracht. Am 1. Dezember 2007 hat sie sich ganz offiziell gegründet, im norditalienischen Trieste, wo die Unione degli Istriani (Union der Istrier) ortsansässig ist. Die Unione degli Istriani gleicht weitgehend den deutschen Umgesiedeltenverbänden: Sie organisiert Personen, die infolge des Zweiten Weltkriegs aus den nördlichen Adriagebieten Sloweniens und Kroatiens (Istrien) umgesiedelt wurden, sowie deren Nachkommen. Wie die deutschen Verbände vertritt sie die Ansicht, die Umsiedlung sei zu Unrecht erfolgt, die Umgesiedelten müssten entschädigt werden. Anfang 2005 hat sie begonnen, ihre Kontakte zum Bund der Vertriebenen (BdV) und den deutschen Landsmannschaften auszubauen. Seit 2006 wirbt ihr Vorsitzender Massimiliano Lacota in Deutschland dafür, einen Dachverband für die Umgesiedelten auf europäischer Ebene zu gründen. Ende 2007 war es nach anstrengenden Vorarbeiten dann schließlich so weit.

Die Ziele der EUFV sind im Grundsatz identisch mit den Zielen, die die deutschen Umgesiedeltenverbände verfolgen. Um die »Wahrung der Rechte« der Umgesiedelten geht es ihr – will sagen: Sie sucht Ansprüche in den Herkunftsgebieten aufrechtzuhalten, vor allem natürlich den Anspruch auf Entschädigung wegen der Umsiedlung. Die EUFV versteigt sich sogar zu der Forderung, eine »Anerkennung des Genozids der betroffenen Völker und Volksgruppen zu erreichen«; dies ist juristisch von Bedeutung, da allein Genozid nicht verjährt. Ihre Forderungen will die Organisation auf EU-Ebene vertreten, weil sie sich davon eher Erfolg verspricht als von nationalen Alleingängen. Zu den Gründungsmitgliedern gehören außer der Unione degli Istriani die Landsmannschaft Ostpreußen, die Landsmannschaft Schlesien, Umgesiedeltenverbände aus Finnland und Zypern sowie österreichische Verbände, darunter das BdV-Pendant Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ). Etwas aus der Reihe fällt eine weitere Mitgliedsorganisation: Der Zentralrat der Armenier in Deutschland.

Die deutsche Position innerhalb der EUFV ist stark. Zwar kommt Generalsekretär Massimiliano Lacota, der die Geschäfte im Alltag führt, von der Unione degli Istriani; dafür amtiert jedoch Wilhelm von Gottberg von der Landsmannschaft Ostpreußen als Präsident der Organisation. Fünf der elf Gründungsmitglieder sind Organisationen aus Deutschland und Österreich, die sich als »Volksdeutsche« begreifen. Theoretisch wären alle 21 Landsmannschaften, die dem BdV ange-

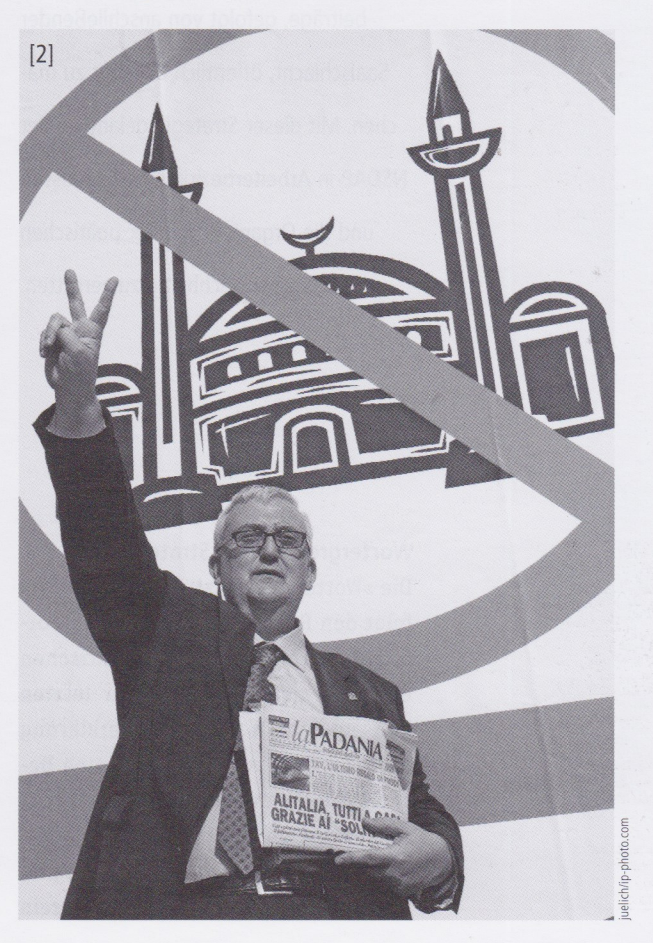


hören, berechtigt, der EUFV beizutreten. »Unsere europäischen Freunde haben akzeptiert, dass die Vertretungen der einzelnen deutschen Vertriebenenlandschaften sowohl aus Deutschland als auch aus Österreich als Mitglieder aufgenommen werden«, berichtet Rudi Pawelka, der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien: »In der Praxis bedeutet dies, dass deutsche Mehrheiten gesichert sind.«

Dass dennoch bislang nur drei BdV-Landsmannschaften der EUFV beigetreten sind – und von der Sudetendeutschen Landsmannschaft sogar nur die baden-württembergische Landesgruppe –, das hat politische Gründe. BdV-Präsidentin Erika Steinbach fährt einen gemäßigten, langfristig orientierten Kurs; man sieht das etwa daran, dass sie ihre Arbeit stark auf das Zentrum gegen Vertreibungen und so auf über Jahre hin angelegte Bewusstseinsveränderungen konzentriert, während der rechte BdV-Flügel um Personen wie Wilhelm von Gottberg und Rudi Pawelka dazu übergegangen ist, auf dem Rechtswege Entschädigung einzufordern. Die EUFV hat in Deutschland auf dem rechten, offensiveren BdV-Flügel Fuß gefasst. Offen trat das zutage, als Ende März 2007 ein großes Vorbereitungstreffen für die EUFV-Gründung stattfand. Dort waren unter anderem der extrem rechte Zentralrat der Vertriebenen Deutschen und Paul Latussek anwesend. Latussek war im Jahr 2001 aus dem BdV-Präsidium ausgeschlossen worden, nachdem gegen ihn ein Strafverfahren wegen Verharmlosung der Shoah eingeleitet worden war.

Von Gestalten wie Latussek und dem Zentralrat hat sich die EUFV inzwischen getrennt. »Die waren nur beim ersten Mal da und dann nicht mehr, weil wir schon wußten, das geht schief«, teilte Wilhelm von Gottberg Anfang 2008 mit: »Da war ich selbst daran beteiligt, daß die nicht mehr kommen.« Der Streit zwischen den beiden BdV-Flügeln hält dennoch bis heute an. In der BdV-Spitze um Erika Steinbach werde »in übler Weise gegen die EUFV polemisiert, um BdV-Verbände offenbar von einem Beitritt abzuhalten«, beschwert sich Rudi Pawelka. In der Tat hat Steinbach im Februar im BdV-Bundesausschuss einen Beschluss durchgesetzt, in dem es wegen der ehemaligen Kooperation der EUFV mit Latussek sowie dem Zentralrat heißt: »In einer solchen Gesellschaft will sich der BdV nicht befinden.« Ein Drittel der Delegierten im Bundesausschuss stimmten diesem Wortlaut allerdings nicht zu. Die Flügelkämpfe halten seitdem an. Weitere deutsche Beitritte zur EUFV sind durchaus möglich.

Die EUFV wächst einstweilen außerhalb Deutschlands. Beigetreten ist ihr inzwischen ein ukrainischer Umgesiedeltenverband, der Weltbund der Ungarn und eine polnische Umgesiedeltenorganisation wollen das demnächst tun. Gute Kontakte bestehen nach Litauen und sogar zur Regierung Zyperns. Und natürlich auch ins Europaparlament, zu Abgeordneten wie Mario Borghezio. Selbstverständlich parteiübergreifend: Zu der EUFV-Pressekonferenz am 8. Oktober, auf der sich Borghezio von dem Debakel in Köln erholte, waren nicht nur weitere Parlamentarier von der rassistischen Lega Nord (Francesco Speroni), sondern auch Abgeordnete der postfaschistischen Alleanza Nazionale (Roberta Angelilli) und der neofaschistischen Fiamma Tricolore (Luca Romagnoli) geladen. »Ich habe nicht die Mittel, um das zu bestätigen oder zu negieren«, hatte Luca Romagnoli vor drei Jahren gesagt, als ein Fernsehreporter ihn zur Existenz von Gaskammern in Auschwitz befragte. Wenig später fügte er hinzu, man könne auch nicht »einfach behaupten, der Faschismus sei das absolute Übel gewesen«. Vor allem der Kontakt zu Romagnoli dürfte der EUFV noch große Freude bereiten. ■



juelich/ip-photo.com

[1] Der Vorsitzende der »Union der Istrier« Massimiliano Lacota.

[2] Der verurteilte Brandstifter und Abgeordnete des Europaparlaments Mario Borghezio am 20. September 2008 in Köln.

Juristische Schützenhilfe für die NPD

Die Tradition, dass Neonazis Veranstaltungen ihrer politischen Gegner besuchen, um diese gewaltsam zu sprengen, orientiert sich an der Politik der SA in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre und zu Beginn der 1930er. Ziel war es, die Treffen kommunistischer, antifaschistischer und demokratischer Gruppen und Vereinigungen zu be- bzw. zu verhindern und sich selbst durch inszenierte Diskussionsbeiträge, gefolgt von anschließender Saalschlacht, öffentlich bekannt zu machen. Mit dieser Strategie gelang es der NSDAP in Arbeiterbezirken Fuß zu fassen und die Organisierung der politischen Gegner nachhaltig zu zerrütten.

Wortergreifung als Strategie

Die »Wortergreifungsstrategie« der NPD folgt den Pfaden der historischen Vorbilder, wenn auch, aus taktischen Gründen, noch nicht bis zur letzten Konsequenz. In einer Presseerklärung der JN vom März 2006 wurde zum Besuch von Veranstaltungen demokratischer Parteien aufgerufen: »In der direkten Konfrontation mit dem Gegner soll dieser nicht mehr in der Lage sein über Nationalisten, sondern nur noch mit ihnen zu diskutieren.«

Bisher konnten antifaschistische Gruppen ein Infiltrieren und Stören ihrer Veranstaltungen durch Neonazis unter Berufung auf den §6 Absatz 1 des Versammlungsgesetzes (»Bestimmte Personen oder Personenkreise können in der Einladung von der Teilnahme an einer Versammlung ausgeschlossen werden«) verhindern.

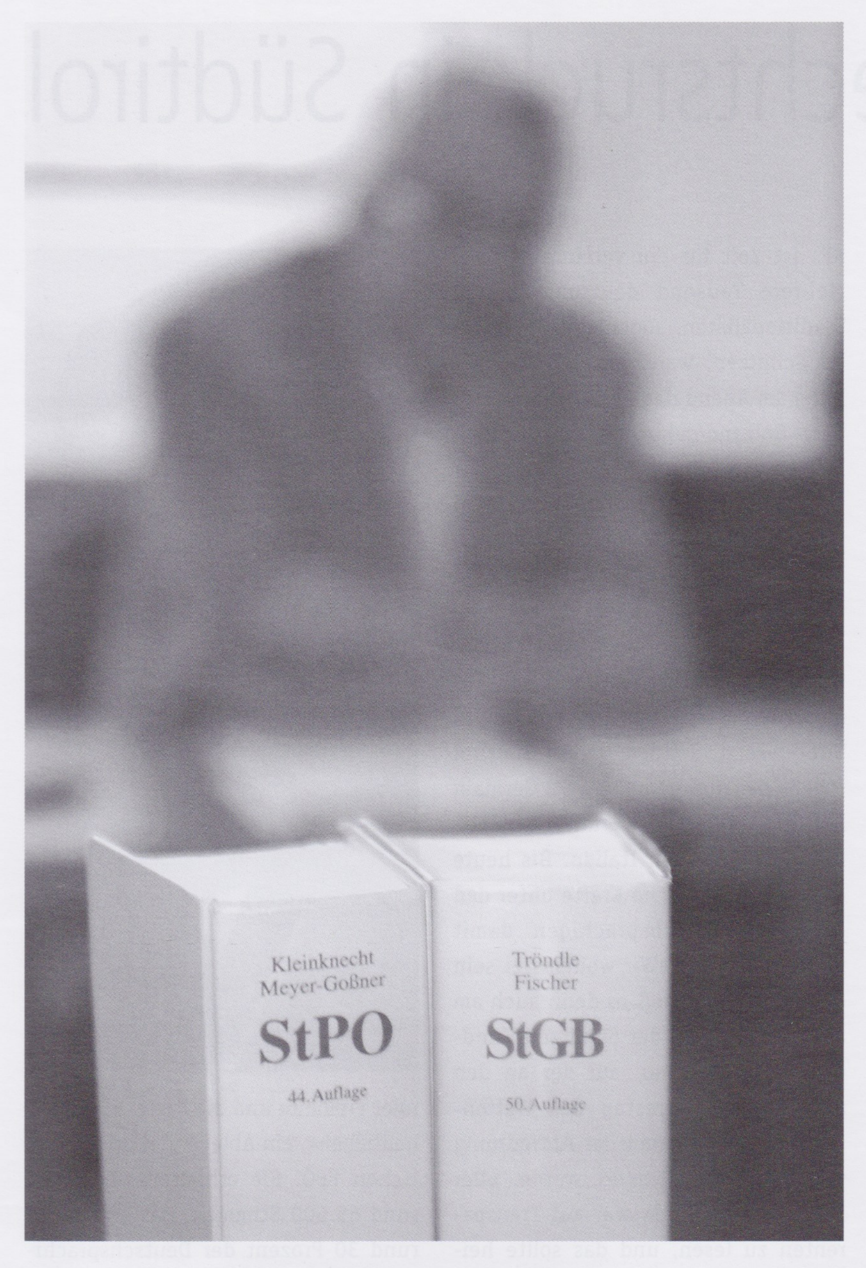
In Ankündigungen auf Flyern, Plakaten oder Homepages, wurde mitgeteilt, dass Personen die »Mitglieder und Anhänger rechtsextremer Parteien und Organisationen wie NPD, DVU, REP und der »Freien Kameradschaften«« sind, auf der Veranstaltung unerwünscht seien. Durch diese Absicherung konnten sich die VeranstalterInnen im Notfall die Polizei als erweiterte Türsteher engagieren; bekannte Neonazis konnten so schon beim Versuch den Raum zu betreten wieder weggeschickt werden. Auf diese Einschränkung in den Veranstaltungs-Einladungen konnten sich linke und antifaschistische VeranstalterInnen bisher immer berufen wenn es darum ging Neonazis des Raumes zu verweisen.

Ein Urteil des Hamburger Verwaltungsgerichts könnte in Zukunft diese bisherige Praxis, die einen friedlichen Verlauf von Anti-Nazi-Veranstaltungen sicherstellte, verhindern, und der »Wortergreifungsstrategie« der NPD zum Erfolg verhelfen. Nur wenige Monate nach der Presseerklärung der JN veranstaltete die DGB-Jugend Hamburg im November 2006 einen Infoabend zum Thema »Strukturen der rechten Szene in Hamburg-Wandsbek«. Wie üblich wurde in der Pressemitteilung und auf den Einladungsflyern mitgeteilt, dass Neonazis auf der Veranstaltung unerwünscht seien. Dies wurde auch auf Plakaten an der Tür des Veranstaltungsraumes kundgetan.

Nichtsdestotrotz, oder gerade deswegen, verlangten 20 Neonazis, unter ihnen der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Dr. Karl-Heinz Göbel, am Abend Einlass. Als ihnen der Zutritt verwehrt wurde, wurden sie handgreiflich, scheiterten an den Ordnern, und kamen schließlich mit der Polizei wieder. Diese forderte den Veranstalter auf, die Neonazis an der Veranstaltung teilnehmen zu lassen, ansonsten müsse sie beendet werden. Nach Ansicht der Polizisten könnten nur jene Personen ausgeschlossen werden, die zuvor bei der Rangelei mitbeteiligt gewesen seien. Allen anderen jedoch sei der Zutritt zu gewähren. Die Veranstaltung musste daraufhin abgebrochen werden.

Nachspiel

Im Juli 2008 folgte das gerichtliche Nachspiel. Die DGB-Jugend wollte die Unrechtmäßigkeit des polizeilichen Handelns feststellen lassen. Doch überraschenderweise stärkten die Richter der NPD den Rücken. Der Grund: Die Neonazis beriefen sich auf die Veranstaltungsankündigungen in mehreren Hamburger Zeitungen, in denen die Zutrittsbeschränkung nicht mitabgedruckt worden war. Dadurch hätten sie das Recht gehabt, an der Veran-



staltung teilnehmen zu können, da öffentlich für diese geworben worden war.

Als sich abzeichnete, dass die Klage der DGB-Jugend keinen Erfolg haben würde, zog der DGB-Landesjugendsekretär diese zurück. Obwohl es also kein Urteil gibt, kommt der Argumentation des Hamburger Verwaltungsgerichts in zukünftigen ähnlichen Fällen enorme Bedeutung zu, da mit dieser Positionierung der Richter Stellung in einem juristischen »absoluten Neuland«, so Richter Roggentin, bezogen wurde.

Nach Ansicht der Richter hätte die DGB-Jugend im Vorfeld alle ihre Pressemitteilungen in den Zeitungen auf ihre Vollständigkeit überprüfen und gegebenenfalls auf den vollständigen Abdruck der Pressemitteilungen bestehen müssen. Da Veranstaltungshinweise der Regel nach am gleichen Tag wie die Veranstaltung gedruckt werden, sind die Vorschläge des Verwaltungsgerichts allerdings völlig unbrauchbar. Eine Richtigstellung der Pressemitteilung würde erst Tage nach der Veranstaltung erscheinen.

Was tun?

Ob das Urteil des Hamburger Verwaltungsgerichts bestand haben wird bzw. inwieweit sich andere Verwaltungsgerichte dieser Rechtsauffassung anschließen werden, muss sich erst noch zeigen.

Bis dahin sollten antifaschistische VeranstalterInnen weiterhin wie bisher in allen ihren Einladungstexten, auf Plakaten und im Internet auf §6 und die unerwünschten Personengruppen verweisen. Wenn Zeitungen angeschrieben werden muss aber in Zukunft stärker darauf geachtet werden, dass auch wirklich der vollständige Einladungstext abgedruckt wird. Die Gefahr, dass Neonazis absichtlich selber Ankündigungen auf ihren »Heimatseiten« oder in ihren Zeitungen ohne den Ausschlusszusatz veröffentlichen, um die Teilnahme ihrer Anhänger zu ermöglichen, besteht, zumindest juristisch, nicht. Sie wurden nicht gezielt kontaktiert und handeln demnach auch nicht im Sinne der Veranstalter. Die OrganisatorInnen haben diese Ankündigungen also nicht zu verantworten. Eine andere Sache ist es natürlich den herbeigerufenen Polizisten diese feinen juristischen Unterschiede glaubhaft verständlich zu machen.

Eine weitere Möglichkeit ist es, bei ungebetenem Besuch, die Veranstaltung offiziell zu beenden, und eine Stunde später in den gleichen Räumen eine andere Veranstaltung zu beginnen. In der vor Ort ausgesprochenen mündlichen Einladung dafür werden erneut Neonazis explizit von der Einladung ausgenommen. ■

Rechtsruck in Südtirol

Einen heftigen Rechtsrutsch erlebt der teilweise deutschsprachige Norden Italiens – Südtirol. Seit den Wahlen vom 26. Oktober 2008 sind drei rechte Parteien, die den Anschluss des Gebietes an Österreich fordern, im Landtag von Bolzano vertreten. Sie konnten ihre Stimmen seit 2003 fast verdoppeln.



[1] Der Südtirol-Terrorist Georg Klotz lebt heute offiziell in Österreich im Exil.

[2] Das UfS-Vorstandsmitglied Andreas Pöder setzte sich im Streit mit Eva Klotz durch.

»Es ist Zeit für ein vereintes Tirol!« Mehrere Tausend deutschsprachige Traditionalisten, sogenannte Südtiroler Schützen, waren zu der Kundgebung am Abend des 8. November 2008 nach Bolzano gekommen. Es war kein beliebiger Termin. Am 4. November 1918 hatten das Habsburgerreich und Italien mit einem Waffenstillstand ihre Kämpfe beendet. Italienische Truppen waren danach zum Brenner marschiert, einem militärstrategisch wichtigen Pass, und hatten dabei den Süden des österreichischen Kronlandes Tirol besetzt. Seitdem gehört Südtirol – der Friedensvertrag von St. Germain hat es 1919 bestätigt – unter dem Namen Alto Adige zu Italien. Bis heute geben sich völkische Kräfte unter den dortigen Deutschsprachigen damit nicht zufrieden. »Wir wollen frei sein ohne Italien!«, hieß es denn auch am 8. November auf der Schützen-Kundgebung in Bolzano, auf der an den neunzigsten Jahrestag des Waffenstillstands und damit der Abtrennung von Österreich erinnert wurde. »Der Freiheit entgegen!« war auf Transparenten zu lesen, und das sollte heißen: Anschluss an das österreichische Bundesland Tirol.

Seltsam antiquiert wirkt der deutsch-völkische Separatismus in Norditalien, altertümlich wie die merkwürdigen Gamsbart-Uniformen, in denen die Traditionsverbände der Südtiroler Schützen am 8. November in Bolzano aufmarschierten. Tatsächlich kommt er jedoch wieder in Mode. Schlaglichtartig haben dies die Wahlen zum Landtag von Bolzano am 26. Oktober gezeigt. Drei Parteien gibt es in Alto Adige, die die Sezession von Italien und den Anschluss an Österreich befürworten: Die »Union für Südtirol« (UfS), ihre Abspaltung »Süd-Tiroler Freiheit« und die Partei »Die Freiheitlichen«, ein Ableger der österreichischen FPÖ. Sie erhielten zusammen rund 65.500 Stimmen, das entspricht rund 30 Prozent der Deutschsprachigen in Alto Adige (Südtirol). Die Zahl fällt umso stärker ins Gewicht, als die Völkischen ihre Stimmen seit den letzten Landtagswahlen 2003 fast verdoppeln konnten: Damals entschieden sich weniger als 36.000 Wählerinnen und Wähler für sie.



Betrachtet man die Gesamtentwicklung in Alto Adige (Südtirol), dann fällt noch ein zweites Element ins Auge, das man anhand der Verluste der »Südtiroler Volkspartei« (SVP) beziffern kann: Die Basis für die Autonomieregelung ist geschwächt. Alto Adige hat im italienischen Staatssystem den Status einer Autonomen Provinz. Mit dem »Südtirol-Paket«, das im Jahr 1972 in

Kraft getreten ist, haben die dortigen Deutschsprachigen weitreichende Sonderrechte erhalten, sogenannte Autonomierechte, die ihnen ein hohes Maß an Unabhängigkeit von Rom sichern. Die Südtiroler Autonomie galt über Jahrzehnte als stabiles Modell und als historisch siegreiche Alternative zu Separatismus und Anschlusskonzepten. Parteipolitisch wurde sie seit je durch die SVP verkörpert, die der bayerischen CSU nicht unähnlich ist – auch in ihren Wahlerfolgen: Bis in die 1980er Jahre hinein erhielt sie Werte um die 60 Prozent, bis heute stellt sie den Landeshauptmann (Ministerpräsident). Bei den aktuellen Wahlen kam sie auf gerade noch 48,1 Prozent, in Umfragen hatte sie sogar darunter gelegen. Es schwindet also die Zustimmung zu der Autonomiepartei schlechthin.


[1]

Urteil gegen Eva Klotz

Die Landtagsabgeordnete Dr. Eva Klotz von der Union für Südtirol wurde jetzt zur Zahlung von 300.000 Lire verurteilt. Sie

Das separatistische Milieu, das den Anschluss an Österreich will und von der Schwäche der Autonomisten profitiert, ist parteipolitisch dreigeteilt. Die älteste der Sezessionsparteien ist die »Union für Südtirol«. Gegründet wurde sie im Herbst 1989 von Alfons Benedikter und Eva Klotz. Benedikter kam aus der SVP, hatte sich an den Verhandlungen über die Autonomie aktiv und an vorderster Front beteiligt, war aber nie wirklich zufrieden damit. 1989 brach er mit der Partei und tat sich mit Personen zusammen, die zu erheblichen Teilen dem Südtirol-Terrorismus der 1950er und 1960er Jahre entstammten und weiterhin für die Sezession kämpften: mit Mitgliedern des »Südtiroler Heimatbundes« (SHB). Eine von ihnen war Eva Klotz, deren Vater Georg Klotz zu den bekanntesten Südtirol-Terroristen gehört; er wurde wegen mehrerer Gewalttaten zu 52 Jahren Gefängnis verurteilt, konnte sich aber der Strafe entziehen und lebte offiziell seit 1961 in Österreich im Exil. Seine Tochter Eva führt ausdrücklich seine separatistische Politik fort – von 1989 an über lange Jahre in der UfS.

Die UfS ist nach kontinuierlichen Zuwächsen bei den aktuellen Landtagswahlen stark eingebrochen. Konnte sie bis 2003 ihren Anteil auf 6,8 Prozent steigern, so erreichte sie dieses Jahr gerade noch 2,3 Prozent. Dies liegt jedoch schlicht und einfach daran, dass sie sich gespalten hat. Eva Klotz war im Frühjahr 2007 mit UfS-Vorstandsmitglied Andreas Põder in heftigen Streit geraten und hatte sich bei den parteiinternen Machtkämpfen nicht durchsetzen können; sie verließ die UfS und gründete die »Süd-Tiroler Freiheit«. Das Ansehen des Klotz-Clans im völkischen Milieu Alto Adiges erklärt, dass die »Süd-Tiroler Freiheit« auf Anhieb die UfS hinter sich ließ und 4,9 Prozent erzielte – das sind zwei Sitze im Landtag von Bolzano. UfS und »Süd-Tiroler Freiheit«, die 2003 ja noch gemeinsam kandidiert und damals 6,8 Prozent erhalten hatten, kamen zusammen diesmal auf 7,2 Prozent und auf drei statt zwei Mandate. Politisch hat sich die »Süd-Tiroler Freiheit« vor allem damit hervorgetan, dass sie vor einem Jahr – am 11. November, dem Tag, an dem 1918 die italienischen Truppen am Brenner eintrafen – am dortigen Grenzübergang eine rot-weiß-rote Blechtafel in Großformat aufstellte, und zwar so, dass man sie bei der Einreise nach Italien erblickte. Rot-weiß-rot sind die Landesfarben Österreichs, und auf der Blechtafel war zu lesen: »Süd-Tirol ist nicht Italien!«

Bei der dritten Partei des völkisch-separatistischen Milieus handelt es sich um »Die Freiheitlichen«. Sie sind im Dezember 1992 gegründet worden - unter Beteiligung des damaligen FPÖ-Chefs Jörg Haider, der bis heute von den »Freiheitlichen« als »Gründungspate« geehrt wird. »Durch seine familiäre Beziehung« sei Haider »Südtirol stets verbunden« gewesen, berichtete kürzlich Pius Leitner, der Landesparteiobmann der »Freiheitlichen«. Bis vor kurzem war Leitner qua Amt Mitglied im Bundesparteivorstand der FPÖ, die ihrerseits unter dem Schlagwort »Selbstbestimmung« für die Sezession der Provinz Alto Adige eintritt. Mitte November haben die »Freiheitlichen« jedoch – zumindest zeitweilig – mit der FPÖ gebrochen. Grund ist, dass die FPÖ im Europaparlament mit italienischen Faschisten kooperiert, die eine Abspaltung Alto Adiges natürlich niemals zulassen würden. In dieser Hinsicht, allerdings auch nur in dieser, waren die völkisch-separatistischen Kräfte Südtirols schon immer streng antifaschistisch – gezwungenermaßen.

»Die Freiheitlichen« sind gegenwärtig die stärkste der drei völkisch-separatistischen Parteien Alto Adiges. Lagen sie vor zehn Jahren noch bei 2,5 Prozent, so konnten sie diesmal 14,3 Prozent der Stimmen erzielen und sind nun mit fünf Mandaten die zweitstärkste Partei im Landtag von Bolzano. Außerdem haben sie zahlreiche Gemeinderatssitze inne und verfügen über eine eigene Arbeitnehmer- sowie eine eigene Jugendorganisation. Auf die Frage, was er unbedingt verändern wolle, antwortete Landesparteiobmann Pius Leitner kürzlich der Jungen Freiheit: »Die Teilung Tirols – es soll zusammenwachsen, was zusammengehört!« ■

[1] Eva Klotz war Mitbegründerin der Union für Südtirol (UfS).

Faksimile aus »Europa der Völker mit Südtirol« März/April 1993

»White Pride« in Dänemark

Im September diesen Jahres wurden sechs Mitglieder der Gruppe »White Pride« zu insgesamt 26 Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Gerichtsurteile sind der vorläufige Schlusspunkt einer Gewalteskalation in der jütländischen Hauptstadt Århus und einer Reihe von Umstrukturierungen in der extremen Rechten Dänemarks.

Um die Situationen zu verstehen, muss ein Jahr zurückgeblickt werden. Im Juli 2007 verkündete das extrem rechte Netzwerk »Dansk Front« die Einstellung des Netzwerkes selber und der dazugehörigen Webseite. Dansk Front hatte die Funktion als Sammelbecken für Menschen, welche politisch rechts von der Dansk Folkeparti stehen, inne.

Das Konzept des Netzwerkes ähnelte sehr dem der »freien Kameradschaften« in Deutschland. In seinem 5 jährigen Bestehen existierten Gruppen in allen Teilen Dänemarks. Niemals war die Rechte hier so gut organisiert und in so vielen Landesteilen vertreten. Dansk Front steht auch hinter der grössten Ansammlung von Neonazis in Dänemark seit dem 2. Weltkrieg. 150 Personen versammelten sich im Juni 2006 zu einer Demonstration in Svendborg

Politische Differenzen wurden beiseite gelegt, um so Einigkeit und Stärke demonstrieren zu können und eine gewisse politische Breite zu ermöglichen. Dieser Versuch führte zu einer inhaltlichen Schwächung, so können die politischen Standpunkte von Dansk Front mit »Dänemark den Dänen« und »gegen die muslimische Einwanderung« leicht zusammengefasst werden.

Die politische Breite und lokale Autonomie war auch gleichzeitig die Ursache für das Scheitern von Dansk Front. Während die führenden Kräfte aus Århus gut organisierte Strategen mit den Wurzeln in der Partei-Jugend der dänischen Volkspartei waren, bestanden die Gruppen besonders in Fredericia, Kopenhagen und auf Fünen aus mehr traditionellen Neonazi-Skinheads, welche immer wieder Linke und EinwanderInnen angriffen. Die daraus resultierende Presseaufmerksamkeit schwächte den Ruf des Netzwerkes in der Öffentlichkeit. Als das Boulevardblatt »Ekstrabladet« im Juli 2006 auf fünf Seiten alle lokalen Anführer und deren Verbindungen zu weiteren extrem rechten Gruppen veröffentlichte, knickte Dansk Front endgültig ein. Vom Sommer 2006 bis zum Ende des Netzwerkes im Juli 2007 waren die meisten Gruppen von Dansk Front nahezu inaktiv. So war es auch keine Überraschung als das Netzwerk dann endgültig kapitulierte.

Abgesehen von Århus bedeutete der Niedergang von Dansk Front gleichzeitig das Ende von organisierten Aktivitäten der extremen Rechten in Dänemark. In Århus und auch in Kopenhagen brachte das Ende von Dansk Front wesentliche Umstrukturierungen innerhalb der Szene mit sich. Diese Prozesse hatten allerdings schon vor dem Ende von Dansk Front erste leichte Formen angenommen

Im Frühjahr 2007 gründeten eine Reihe ehemaliger Dansk Front Mitglieder, in Kooperation mit ehemaligen Blood & Honour Aktivisten in Kopenhagen und Nordseeland, die Dänische Nationale Front (DNF), welche vom Namen, politisch und auch von den Mitgliedern her sehr dem alten Dansk Front Netzwerk ähnelt. Zwischen 15–20 Neonazis sind hier aktiv. Praktisch ist diese Gruppe eine Kopie von Dansk Front Kopenhagen aus dem Jahre 2006. Nur die jüngeren Aktivisten und Mitläufer, haben sich nach einer Reihe Angriffen von Seiten militanter AntifaschistInnen aus der organisierten Politik zurückgezogen. Zurückgeblieben ist ein Kern, aus Neonazis, welche viele Jahre organisiert gearbeitet haben und im Durchschnitt um die 30 Jahre alt sind.

Dieser Überblick bringt uns zum Ausgangspunkt zurück, nach Århus. Århus ist Dänemarks zweitgrösste Stadt und auch das Zuhause des Fuss-

[1]



Foto: juelich/ip-photo.com

[1] Aufmarsch von 90 Neonazis aus Dänemark, Schweden und Deutschland am 18. August 2007 im dänischen Kolding.

Rechts: Jonni Hansen, Vorsitzender der DNSB (Dänische Nationalsozialistische Bewegung)



[1] Treffen von Mitgliedern der »Vederfølner« am 5. Juni 2008 dem dänischen Nationalfeiertag.

ballvereins Århus GF. Im Jahr 1994 gründeten junge Rassisten aus dem Fanumfeld von Århus GF die Hooligangruppe »White Pride«. Da bei der Entstehung von Dansk Front Mitglieder von White Pride massiv mitgewirkt haben, waren diese auch am Beschluss das Projekt Dansk Front zu beenden beteiligt. Dies geschah auch aus dem Beweggrund, das eben dieser Personenkreis schon ein neues Projekt in Stellung gebracht hat: Die Vereinigung »Vederfølner« deren Name aus der nordischen Mythologie stammt.

Während Dansk Front offen mit Neonazis zusammengearbeitet hat und Gruppen wie Combat 18 verehrt hat, ist Vederfølner eine Vereinigung mit Mitgliedslisten und öffentlicher Distanzierung von Gewalt und Neonazismus. Das politische Ziel von Vederfølner ist die Abschiebung von allen nicht westlichen EinwanderInnen. Diese Organisationsform ermöglicht es Vederfølner Mitglieder auszuschliessen, wenn nötig. Dadurch kann verhindert werden, das einzelne Abteilungen die ganze Organisation mit in den Abgrund reissen, wie es bei Dansk Front der Fall war. Die Führungspersonen kommen aus Århus und diesmal deutet alles darauf hin, dass sich das Projekt nicht von anderen Abteilungen und Mitgliedern kaputt machen lassen will. Dansk Front stand für politische Aktivitäten und dafür, die Linke in Århus mit Drohungen, Gewalt und Vandalismus in Schach zu halten. Als Vederfølner auf der Bildfläche erschien, wurden diese zwei Aufgaben verteilt. Vederfølner schob die Schuld für die gewalttätigen Auseinandersetzungen auf White Pride und konnte sich so als Vereinigung von »besorgten Bürgern« präsentieren, während im Schatten dessen White Pride mit seinen Überfällen und Drohungen unvermindert weitermachen konnte. Diese offizielle Trennung der beiden Projekte hielt aber nicht lange.

Das Recherchekollektiv »Redox« erstellte einen Bericht über die Situation in Århus, in welchem eine Reihe der führenden und gewalttätigsten Mitglieder von White Pride öffentlich gemacht wurden. In diesem Bericht beweisen zahlreiche Bilder die personellen Überschneidungen zwischen Vederfølner und White Pride. Vederfølner ist weiterhin aktiv, aber in der Öffentlichkeit steht Vederfølner jetzt eindeutig für die Weiterführung der Dansk Front und enge Kontakte zu White Pride.

Als Reaktion auf die massiven Übergriffe organisierte das antirassistische Netzwerk am 11. Oktober 2008 eine Demonstration in Århus, an welcher etwa 800 Menschen teilnahmen. Gerade einmal 30 Kameraden kamen um White Pride zu unterstützen und dies führte zu internen Querelen. In der Zeit nach der Demonstration hat White Pride alles versucht um den Respekt auf der Strasse wiederzugewinnen. Das linke Zentrum in der Innenstadt von Århus wurde mehrfach angegriffen und am 31. Oktober 2008 wurde der Sprecher vom Antirassistischen Netzwerk brutal von 10–15 Neonazis auf offener Strasse angegriffen und zusammengeschlagen. Trotz etwas schärferen Vorgehens der Polizei gegenüber White Pride sind eine Reihe gewalttätiger Überfälle immer noch nicht aufgeklärt und die Überfälle gehen unvermindert weiter.

Im Großen und Ganzen gesehen ist die extreme Rechte in Dänemark durch den Zusammenbruch von Dansk Front sehr geschwächt. Die kleineren Kameradschaftsgruppen in den kleineren Städten sind verschwunden und der absolut wichtigste Kommunikationskanal, die Internetseite von Dansk Front existiert nicht mehr. Die potentiellen jungen Neonazis haben es nun weitaus schwerer den Kontakt aufzunehmen als zuvor. Nur an einem Ort sieht die Situation anders aus. In Århus haben junge Rassisten die Möglichkeit Gesinnungskameraden bei Heimspielen des Århus GF zu treffen, White Pride hat Zugang zu allen wichtigen Läden des Nachtlebens, ZeugInnen trauen sich nicht auszusagen und die antirassitische Bewegung leidet unter den ständigen Angriffen. Im Moment gibt es leider keine Anzeichen dafür, dass sich die Situation dort in der näheren Zukunft ändern wird. ■

Zur Situation in Russland...

Neonazimorde, Liquidierungen, rechter Konsens.

[1] Olga Rukosyla wurde am 8. Oktober 2008 von Neonazis ermordet.

Ein Beitrag von Koshka Chernoya für das Bündnis »Siempre Antifascista!« (Oktober 2008)

Informationen unter www.siempreantifascista.tk

Am 8. Oktober 2008 wird Olga Rukosyla im sibrischen Irkutsk um 22 Uhr von zwei Neonazi-Skins auf offener Straße angegriffen. Sie treten sie so brutal zusammen, dass sie den Verletzungen erliegt. Die zwei Hauptverdächtigen sind bereits angeklagt, an einem Überfall auf ein Anti-Atom-Camp in Angarsk, im 21. Juli 2007, beteiligt gewesen zu sein, bei dem der Antifaschist Ilya Borodaenko ums Leben kam. Olga Rukosyla starb im Alter von 16 Jahren.

Am Morgen des 10. Oktober 2008 verlässt Fjedor Filatov seine Wohnung in Moskau und wird von vier Unbekannten überwältigt und niedergestochen. Er war Mitbegründer der »Moscow Trojan Skinheads« und hatte viel zum Aufbau der antirassistischen Skinhead-Szene vor Ort beigetragen. Es gibt keinen Zweifel, dass der Mord von Rechten begangen wurde. Sein Gesicht war bereits im Vorfeld auf Anti-Antifa-Seiten zu sehen gewesen. »Fidei«, wie ihn seine Freunde nannten, wurde 27 Jahre alt. Der Mord an Fjedor Filatov markiert den vorläufigen traurigen Höhepunkt der immer mehr eskalierenden rechten Gewalt in Russland.

Steigende Zahl der Morde und Angriffe

In Russland vollzieht sich eine erschreckende Entwicklung. In den letzten Jahren ist ein stetiger Anstieg von Neonazi-Gewalttaten zu verzeichnen, deren Großteil rassistisch motiviert ist. Die Statistiken sprechen für sich: Im gesamten Jahr 2007 starben 76 Menschen bei Neonazi-Überfällen, 2006 waren es 62 Tote. Bis Oktober 2008 wurden bereits 113 Morde registriert, was einem Anstieg der Gewalt um 500 Prozent entspricht[1]. Auch in der Wahl der Waffen lassen Neonazis wenig Zweifel an ihrem Ziel. Bei den meisten Angriffen werden Messer eingesetzt, die Täter sind im Umgang geübt. Neonazigruppierungen bieten zunehmend Trainings an, bei denen der Umgang mit verschiedenen Waffen vermittelt wird. Die Täter behandeln ihre Opfer nunmehr wie »Kriegsgefangene«, foltern und quälen sie, bevor sie gezielt hingerichtet werden.

Der Organisationsgrad der Neonazis nimmt zu. Personelle Stärke und zunehmende Verankerung in der Politik wirken sich auf ihr Auftreten aus, der Großteil der Angriffe geschieht auf offener Straße, unter den Augen zahlreicher Zeugen. Auffällig ist, dass sowohl die Täter als auch ihre Opfer häufig sehr jung sind, nur der kleinere Teil auf beiden Seiten ist volljährig. Die meisten Übergriffe geschehen in den Metropolen Moskau und St. Petersburg. Gruppen von 10–15 Neonazis attackieren ihre Opfer schnell und gezielt an öffentlichen Orten.

Gezieltes Vorgehen gegen MigrantInnen und AntifaschistInnen

Im April 2006 wurde Vigen Abramyants, ein Moskauer Student armenischer Abstammung in einer zentralen Metro-Station von Neonazis angegriffen. Noch am Gleis erlag er seinen schweren Stichverletzungen. Trotz Kameraüberwachung und zahlreicher Zeugen konnten die Täter unerkannt fliehen. Hartnäckig hielt sich eine Erklärung der Miliz, wonach es sich bei dem Mord um einen Streit »wegen eines Mädchens« gehandelt haben soll. Auch die Tatsache, dass Zeugen rassistische Parolen hörten, änderte nichts daran. Nur zufällig wurden die Täter schließlich gefasst, als drei Mitglieder derselben Neonazi-Gruppierung im März 2006 bei einem Anschlag auf einem Moskauer Markt gestellt wurden. Bei der Explosion wurden zehn Menschen in den Tod gerissen und mehr als 50 schwer verletzt. Nicht ohne Grund hatten sie die Splitterbombe auf diesem Markt nordöstlichen Stadtteil Tscherkisowo deponiert. Der Anschlag galt den Markthändlern, die größtenteils armenischer Abstammung sind. An diesem Beispiel wird der gezielte Vernichtungswille deutlich, von dem die russische Neonazi-Bewegung zur Zeit getragen wird.


[1]

In den letzten Jahren wurden zunehmend auch AntifaschistInnen Opfer der Neonazi-Gewalt. Angriffe auf und Morde an politischen AktivistInnen sowie alternativen Jugendlichen nehmen beständig zu. Diese Taten sind es, welche das Problem des russischen Neonazismus in letzter Zeit stärker in den Fokus der internationalen Öffentlichkeit rücken und antifaschistische Solidarität auf den Plan rufen. Timur Kacharava zählt zu den ersten Toten. Im November 2005 wurde der Antifaschist von Neonazis überfal-

1| In Moskau sind am 15. Dezember diesen Jahres sieben Neonazis zu Haftstrafen zwischen sechs und 20 Jahren verurteilt worden. Den Männern wurden insgesamt 20 rassistisch motivierte Morde im Zeitraum zwischen 2006 und 2007 nachgewiesen. Die Neonazis hatten die Morde zum Teil auf Video aufgezeichnet und im Internet mit den Bluttaten geprahlt.

len und erstochen. Den Angreifern war sein Engagement bekannt, sie lauerten ihm gezielt auf. Nur eine breite Solidaritätsbewegung und die Ausdauer seiner Familie, die beständig Druck auf die Behörden ausübte, ermöglichten es, dass die Mörder schließlich vor Gericht gestellt wurden.

Neonazis nehmen auch zunehmend Konzerte von als »links« geltenden Bands zum Anlass, Jagd auf AntifaschistInnen und Alternative zu machen. So wurden in Moskau Alexandr Rjuchin am 16. April 2006 auf dem Weg zu einem Hardcore-Konzert und Aleksey Krylov am 16. März 2008 auf dem Weg zu einem Punk-Konzert von Neonazis ermordet. Vor allem bei den Angriffen auf AntifaschistInnen handelt es sich in den meisten Fällen nicht um spontane Aktionen von Einzelpersonen oder zufällig zusammengewürfelten Banden, meist sind es Neonazis aus organisierten Strukturen, welche untereinander vernetzt und im Kampf ausgebildet sind.

Auch gezielte Attentate gegen bekannte Gegner des Rechtsextremismus sind Teil der rechten Strategie. So wurde der Menschenrechtsaktivist und Ethnologe Nikolai Girenko am 19. Juni 2004 durch seine Wohnungstür hindurch mit einem Gewehr erschossen. Er hatte kurz zuvor vor Gericht gegen die Neonazigruppierung »Russische Nationale Einheit« (RNE) ausgesagt. Der rechtsextreme Hintergrund fand auch hier, wie in der überwiegenden Mehrheit der Fälle, durch Polizei und Justiz wenig Beachtung.

Vorgehen der Justiz

Alexandr Rjuchins Mörder waren Mitglieder der Neonazigruppierungen »Format 18« und »Slawischer Bund« (SS). Trotz dieser Tatsache ignorierte die Miliz – wie auch in anderen Fällen – lange Zeit das rechtsextreme Tatmotiv. Bis vor kurzem wurde der Großteil der Neonazi-Straftäter ausschließlich wegen »Hooliganismus« angeklagt, auch wenn die Zugehörigkeit zur extremen Rechten erwiesen war. Genau diese Ausblendung der Tatmotive verhinderte eine öffentliche politische Auseinandersetzung. Einer der wenigen Fälle, die auf internationaler Ebene Aufsehen erregten, war der Mord an dem neunjährigen tadschikischen Mädchen Churshede Sultonova. Sie wurde 2005 von Neonazis auf dem Nachhauseweg mit elf Messerstichen ermordet. Auch hier wurden die Täter wegen »Hooliganismus« verurteilt, da eine Mordabsicht nicht offensichtlich vorgelegen hätte. Anklagen wegen »Hooliganismus« ziehen in den meisten Fällen nur geringe Haftstrafen oder sogar Freisprüche nach sich. Im Jahr 2007 kam es bei 653 rechten Gewalttaten nur zu 24 Verurteilungen.

Reaktionäres Gesellschaftsklima

In der Praxis der Justiz spiegelt sich das kaum vorhandene Problembewusstsein für Rechtsextremismus in der Gesellschaft wieder. Dies verwundert nicht angesichts der Tatsache, dass ein Gros der Bevölkerung von zaristischem und nationalistischem Denken geprägt ist. Laut Umfragen diesen Jahres sind 40 Prozent der Befragten überzeugt, dass »nationale Minderheiten« zu viel Einfluss im Land ausüben. 56 Prozent würden der Parole »Russland den Russen« zustimmen. Wer aber sind die Russen? Russland war schon immer multiethnisch. Würde der Wunsch nach einem »rassenreinen, weißen Russland« tatsächlich real, würde Russlands derzeitige Population auf rund ein Drittel schrumpfen. Jene Stimmung erhält Rückenwind durch die Politik. So verabschiedete Putin ein Gesetz, das es Aserbaidschanern, Armeniern, Tadschiken oder Usbeken verbietet, auf russischen Märkten zu arbeiten.

Ein weiteres Beispiel für diese Zustände ist der »Brief der 500«, der Anfang 2005 veröffentlicht wurde und von einer Reihe Dumaabgeordneter, unter anderem der »Kommunistischen Partei Russlands« (KPR) und der Partei »Rodina« (Heimat), unterzeichnet wurde und unter anderem das Verbot jüdischer Organisationen fordert. Diese Positionen sind komplett anschlussfähig für die extreme Rechte, was ihr gerade in den letzten Jahren regen Zulauf verschaffte. Mittlerweile existieren über 300 rechtsextreme Gruppierungen, die in unterschiedlicher Intensität die Nähe zur offiziellen Politik suchen. Sie alle haben Verbindungen zur militanten rechten Skinheadszene, welcher zwischen 60 000 und 70 000 Personen angehören.

Aktiv werden

Klar wird, dass die Menschen, welche sich in Russland für eine menschenwürdigere Gesellschaft engagieren, dies unter den widrigsten Umständen tun müssen. Der Druck, unter dem die antifaschistische Bewegung in Russland steht, erschwert es ihnen massiv, die Opfer rassistischer Gewalt zu unterstützen, da sie selbst häufig genug Ziel rechter Angriffe sind.

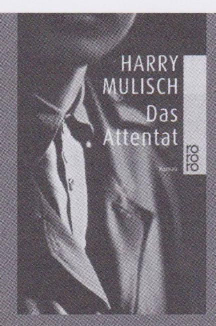
Es gilt darum, die russischen AntifaschistInnen nicht allein zu lassen. Die AktivstInnen in Russland brauchen kontinuierliche Unterstützung: Durch Geld- und Sachspenden, gegenseitige Besuche linker Bands, Info-Veranstaltungen zum Thema Russland, Übersetzung und Veröffentlichung von Texten oder Gedenkaktionen für die Ermordeten. ■



[1] Fjedor Filatov zu Besuch in Berlin. Er wurde am 10. Oktober 2008 von Neonazis erstochen.

Die Aktionsreihe »Siempre Antifascista!«, die vom 11. –16. November in Berlin stattfand, ist ein Schritt, einiges von dem umzusetzen, was für eine internationale Zusammenarbeit und Unterstützung nötig ist. Auf der Konferenz am 14. November berichteten die Veranstalter_innen sowohl über die Situation in Russland als auch über Tschechien, Polen, Spanien, Serbien und Italien. Antifaschist_innen aus den jeweiligen Ländern sprachen hier über ihre Erfahrungen. Ziel war es, als Anfang einer gemeinsamen Zusammenarbeit das bisher enorme Informationsdefizit über die Situation in anderen Ländern auszugleichen und sich über die eigene Praxis auszutauschen. Ein überregionaler »Aktionstag für die Opfer faschistischer Gewalt« soll in vielen Städten mit praktischen Gedenk-Aktionen begangen werden, so die VeranstalterInnen.

Harry Mulisch – Das Attentat



Harry Mulisch: Das Attentat
Rowohlt Tb: Oktober 2000, 189 S. 7,95 EUR

Das 1982 erschienene Buch »Das Attentat« von Harry Mulisch verpackt in das Genre des Kriminalromans eine packende Darstellung von Verantwortung, Widerstand, Vergangenheitsbewältigung und -aufarbeitung. Ausgangspunkt für den symbolträchtigen Roman ist die Stadt Haarlem, in den von den Deutschen besetzten Niederlanden im Jahre 1945. Vor dem Nachbarhaus des durch das Buch führenden 12jährigen Protagonisten Anton Steenwijk wird der Kollaborateur, Faschist und Polizist Fake Ploeg von einem antifaschistischen Widerstandskommando erschossen. Die Nachbarn der Steenwijks ziehen die Leiche vor Antons Haus, die alarmierte SS stürmt das Haus der Unbeteiligten, brennt es nieder, verschleppt die Eltern und den Bruder, die noch in der Nacht zusammen mit anderen Geiseln erschossen werden. Der einzige Überlebende Anton wird im Laufe seines Lebens in verschiedenen Episoden des Buches alle wichtigen Protagonisten der Nacht treffen – die antifaschistischen Attentäter, den Sohn des ermordeten Faschisten, der gleichsam in die politischen Fußstapfen seines Vaters getreten ist und auch die Nachbarstochter, die in der besagten Nacht die Leiche vor das Haus der Steenwijks gelegt hat. Puzzleartig wird sich nach und nach erschließen, was genau passiert ist und was die genauen und teilweise unsagbar schweren Beweggründe der einzelnen Akteure waren. Die ständige Einbettung der Erzählstruktur in politische Kategorien von Verantwortung und Gewalt im Kampf gegen die Nazis stellt hierbei den absoluten Gewinn des Buches dar. Wenn zum Beispiel die Antifaschistin und Attentäterin zur Hauptperson zum Thema Hass und Gewalt sagt: »[...] Aber darum haben wir es auch schwerer als sie. Für sie ist alles sehr einfach, aber für uns sehr kompliziert. Wir müssen ein bisschen wie sie werden, damit wir sie bekämpfen können, ein bisschen von uns selbst aufgeben. Sie haben damit keine Schwierigkeiten, sie können uns ohne Skrupel kaputtmachen. Wir müssen erst ein bisschen von uns selbst kaputtmachen, bevor wir sie kaputtmachen können. [...] Wir müssen nur aufpassen, dass wir nicht zu sehr so wie sie werden und uns nicht selbst kaputtmachen, denn dann hätten sie am Ende doch noch gewonnen [...]«, dann ist dies auch für Antifaschistinnen und Antifaschisten im Jahr 2008 eine aktuelle Diskussion um die Verwendung von Mitteln, Ebenen und vor allem auch Gewalt. Desweiteren lässt sich festhalten, dass vor allem die symbolbeladene Sprache dafür sorgt, Zusammenhänge zu verdeutlichen und so die Leserin und den Leser auf einzelne Aspekte gezielt hinzuweisen. Mulisch, dessen Vater selber mit den Nazis kollaborierte und damit seine jüdische Frau und den Autor selbst vor der Deportation bewahrte, schuf mit »Das Attentat« einen Roman, der nicht nur für aktive Antifaschistinnen und Antifaschisten einen großen literarischen Gewinn darstellt - aufgrund der klaren Auseinandersetzung mit Schuld und Verantwortung, aber gleichsam auch der Pflicht zum Widerstand. Die Frage zum Beispiel, warum die Nachbarn die Leiche des getöteten Nazis gerade vor das Haus der Steenwijks legen und nicht vor das Haus der Nachbarn auf der anderen Seite, wird in diesem Zusammenhang diskutiert. ■

LK

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Wegzehrung für die Krise

Marxistisches Denken ist gefragt wie seit der Wende 1989/90 nicht mehr. Die Verkaufszahlen für Marx´ Hauptwerk »Das Kapital« bescheren dem Berliner Dietz Verlag Arbeit und Nachfrage, heisst es in den Medien.
Ob auch linke Printmedien von dem in der ökonomischen Krise gestiegenen Bedürfnis nach Orientierung oder Selbstvergewisserung profitieren, ist noch nicht absehbar. Bisher blieb die Auflage von Zeitschriften, die sich nichts weniger als den Sozialismus auf die Fahnen geschrieben haben, eher gering, was jedoch nichts über ihre inhaltliche Reichweite und Verbreitung sagt.
So geht es auch der Monatszeitung »SOZ – Sozialistische Zeitung« aus Köln. Gestartet war das Blatt als trotzkistisch verankertes Verbandsorgan der kleinen westdeutschen Partei VSP und erschien vierzehntägig. Inzwischen ist aus der VSP ein Verein namens »Verein für solidarische Perspektiven« geworden, der die SOZ nun monatlich herausgibt.
Schon unter dem ehemaligen Chefredakteur Christoph Jünke hatte sich das Blatt von einem trotzkistisch-traditionalistischem Verbandsorgan zur Stimme innerhalb der marxistischen Ökumene entwickelt. Geblieben ist die inhaltliche Orientierung an konkreten lokalen und weltweiten gewerkschaftlichen und betrieblichen Kämpfen und Kampagnen. Bezugspunkt der Berichterstattung ist der linkssozialistische Flügel der ArbeiterInnenbewegung. Breiten Raum nahm in den vergangenen Jahren die Diskussion über die Bewegung der Sozialforen und ihre lokale Verankerung ein. Ausführlich und kritisch begleitete die SOZ die Parteibildungsprozesse zunächst der WASG, später der Linkspartei. Die Proteste gegen Hartz IV, deren Schwerpunkt in Ostdeutschland lag, wurden von der Redaktion fast euphorisch gefeiert, und nicht wenige politische Illusionen genährt, was auf eine mangelnde Kenntnis der ostdeutschen Zustände schließen ließ.


SoZ Sozialistische Zeitung

Wer genug in den Sand setzt, bleibt nicht im Regen stehen

500 000 000 000 Euro

SOZ – Sozialische Zeitung / Sozialistische Hefte

Bezug:
SoZ-Verlags-GmbH
Regentenstraße 57–59
51063 Köln

Wie leider bei vielen linken Zeitschriften ist das Blatt im Kulturteil eher schwach aufgestellt. Dieser wird ohne erkennbare Linie mit Rezensionen, Essays und Musikkritiken bestückt, die für sich genommen jedoch oft Qualität haben.
Lesenswert hingegen sind jene Artikel, die sich historischen Aspekten der Arbeiterbewegung und ihrer Repräsentanten widmen, da es den SOZ-Autor/innen gelingt auch solche Vorgänge und Personen zu beleuchten, die im linken Gedächtnis eher ein Schattendasein führen.
Hoch zu loben ist die mehrmals im Jahr erscheinende Magazinbeilage Sozialistische Hefte. Hier werden zentrale Themen aus pluralistisch linker Sicht vertieft und es wird im besten Sinne Wissenstransfer geleistet. Theoretische Überblicksaufsätze wechseln mit aktuellen Einschätzungen und dem Wiederabdruck historischer Texte, die, in neuem Licht gelesen, Einsichten in die Traditionsgeschichte linker Theoriebildung bieten. Im Unterschied zum eingestellten ak-Supplement Fantomas verliert sich das SOZ Magazin auch nicht in selbstreflexiven Betrachtungen. Es bietet Rüstzeug sowohl für den Alltag als auch für die Aneignung von politischen Erfahrungen. ■

Lars Rensmann/ Julius H. Schoeps (Hg): Feindbild Judentum. Antisemitismus in Europa
vbb Verlag: Berlin 2008, 512 S.
24,90 EUR

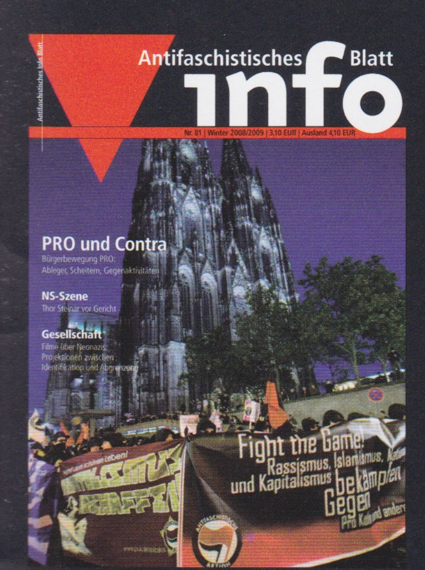


Die Anzahl der Bücher, die den Antisemitismus in allen Erscheinungsformen, historisch, politisch, kulturell usw. thematisieren, nimmt permanent zu. Neben sehr wichtigen Publikationen, gibt es dabei allzuviele, die wirklich Neues nicht zu bieten haben. Der vorliegende Band fällt hier aus dem Rahmen: Renommierte Antisemitismusforscher aus beinahe allen europäischen Staaten vermitteln in zwölf Länderstudien eine umfassende Bestandsaufnahme der aktuellen Situation. In der Einleitung (Rensmann/Schoeps) wird herausgearbeitet, dass »Antisemitismus in der Europäischen Union« ein »neues Forschungsfeld« markiert, denn supranationale Phänomene erfordern übergreifende Analysen, kompatible Methoden, damit im Sinne wissenschaftlich fundierter Politikberatung interveniert werden kann. Die Grundlagen der präsentierten Analysen liefert empirische Forschung, wobei die Methoden – quantitativ wie qualitativ – zwar differieren, dennoch vergleichende Betrachtungen ermöglichen. In beinahe allen untersuchten Ländern kann eine stetige Zunahme antijüdischer Einstellungen seit Beginn des neuen Jahrtausends konstatiert werden. Vermischen sich hierbei auch alte, eher christlich-religiös motivierte mit rassistischen und anderen antisemitischen Feindbildern, fällt doch gerade in den westlichen Staaten die explizit israelfeindliche, zumeist »anti-zionistisch« sich gerierende Ablehnung von Jüdinnen und Juden auf.
Diese Tatsache führt zu der im wissenschaftlichen Diskurs häufig gestellten Frage, ob es mittlerweile einen »Neuen Antisemitismus« gibt. In einem diffusen Konglomerat von alten (tradierten) antijüdischen Stereotypen, anti-israelischen und anti-amerikanischen Feindbildern, die oft mit »globalisierungskritischen« Einstellungen korrespondieren, hat sich eine Feindbildstruktur entwickelt, deren Breite erschreckende Ausmaße angenommen hat. So rächt sich ein Forschungsdesiderat: Mentalitätshistorische Studien zu diesem Themenfeld existieren kaum. Nach jahrzehntelangem Verdrängen und Tabuisieren nicht nur des Nationalsozialismus, sondern auch dessen Vorgeschichte, dem Ignorieren also von Bedeutung und Virulenz der Völkischen Ideologie, den unsäglichen, im Kontext des so genannten »Historikerstreits« (Revisionismusdebatte) geführten Kontroversen, der allgegenwärtigen »Schlußstrich-Mentalität«, wobei die Art und Weise der Zelebrierung von »Gedenktagen« (bspw.: Pogromnächte von 1938 einerseits / »Dresden« andererseits) diese noch verstärkt, der sich gewandelt habenden Gedenkstättenpädagogik (»Opfer von Gewalt und Willkürherrschaft«) usw., erscheint es kaum verwunderlich, dass eine »Neue Unbefangenheit« um sich greift. So wie eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (»Vom Rand zur Mitte«/2006) festgestellt zu haben meinte, daß der Rechtsradikalismus in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen sei, während kritische ForscherInnen schon zuvor stets betonten, daß der Rechtsradikalismus aus der Mitte der Gesellschaft kommt, trifft auch die Ablehnung real existierender Jüdinnen und Juden in vielen der untersuchten Gesellschaften auf Zustimmung in weiten Kreisen der jeweiligen Bevölkerungen, ist also keinesfalls als ein Phänomen an den (politischen) »Rändern« zu begreifen. Gerade für dezidierte AntifaschistInnen ist profunde Kenntnis des europaweiten Antisemitismus die Vorbedingung für politisches Handeln. So ist spätestens seit der »2. Intifada« oder dem 11. September 2001, oft eine erschreckende Übereinstimmung der antisemitischen Positionen bei Rechtsradikalen, Anti-Imperialisten, »Anti-Zionisten«, »linken« wie konservativen Globalisierungsgegnern und der »bürgerlichen Mitte« zu konstatieren. Die Kritik der offensichtlichen Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Waren- und Dienstleistungsgesellschaft darf nicht auf die Zirkulationssphäre beschränkt bleiben, denn dort lauert als »historisch bewährtes« Feinbild »der (Geld)Jude« als Sündenbock; zudem scheinen »Querfronten« im Entstehen begriffen zu sein, die Europa, von Portugal bis Polen, von Schweden bis Zypern, noch bedrohlicher werden lassen. Ein vorbehaltlos zu empfehlendes Buch also, reich an empirisch unterfütterten Informationen, an klugen Reflexionen. Für Nicht-WissenschaftlerInnen wohl nicht immer leicht zu lesen, im Ergebnis jedoch mit Sicherheit ein immenser Erkenntnisgewinn. ■

Michael Moreitz / Politikwissenschaftler (Berlin)

Abonniert

das Antifaschistische Info Blatt



Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
20. Jahrgang
Nummer 81 | 4.2008

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo — 15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je — 3,10 Euro

→ ab 5 Exemplaren — 20% Rabatt

→ ab 50 Exemplaren — 25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

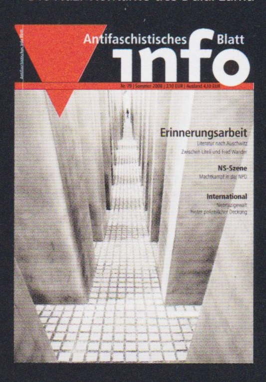
Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 80
Männlichkeit und Gewalt – Kernelemente rechter Identität; (R)echte Freunde des »Gottkönige« – Die Nazi-Kontakte des Dalai Lama



AIB 79
Erinnerungsarbeit – Literatur nach Auschwitz; Machtkampf in der NPD; Neonazigewalt in Griechenland hinter polizeilicher Deckung

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

DIE TOTEN HOSEN
IN ALLER STILLE
DAS NEUE ALBUM



DIE NEUE DVD / BLU-RAY

HALS- UND BEINBRUCH
LIVE BEI ROCK AM RING
2008



WARNER MUSIC GROUP
GERMANY